

#### RECHNUNGSPRÜFUNGSAMT • STADT NÜRNBERG

# SACHVERSTÄNDIGENBERICHT TEIL I ZUM JAHRESABSCHLUSS 2007

- Insbesondere zu den Ergebnissen und Inhalten der Prüfungen der Teilergebnisrechnungen und der Auftragsprüfungen sowie
- zur Prüfung und Begutachtung der Feststellung und Entlastung

Jahresabschluss 2007 des Regiebetriebes

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Herpersdorf

Jahresabschluss 2007 des Sondervermögens Klinikum

Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg

Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg

NürnbergStift

Franken-Stadion Nürnberg

0 V	ORBEMERI	KUNGEN	7
0.	1 Prüfu	ngsauftrag und -durchführung	7
0.	2 Prüfu	ngsunterlagen und -durchführung	8
0.	3 Fests	tellung der Jahresabschlüsse 2006	g
1 J	AHRESABS	CHLUSS 2007 DER STADT NÜRNBERG	11
1.	1 Kennz	zahlen aus der Ergebnisrechnung 2007	11
1.	2 Prüfu	ngen der Teilergebnisrechnungen (E)	13
	1.2.1	E08004 Meistersingerhalle	13
	1.2.2	E10502 Standesamtswesen, E33001 Einwohnerwesen	14
	1.2.3	E12001 Personalamt u.a. ◆ Prüfung der Personalausgaben	15
	1.2.4	E23003 Gaststätten ◆ Städtische Pachterträge	16
	1.2.5	E40202 Berufsschulen u.a. ◆ Lehr- und Unterrichtsmittel; Inventar	17
	1.2.6	E41002 Museen ◆ Verkauf museumsbezogener Artikel	18
	1.2.7	E41501 Tiergarten ◆ Einnahmen aus Verpachtungen und Bußgeldern	19
	1.2.8	E41605 Künstlerhaus ◆ K4 und Filmhaus	20
	1.2.9	E50025 Förderung der Wohlfahrtspflege	23
	1.2.10	E50039 Hilfen in anderen Lebenslagen nach SGB XII u.a.	26
	1.2.11	E50102 Grundsicherung SGB II (Hartz IV)	27
	1.2.12	ů ů .	30
	1.2.13		31
	1.2.14		31
	1.2.15	E52011 Amt für Kultur und Freizeit u.a. • Ermittlung von Doppelzahlungen	34
	1.2.16	E52017 Ausbildungsförderung u.a. • Belegprüfung der Sachausgaben	35
	1.2.17	3	35
	1.2.18	E67001 Wohnungsbauförderung ◆ Wohnungsfürsorgemittel für Beschäftigte	36
	1.2.19		37
_	1.2.20	<b>U</b>	38
1.		enprüfungen	39
1.		nations- und Kommunikationstechnik	40
	1.4.1	Vorbemerkungen	40
	1.4.2	Einzelfälle	40
	1.4.3	Vergabeprüfung	45
	1.4.4	Teamprüfungen	45
1.		nische Prüfung	46
	1.5.1	Allgemeines	46
	1.5.2	Bauinvestitionsbesprechung (BIB)	48
	1.5.3	Direkter Rpr-Einsatz 2008 im Hochbauamt	49
	1.5.4	Ex ante-Prüfung	50
	1.5.5	Ex post-Prüfungen	55
1.		ervermögen "Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Herpersdorf"	57
1.		gung der Stadt bei Beteiligungsunternehmen privaten Rechts	61
	1.7.1	Unter Art. 94 Abs. 1 GO fallende Unternehmen	61
	1.7.2	Sonstige Beteiligungen	64

	1.8	Auftra	gsprüfungen	65
		1.8.1	Deutsch-Amerikanisches Institut Amerika-Haus Nürnberg e.V.	65
		1.8.2	Geschäftsstelle Metropolregion	65
		1.8.3	Haus der Heimat e. V.	66
		1.8.4	Landschaftspflegeverband Nürnberg e.V.	67
		1.8.5	Nürnberger Volksfeste	67
		1.8.6	Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Nürnberg	68
		1.8.7	Prüfung der Finanzlage eines Sportvereins	68
		1.8.8	Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Nürnberg (ZRFN)	69
		1.8.9	Technische Prüfung bei der Flughafen Nürnberg GmbH	70
2	JAH	RESABS	CHLÜSSE 2007 DER RECHTSFÄHIGEN STIFTUNGEN	71
3	JAH	RESABS	CHLUSS 2007 DES KLINIKUMS	73
	3.1	Vorbe	merkung	73
	3.2	Sonde	ervermögen Klinikum	74
		3.2.1	Wirtschaftsplan 2007	74
		3.2.2	Feststellung des Jahresabschlusses 2006 und Entlastung	75
		3.2.3	Bilanzentwicklung 2007	75
	3.3		nunalunternehmen Klinikum	76
		3.3.1	Konzernbilanz 2007	77
		3.3.2	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung 2007	79
		3.3.2	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung 2007	79
	3.4	Schwe	erpunktprüfungen im Klinikum	81
		3.4.1	SAP-Einsatz beim Klinikum	81
		3.4.2	Dezentrale Verwendung von Drittmitteln	81
		3.4.3	Medizintechnische Großgeräte	82
4	Јанг	RESABS	CHLÜSSE 2007 DER EIGENBETRIEBE	85
	4.1	Prüfui	ngsgrundlagen in den Eigenbetrieben	85
	4.2	Jahre	sabschluss 2007 von SUN	86
		4.2.1	Allgemeines	86
		4.2.2	Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung	86
		4.2.3	Feststellung des Jahresabschlusses 2006 und Entlastung	87
		4.2.4	Jahresabschluss 2007	87
		4.2.5	Kanalherstellungsbeiträge und Beschaffungen	91
		4.2.6	Technische Prüfung	92
	4.3		sabschluss 2007 von ASN	93
		4.3.1	Allgemeines	93
		4.3.2	Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung	93
		4.3.3	Feststellung des Jahresabschlusses 2006 und Entlastung	94
		4.3.4	Jahresabschluss 2007	94
		4.3.5	Beschaffungen Tachniacha Drüfung	98
		4.3.6	Technische Prüfung	98
	4.4		sabschluss 2007 von NüSt	99
		4.4.1	Allgemeines	99

		4.4.2	Haushaltssatzung, Wirtschafts- und Finanzplan	100
		4.4.3	Feststellung des Jahresabschlusses 2006 und Entlastung	100
		4.4.4	Jahresabschluss 2007	101
		4.4.5	luK-Prüfung Rechnungswesen, Berechtigungs- und Systemprüfung	106
	4.5	Jahre	sabschluss 2007 von FSN	107
		4.5.1	Allgemeines	107
		4.5.2	Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung	107
		4.5.3	Feststellung des Jahresabschlusses 2006 sowie Entlastung	108
		4.5.4	Jahresabschluss 2007	108
		4.5.5	Technische Prüfung	112
5	STA	ATSTHE	ATER NÜRNBERG	113
	5.1	Jahre	srechnung zum 31.08.2007	113
		5.1.1	Gesetz zur Errichtung der "Stiftung Staatstheater Nürnberg" (StNG)	113
		5.1.2	Stiftungssatzung	114
		5.1.3	Bewirtschaftungsgrundsätze	114
		5.1.4	Wirtschaftsplan 2006/2007	114
		5.1.5	Erstellung der Jahresrechnung	114
	5.2	Bilanz	zum 31.08.2007	115
	5.3	Erfolg	srechnung 2006/2007	117
	5.4	Prüfui	ngsergebnis	118
	5.5	Festst	tellung der Jahresrechnung und Entlastung des Stiftungsvorstandes	118
6	ZEN	TRALE A	ANLAUFSTELLE FÜR KORRUPTIONSPRÄVENTION	119
7	Zus	AMMENO	GEFASSTES PRÜFUNGSERGEBNIS	121

Anlage 1	Jahresabschluss 2007 von STEM
Anlage 2	Jahresabschluss 2007 von Kh/Sondervermögen
Anlage 3	Jahresabschluss 2007 von SUN
Anlage 4	Jahresabschluss 2007 von ASN
Anlage 5	Jahresabschluss 2007 von NüSt
Anlage 6	Jahresabschluss 2007 von FSN

### 0 VORBEMERKUNGEN

# 0.1 Prüfungsauftrag und -durchführung

Der Jahresabschluss der Stadt sowie die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe werden durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüft (Örtliche Prüfungen, Art. 103 GO). Das Rechnungsprüfungsamt (Art. 104 GO) ist umfassend als Sachverständiger heranzuziehen.

Die Rechnungsprüfung erstreckt sich gem. Art. 106 Abs. 1 GO insbesondere darauf, ob

- die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan eingehalten worden sind,
- die Einzahlungen und Auszahlungen sowie Erträge und Aufwendungen begründet und belegt sind,
- der Jahresabschluss ordnungsgemäß aufgestellt ist,
- wirtschaftlich und sparsam verfahren wird.

Inhalte der Rechnungsprüfung sind außerdem

- die Wirtschaftsführung der Krankenhäuser einschl. der Jahresabschlüsse (gem. Art. 106 Abs. 2 GO); die sich durch die Verselbständigung des Klinikums Nürnberg zum 01.01.1998 ergebenden örtlichen Besonderheiten sind in Abschnitt 3 dargestellt
- die Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe (Art. 106 Abs. 3 GO), wobei auf das Ergebnis der Abschlussprüfung (Art. 107 GO) durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit abzustellen ist
- die Betätigung der Gemeinde bei Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts und bei Kommunalunternehmen. Die Rechnungsprüfung umfasst außerdem die Buch-, Betriebs- und sonstigen Prüfungen, die sich die Gemeinde bei der Hingabe eines Darlehens oder sonst vorbehalten hat (Art. 106 Abs. 4 GO).

Dem Rechnungsprüfungsamt (Rpr) obliegen ferner die Überwachung der ordnungsgemäßen Erledigung der Kassengeschäfte, die ordnungsgemäße Einrichtung der Kassen und das Zusammenwirken mit der Verwaltung (Art. 106 Abs. 5 GO).

Schließlich führt Rpr Prüfungen im Auftrag des Stadtrats und des Oberbürgermeisters (Art. 104 Abs. 2 GO) durch.

In Ergänzung o.g. gesetzlicher Vorgaben arbeitet Rpr in städtischen Projekten mit (u.a. Volksbad und Ref. VI) und berät die Verwaltung.

Als Grundlage für die Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss werden Sachverständigenberichte vorgelegt, die eine Zusammenfassung der Ergebnisse und Prüfungsfeststellungen des Rpr darstellen.

Abschnitt 0: Vorbemerkungen

Wie seit Umstellung auf die Doppik praktiziert, ist im vorliegenden Sachverständigenbericht Teil I (Rpr-Prüfungen in den Dienststellen und städtischen Unternehmen sowie Auftragsprüfungen) das Ergebnis der Prüfung des doppischen Abschlusses der Stadt 2007 noch nicht enthalten. Nach Abschluss dieser Prüfung wird Rpr den Sachverständigenbericht Teil II vorlegen. Die Vorlage ist im April 2008 geplant. Beide Berichte bilden die Grundlage für die örtlichen Prüfungen und die dann vorgesehene empfohlene Begutachtung durch den Rechnungsprüfungsausschuss zur Feststellung und Entlastung für das Jahr 2007 durch den Stadtrat.

Die bei den städtischen Sondervermögen bzw. Eigenbetrieben zum Wirtschaftsjahr 2007 bereits vollständig durchgeführten Prüfungen sind im Sachverständigenbericht Teil I abschließend aufgenommen. Der Rechnungsprüfungsausschuss kann hier insoweit begutachten. Der Abschluss 2007 zum NürnbergBad soll nach Durchführung der Prüfung ebenfalls im April 2008 noch in den Rechnungsprüfungsausschuss zur Begutachtung kommen.

# 0.2 Prüfungsunterlagen und -durchführung

Zur Prüfung wurden wie üblich herangezogen:

- Haushaltssatzungen mit den Haushalts- und Wirtschaftsplänen
- Jahresabschlüsse samt der dazugehörenden Anlagen
- Zeit- und Sachbücher der Stadtkasse und der Zahlstellen
- Kassenanordnungen, Auszahlungsnachweise und Buchungsunterlagen
- Summen- und Saldenlisten, Kontenblätter und Buchungsbelege sowie weitere begründende Unterlagen für die Jahresabschlüsse
- Akten und Vorgänge der Fachdienststellen
- Betriebsabrechnungen bzw. Kostenrechnungen.

Als Folge der umfangreichen Prüfungsgebiete wird generell in Stichproben geprüft, die allerdings die erforderliche Prüfungsaussage zulassen müssen. Soweit möglich, wird der begleitenden Prüfung der Vorrang eingeräumt. Der Prüfungszeitraum bezieht sich im Allgemeinen auf das Jahr 2007, zum Teil werden auch Prüfungen bezogen auf 2008 im vorliegenden Sachverständigenbericht skizziert.

Viele Bemerkungen und Anregungen werden möglichst schon während der Prüfung mit den Geprüften abgestimmt. Zudem gibt es Schlussberichte und -besprechungen sowie generell Stellungnahmen der Dienststellen. Insoweit sind Prüfungen immer auch darauf angelegt, zur weiteren Verbesserung der Verwaltungsabläufe beizutragen. Dies schließt die Überwachung noch nicht ausgeräumter Feststellungen ein.

Unabhängig von der in 2008 umgesetzten Reorganisation arbeitet Rpr weiter an der Verbesserung seiner Prüfungsmethoden (Ganzjahresplan, Risikoorientierung, Effizienz und Effektivität etc.), greift dabei auch auf den interkommunalen Ideen-Austausch zurück und ist trotz engen Sachkostenbudgets immer um gute und regelmäßige Fortbildungen bemüht (im Herbst 2008 z.B. Inhouseschulung "Baurevision"). Zwecks Qualitätssicherung insbesondere in der Doppik-Prüfung ist es Rpr gelungen, eine hiesige kleinere WP-Gesellschaft für ein (kostenloses) Monitoring zur Rpr-Prüfungsplanung, -durchführung, -dokumentation und -evaluation zu gewinnen.

Abschnitt 0: Vorbemerkungen

# 0.3 Feststellung der Jahresabschlüsse 2006

Der Jahresabschluss 2006 der Stadt und die Jahresabschlüsse 2006 der von ihr verwalteten rechtsfähigen kommunalen Stiftungen sowie der Sondervermögen/Eigenbetriebe Herpersdorf, Klinikum, Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg, Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg, NürnbergStift, Franken-Stadion Nürnberg sowie NürnbergBad wurden vom Rechnungsprüfungsausschuss am 28.01.2008 bzw. 28.04.2008 geprüft/begutachtet und am 27.02.2008 bzw. 25.06.2008 vom Stadtrat festgestellt.

Mit den Feststellungen wurde jeweils die uneingeschränkte Entlastung gem. Art. 102 Abs. 3 GO erteilt.

# 1 JAHRESABSCHLUSS 2007 DER STADT NÜRNBERG

# 1.1 Kennzahlen aus der Ergebnisrechnung 2007

Wie o.g. soll die Abschlussprüfung 2007 durch Rpr planmäßig im April 2009 insgesamt abgeschlossen sein. Aus Aktualitätsgründen wird nachfolgend aber bereits die Ergebnisrechnung 2007 im Vergleich zum Vorjahr beleuchtet.

#### Ergebnisrechnung 2007

	Consentant sharing a sharing a	2007	2006	Veränderu	ng
	Gesamtergebnisrechnung	EUR	EUR	absolut	in %
*	Steuern	-663.718.191,96	-694.082.574,48	-30.364.382,52	-4,37
**	+ Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse	-266.571.914,41	-232.507.049,68	34.064.864,73	14,65
**	+ Sonstige Transfererträge	-4.487.027,07	-4.823.990,09	-336.963,02	-6,99
**	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-63.008.387,47	-60.121.445,57	2.886.941,90	4,80
**	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-39.027.312,80	-37.225.072,70	1.802.240,10	4,84
**	+ Erträge Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-128.297.960,04	-114.123.498,32	14.174.461,72	12,42
**	+ Erträge aus d. Auflösung v. Sonderpost. f. Invest.	-31.037.349,27	-31.463.332,18	-425.982,91	-1,35
**	+ Sonstige ordentliche Erträge	-71.266.627,91	-58.596.533,00	12.670.094,91	21,62
**	+ Aktivierte Eigenleistungen	-3.062.712,66	-2.418.056,12	644.656,54	26,66
**	+/- Bestandsveränderungen	-1.546.530,23	-1.282.840,27	263.689,96	20,56
*	- Umsatzsteuerkorrektur ILV	5.184,20	4.363,81	-820,39	-18,80
***	= Ordentliche Erträge	-1.272.018.829,62	-1.236.640.028,60	35.378.801,02	2,86
**	- Personalaufwendungen Aktiv	289.535.517,88	283.314.305,41	-6.221.212,47	-2,20
**	- Personalaufwendungen Passiv	161.718.731,39	148.451.048,83	-13.267.682,56	-8,94
**	- Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen	152.358.907,90	147.776.325,92	-4.582.581,98	-3,10
**	- Abschreibungen	63.328.272,74	64.231.757,55	903.484,81	1,41
**	- Transferaufwendungen	526.225.177,55	505.515.570,43	-20.709.607,12	-4,10
**	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	48.511.489,02	47.981.015,72	-530.473,30	-1,11
***	= Ordentliche Aufwendungen	1.241.678.096,48	1.197.270.023,86	-44.408.072,62	-3,71
****	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigk.	-30.340.733,14	-39.370.004,74	-9.029.271,60	-22,93
**	+ Finanzerträge	-12.652.072,05	-14.959.083,08	-2.307.011,03	-15,42
**	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	50.127.200,29	44.855.533,46	-5.271.666,83	-11,75
***	= Finanzergebnis	37.475.128,24	29.896.450,38	-7.578.677,86	-25,35
****	* = Ordentliches Jahresergebnis	7.134.395,10	-9.473.554,36	-16.607.949,46	-175,31
**	+ Außerordentliche Erträge	-6.409.587,83	-6.784.823,13	-375.235,30	-5,53
**	- Außerordentliche Aufwendungen	2.539.126,02	2.501.851,54	-37.274,48	-1,49
***	= Außerordentliches Jahresergebnis	-3.870.461,81	-4.282.971,59	-412.509,78	-9,63
****	** = Jahresergebnis	3.263.933,29	-13.756.525,95	-17.020.459,24	-123,73

Hinweis: Der SAP-Logik folgend haben Erträge ein negatives, Aufwendungen ein positives Vorzeichen.

Mit einem Fehlbetrag von 3,26 Mio. EUR konnte 2007 nicht mehr an die positiven Jahresergebnisse der Jahre 2005 und 2006 angeknüpft werden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Jahresergebnisse der Jahre 2005 und 2006 angeknüpft werden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Jahresergebnisse der Jahrese

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

resergebnis um rd. 17 Mio. EUR verschlechtert. Ursache hierfür war v.a. der Rückgang der Gewerbesteuererträge (- 61,9 Mio. EUR), was auch durch höhere Gemeindeanteile an der Einkommenssteuer (+ 26,5 Mio. EUR) sowie an der Umsatzsteuer (+ 3,9 Mio. EUR) nicht kompensiert werden konnte.

Neben dem Gewerbesteuerrückgang ist auf der anderen Seite die Steigerung der Zuweisungen und Zuschüsse (+ 34 Mio. EUR) bemerkenswert, welche auf die Erhöhung der Zuweisungen und Zuschüsse für Kindertagesstätten sowie dem neu zustehenden Belastungsausgleich im Rahmen der Hartz IV-Reformen zurückzuführen ist. Außerdem ergab sich durch die forcierte Abrechnung der Gastschulbeiträge eine Steigerung der Kostenerstattungen. Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen ist aufgrund von Neutralisationsbuchungen von Aufwandsrückstellungen eine Mehrung zum Vorjahr (+ 12,7 Mio. EUR) auszuweisen gewesen.

Der Anstieg bei den Aufwendungen ist in erster Linie auf die Personal- und Transferaufwendungen zurückzuführen. So führte die 3 %ige Besoldungsanpassung für Beamte sowohl bei den aktiven als auch passiven Personalaufwendungen zu einer Kostenerhöhung. Dabei ist der erneute Anstieg der Personalaufwendungen Passiv (+ 13,3 Mio. EUR) weiterhin schwerpunktmäßig rückstellungsbedingt. Die Aufwendungen für Grundsicherung, Sozialhilfe und Leistungen an Asylbewerber sind weiter angestiegen. Verantwortlich für die wesentliche Aufwandserhöhungen bei den Transferaufwendungen (+ 20,7 Mio. EUR) waren höhere Personal- und Betriebskostenzuschüsse für KiTas freier Träger. Bedingt durch die seit 2007 geltende Regelung, wonach der staatliche Zuschussanteil über die Stadt Nürnberg abgewickelt wird, ergaben sich in diesen Bereich entsprechende Steigerungen sowohl bei den Erträgen (s.a. Erträge aus Zuschüssen und Zuweisungen) als auch bei den Aufwendungen.

Die Verschlechterung beim Finanzergebnis (- 7,6 Mio. EUR) resultiert insbesondere aus geringeren Zinserträgen aus Gewerbesteuernachzahlungen und den gestiegenen Zinsbelastungen für die städtische Kreditaufnahme.

Die Nettokredite selbst haben 2007 um rd. 26 Mio. EUR im Kernhaushalt auf 965 Mio. EUR zugenommen, bei wiederum hinter den Planungen zurückbleibenden städtischen Investitionsrealisierungen. Der Entwurf des Finanzplanes 2008 – 2012 sieht mit knapp 470 Mio. EUR einen beträchtlichen städtischen Finanzierungsbedarf für Investitionen ("Cashflow" aus Investitionstätigkeit) vor, was zu einer geplanten hohen zusätzlichen Verschuldung von 217 Mio. EUR führen würde, auf dann 1.182 Mio. EUR im Kernhaushalt Ende 2012.

Mit dem umfangreichen Investitionsvolumen und der Ausweitung der Verschuldung gehen steigende Kapitalkosten (aber auch zunehmende Betriebskosten für neue Infrastruktur) einher. Expansiv ist die Stadt derzeit ebenso im Bereich der nicht generell Drittmittel- oder wenigstens kofinanzierten Stellenschaffungen (2007: + 133 VK; 2008 + 91 VK; 2009 + 137 VK). Insgesamt resultiert daraus eine beträchtliche Zusatzbelastung des Ergebnishaushalts, die parallel große Konsolidierungsanstrengungen erfordert<sup>1</sup>, um dauerhaft den in jedem Haushalt (privat und öffentlich) notwendigen Ausgleich zwischen laufenden Einnahmen und Ausgaben (mit Schuldenabbau 2013 ff. bei der Stadt) herstellen zu können.

-

Beim auf den Weg gebrachten 50 Mio. EUR-Sparpaket wird insbesondere darauf geachtet werden müssen, dass bei der administrativen Umsetzung nur geringe Sickerverluste auftreten, zumal die Planungen der Steuereinnahmen 2009 ff. angesichts der hohen Konjunkturrisiken auf tönernen Füßen stehen könnten.

# 1.2 Prüfungen der Teilergebnisrechnungen (E)

# 1.2.1 E08004 Meistersingerhalle

# Prüfungsbericht vom 17.10.2008

Im Vordergrund der Prüfung stand die wirtschaftliche Entwicklung der Meistersingerhalle in den Jahren 2005 – 2007. Daneben wurde eine stichprobenweise Prüfung der Erträge und Aufwendungen des Jahres 2007 sowie der Erträge des 1. Halbjahres 2008 durchgeführt.

Die Teilergebnisrechnungen der Meistersingerhalle der Jahre 2005 – 2007 sind in nachfolgender Übersicht komprimiert dargestellt.

Toilorgobnisrochnung		2007	2006	2005
	Teilergebnisrechnung	EUR	EUR	EUR
**	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-50.042,76	-42.963,02	-41.642,75
**	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.472.019,83	-1.398.246,10	-1.633.313,78
**	+ Ertr. a.d. Aufl. v. Sonderp. f. Inves	-21.281,00	-21.282,00	-21.281,00
**	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.321,42		-34.481,76
***	= Ordentliche Erträge	-1.545.665,01	-1.462.491,12	-1.730.719,29
**	- Personalaufwendungen Aktiv	637.114,52	563.635,69	586.057,16
**	- Personalaufwendungen Passiv	189.764,90	219.720,07	175.018,41
**	- Aufwendungen Sach- u. Dienstleistungen	765.693,33	1.091.591,07	1.025.235,64
**	- Abschreibungen	537.982,88	539.609,70	528.873,55
**	- Transferaufwendungen		7.197,40	
**	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	367.047,68	362.714,01	412.286,65
***	= Ordentliche Aufwendungen	2.497.603,31	2.784.467,94	2.727.471,41
****	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	951.938,30	1.321.976,82	996.752,12
**	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	149.283,95	131.261,68	202.665,10
***	= Finanzergebnis	149.283,95	131.261,68	202.665,10
****	= Ordentliches Jahresergebnis	1.101.222,25	1.453.238,50	1.199.417,22
**	+ Außerordentliche Erträge		-374	-144,05
**	- Außerordentliche Aufwendungen	750		
***	= Außerordentliches Jahresergebnis	750	-374	-144,05
*****	= Jahresergebnis vor ILV	1.101.972,25	1.452.864,50	1.199.273,17
****	+/- Leistungsverrechnung	82.275,54	44.839,70	86.673,78
****	+/- Verwaltungskostenerstattung	107.085,05	102.847,56	102.270,96
*****	= Ergebnis nach ILV	1.291.332,84	1.600.551,76	1.388.217,91
******	* = Jahresergebnis nach Ergebnisvortrag	1.291.332,84	1.600.551,76	1.388.217,91

**Hinweis:** Der SAP-Logik folgend haben Erträge ein negatives, Aufwendungen ein positives Vorzeichen.

Gegenüber dem "Basisjahr" 2005 hat sich das Jahresergebnis 2006 deutlich verschlechtert. Insbesondere sind die Miet- und Pachterträge aus der Vermietung von Räumlichkeiten um 251 TEUR hinter den geplanten Ansätzen zurückgeblieben. Ursächlich für die Ausfälle waren nach Aussage MSH im Wesentlichen drei Ereignisse im 1. Halbjahr 2006:

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

- 1. Im Rahmen der öffentlichen Diskussion über den Fortbestand der Meistersingerhalle wurde in Presseberichten vorgeschlagen, das Gebäude abzubrechen. Die Folge war eine Verunsicherung von potenziellen Kunden der Meistersingerhalle, die sich in einem spürbaren Umsatzrückgang niederschlug.
- 2. Durch das im Luitpoldhain stattfindende Festival "Rock im Park" war das gesamte Gebäude schon im Vorfeld als Backstagebereich für zahlreiche Künstler belegt. Mehreren Veranstaltern musste deshalb abgesagt werden. Dies zog entsprechende Mietausfälle nach sich.
- 3. Unmittelbar im Anschluss hieran begann die Fußballweltmeisterschaft. Kongressveranstalter erhielten nicht die gewünschten Zimmerkontingente, da viele Hotels bereits belegt waren. Andere Veranstalter fürchteten die räumliche Nähe zum Stadion. Somit fand während des gesamten Monats wegen der Fußballweltmeisterschaft keine Veranstaltung statt.

Das Jahresergebnis 2007 zeigt sich gegenüber dem Vorjahr wieder verbessert. Trotz der viermonatigen Schließung des großen Saales infolge der Brandschutzsanierung liegen die Umsatzerlöse leicht über dem Vorjahresergebnis. Gleichzeitig haben sich die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen unter anderem auch wegen geringerer Aufwendungen für den Bauunterhalt um rd. 326 TEUR auf 766 TEUR vermindert. Der im Vorjahr von 55% auf 47% gefallene Kostendeckungsgrad hat sich 2007 wieder auf 54% verbessert.

Für das laufende Jahr 2008 werden nach Aussage der Verwaltung die Umsatzziele voraussichtlich erreicht und die Planansätze der Aufwendungen eingehalten werden können.

Die stichprobenweise Überprüfung der Geschäftsvorfälle des Jahres 2007 sowie der Erträge des 1. Halbjahres 2008 ergab keinen Anlass zu Beanstandungen.

Vergleich Kostendeckungsgrad mit Nachbarstädten: Erlangen mit der Heinrich-Lades-Halle hat mit rd. 70 % einen wesentlich besseren Kostendeckungsgrad als die MSH, die Fürther Stadthalle liegt noch deutlich unter der MSH. Nach Abschluss der Generalsanierung der MSH (Planinvestitionen, d.h. ohne Nachträge, insgesamt 17,4 Mio. EUR) wird sie in den nächsten Jahren mit deutlich höheren Kapitalkosten belastet werden. Um dann zumindest den bisherigen Kostendeckungsgrad halten zu können, wäre eine deutliche Ertragssteigerung erforderlich.

# 1.2.2 E10502 Standesamtswesen, E33001 Einwohnerwesen Prüfungsbericht vom 06.11.2008

Rpr prüfte die Festsetzung und Erhebung der Verwaltungsgebühren und den Verkauf von Stammbüchern bei den drei Abteilungen von BA/NOS. Hierbei waren u. a. folgende Feststellungen bzw. Anregungen angezeigt:

- Sowohl im Standesamtswesen als auch im Einwohnerwesen konnte der vollständige Gebühreneingang größtenteils festgestellt werden. Kleineren Differenzen geht die Dienststelle noch nach.
- Für den Verkauf von Stammbüchern wurden entsprechende Bestandsnachweise für erforderlich gehalten.
- Es wurde darauf hingewiesen, dass der aktuelle Bestand an sicherungsbedürftigen Vordrucken im Einwohnerwesen zu erfassen ist.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

Schließlich hat Rpr einzelne Ergänzungen zum "IKS" (Internes Kontrollsystem) vorgeschlagen.

#### 1.2.3 **E12001** Personalamt u.a.

# Prüfung der Personalausgaben

#### Prüfungsbericht vom 10.01.2008

Die Personalausgaben von NürnbergBad wurden bezüglich der besoldungs- und tarifrechtlichen Rechtmäßigkeit von Zulagen und Zuschlägen geprüft.

Die Prüfung der Zulagen und Zuschüsse ergab keine Feststellungen. Aufgefallen ist, dass bei der Führung der Arbeitszeitnachweise und im Bereich des Arbeitsschutzes vereinzelt gegen die Form- und Rechtsvorschriften verstoßen wurde. So waren zum Beispiel in den Arbeitszeitnachweisen Eintragungen unleserlich gestrichen, Additionsfehler vorhanden, Überträge von Überstunden teilweise nicht korrekt abgebildet oder es fehlten die Unterschriften bzw. die entsprechenden Gegenzeichnungen.

Des weiteren wurden die Mindestruhezeiten nicht immer eingehalten.

Von NüBad wurden künftige Beachtung und ausreichende Kontrollen zugesichert.

#### Prüfungsbericht vom 27.02.2008

Bei dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung und Umweltanalytik wurde stichprobenartig die sachliche Richtigkeit der abgerechneten Zulagen und Zuschläge sowie die Einhaltung der arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen geprüft.

Während bei den Zulagen und Zuschüssen entsprechend der tariflichen Vorgaben verfahren wurde, wurde in zwei Fällen bei den Arbeitsschutzrichtlinien die Nichteinhaltung der Mindestruhezeiten festgestellt.

Aufgrund der Zusicherung, künftig die Arbeitsschutzgesetze einzuhalten, ist für Rpr die Feststellung erledigt.

### Prüfungsbericht vom 04.07.2008

In Stichproben wurden beim Personalamt der Bereich Ausbildung, die Fortbildungsmaßnahmen, die Reisekosten- und Trennungsgeldabrechnungen sowie die Abrechnungen der Aus- und Fortbildungsmaßnahmen geprüft. Die Prüfung ergab bezogen auf die sachliche und rechnerische Richtigkeit der Auszahlungen o.E.

Eine parallele Auswertung dezentraler Fortbildungen (ohne PA finanzierter zentraler Kurse z.b. in der Rhetorik) einzelner Dienststellen ergab, dass zum Teil sehr wenig pro Mitarbeiter investiert wird (Minimum 4,5 EUR/MA p.a.). Vor diesem Hintergrund hat Rpr bei PA angeregt, in etwa zweijährigen Abständen dem POA einen entsprechenden Fortbildungsbericht vorzulegen.

#### Prüfungsbericht vom 06.11.2008

Im Bereich der städtischen Verwaltung und beim Staatstheater Nürnberg wurden die Urlaubsabgeltung, die manuellen Nachberechnungen und die Abfindungen geprüft.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

Die Berechnung der Urlaubsabgeltung erfolgte entsprechend der rechtlichen Vorgaben und wurde damit begründet, dass es den betroffenen Mitarbeitern aus verschiedenen Gründen (Krankheit) nicht möglich war, ihren Urlaubsanspruch voll auszuschöpfen.

Auch die Prüfung der manuellen Nachberechnungen ergab keine Feststellungen.

Die Gewährung von Abfindungen erfolgte grundsätzlich entsprechend der rechtlichen Regelungen.

Zu bedenken wäre aber, ob nicht Abfindungen im Einzelfall vermieden werden könnten, wenn bei verhaltensbedingten Kündigungen, die Verfehlungen des Beschäftigten ausreichend schriftlich dokumentiert und die Mitarbeiter/innen entsprechend abgemahnt würden. PA hat in der Besprechung mit Rpr darauf hingewiesen, dass die Vorgesetzten bei der Stadt über die Verpflichtungen umfassend informiert sind und PA wo möglich zusätzlich Unterstützung leistet.

#### Prüfungsbericht vom 11.11.2008

Für den Bereich Personalamt waren die Erstattungen der Aus- und Fortbildungskosten bei einem Dienstherrenwechsel von Beamten sowie die Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen der Altersteilzeit Gegenstand einer stichprobenartigen Untersuchung.

Die Erstattungen der Aus- und Fortbildungskosten im Beamtenbereich erfolgten entsprechend der rechtlichen Vorschriften.

Erstattungsleistungen im Rahmen der Altersteilzeit

Geprüft wurde hier, ob die Voraussetzungen für eine Kostenerstattung durch die Bundesanstalt für Arbeit gegeben waren und diese entsprechend der rechtlichen Vorgaben auch beantragt und vereinnahmt wurden. Mit Stand 31.10.2008 befanden sich 528 Beschäftigte in der Altersteilzeit (zudem 232 Beamte).

Die Prüfung ergab, dass die Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit für Beschäftigte in der Altersteilzeit an den Arbeitgeber Stadt Nürnberg entsprechend den Regelungen des Altersteilzeitgesetzes beantragt und an die Stadt Nürnberg ausbezahlt wurden. Die Ausschlussfristen wurden durch die rechtzeitige Weiterleitung an die Anstalt für Arbeit gewahrt.

#### 1.2.4 E23003 Gaststätten

# Städtische Pachterträge

#### Prüfungsbericht vom 20.11.2008

Rpr prüfte für den Zeitraum 2005 bis 2007 die Vereinnahmung von Pachtzinsen sowie die Abrechnung von Nebenkosten anhand von Stichproben.

5 der untersuchten Verpachtungen werden durch LA, ein Mietverhältnis aufgrund der besonderen Gegebenheiten (gastronomischer Betrieb in einer Jugendeinrichtung), in Zusammenarbeit zwischen LA und J verwaltet.

Rpr gewann, analog zu den geprüften Pachtverträgen bei Tg (s. Nr. 1.2.7), im Zuge der Prüfung den Eindruck, dass der mit der Aufgabe betraute Bereich bei LA sehr sachkundig und professi-

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

onell mit den Mietern bzw. Betreibern verhandelt und die Mietverträge fachgerecht gestaltet und umgesetzt werden (auch bei den geprüften Nebenkosten). Die Praxis, soweit möglich, an eine Großbrauerei zu vermieten, welche dann ein Untervertragsverhältnis mit dem eigentlichen Betreiber unterhält, wird als sinnvoll erachtet, da bei eventuellen Zahlungsschwierigkeiten des Betreibers auf den i.d.R. finanziell stärkeren Hauptmieter rückgegriffen werden kann. Die im Regelfall von LA angestrebte Vertragsgestaltung, den Mietzins in Form einer Umsatz- sowie garantierter Mindestmiete zu vereinbaren, sichert der Stadt kalkulierbare Einnahmen und gleichzeitig eine Beteiligung an der Wertschöpfung der gastronomischen Betriebe in besonders umsatzstarken Wirtschaftsjahren (z.B. Weltmeisterschaft 2006).

Im Zuge der Prüfung wurden von Rpr folgende Feststellungen getroffen:

- In einem Fall wurde von LA der Mietzins aus dem Gesamtumsatz anhand des vertraglichen Zinssatzes ermittelt und die Differenz zwischen Mindestmiete und diesem Betrag dem Betreiber gutgeschrieben. Tatsächlich wäre von LA die volle Mindestmiete abzurechnen gewesen. LA hat auf die Beanstandung von Rpr hin ein Schuldanerkenntnis des Mieters erreicht und die Rückzahlung des offenen Betrages in Höhe von 4.328,00 EUR in zwei Raten, noch im aktuellen Wirtschaftsjahr 2008, vereinbart.
- Für ein wie o.g. in Zusammenarbeit zwischen LA und J verwaltetes Mietverhältnis wurde im Jahr 2008, rückwirkend bis zum Jahr 2005, ein ergänzender Mietvertrag abgeschlossen. Der Vertrag enthält die Regelung, dass der Betreiber jährlich zusätzlich den Betrag von 150,00 EUR für die Bewirtung während zweier wöchentlich stattfindenden Konzerte zu entrichten hat. Rpr stellte hier fest, dass dieser Mietzins nicht geleistet und von J auch nicht als Forderung eingestellt wurde. Laut Aussage J werden die fehlenden Einnahmen eingefordert.

#### 1.2.5 E40202 Berufsschulen u.a.

◆ Lehr- und Unterrichtsmittel; Inventar

#### Prüfungsberichte vom 19.05.2008 und 07.11.2008

Gegenstand war eine Belegprüfung für die Haushaltsjahre 2006 (Berufsfachschulen) und 2007 (Berufsschulen) hinsichtlich der Lehr- und Unterrichtsmittel und eine Prüfung des Bestandes an Beamern und Notebooks bei den Berufsfachschulen der Beruflichen Schulen 5 und 7 sowie den Berufsschulen 2 und 6.

Hierbei ergaben sich im Wesentlichen folgende Feststellungen:

- Rechnungen, die sich auf mehrere Berufsfachschulen beziehen, wurden nicht richtig aufgeschlüsselt und damit die einzelnen Schulen nicht im richtigen Umfang belastet.
- In mehreren Fällen wurden die Kontierungsrichtlinien nicht eingehalten.
- Skontomöglichkeiten wurden verschiedentlich nicht wahrgenommen.
- Der Einkauf war in Einzelfällen bei Quantität und Struktur nicht immer absolut deckungsgleich mit der Fachlichkeit etc. der jeweiligen Schule (z.B. Belieferung der Lehrküche durch
  die Gourmetmetzgerei).
- Bei der Bestandsprüfung bei den Berufsschulen konnte der Bestand von sechs Beamern bis zum Ende der Prüfung nicht aufgeklärt werden. Dabei fiel auf, dass die Inventarführung

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

bei den beruflichen Schulen Defizite aufweist, die sich offensichtlich über einen längeren Zeitraum ergeben haben. Die Inventarbeauftragten übernahmen unzureichende Verzeichnisse (ungenaue Angaben über die Standorte/fehlende Inventarnummern etc.) und werden auch nicht immer zuverlässig informiert, wenn Geräte umsituiert oder ausgemustert werden. Zudem werden Kontrollen durch die große räumliche Ausdehnung der Schulen erschwert. Aktuell kommt hinzu, dass bei Ka/1 die Kapazitäten nicht ausreichen, die Inventaraufkleber für Anschaffungen zeitnah zu fertigen. Rpr hat eine grundsätzliche Abstimmung mit den beteiligten Dienststellen angeregt und wird weitere Bestandsüberprüfungen vornehmen.

# 1.2.6 E41002 Museen

# Verkauf museumsbezogener Artikel

#### Prüfungsbericht vom 19.03.2008

Bei den Museen der Stadt Nürnberg sind sog. "Museumshops" eingerichtet, in denen museumsbezogene Artikel (u.a. Broschüren, Bücher, Plakate, Medien) entweder auf eigene Rechnung oder auf Kommission gegen Provision verkauft werden.

Daraus wurden in 2007 folgender Gesamterlös erzielt.

Museum	Erträge gesamt EUR	Warenverkauf EUR	Verkaufsprovision EUR
Albrecht-Dürer-Haus	2.533	2.117	416
Tucher-Schloss	614	546	68
Fembohaus	8.642	8.332	310
Spielzeugmuseum	90.812	90.743	69
Museum Industriekultur	18.327	16.774	1.553
Dokumentationszentrum	70.438	55.216	15.192
Gesamt	191.336	173.728	17.608
Einstandskosten	76.207		
Deckungsbeitrag	115.159		

Die Prüfung des Verfahrensablaufs für Einkauf und Verkauf ergab keinen grundsätzlichen Änderungsbedarf. Der o.g. Deckungsbeitrag ist sehr erfreulich.

Generell ergab sich aus der Prüfung eine Bilanzierungspflicht des Warenbestandes, weil der zum Jahresende vorhandene Bestand der nicht verkauften Artikel die in den Bewertungsrichtlinien der Stadt Nürnberg festgesetzte Grenze von 10.000 EUR regelmäßig überschreitet.

KuM hat in seiner Stellungnahme die Feststellungen von Rpr anerkannt und ihre Umsetzung zugesichert. Die Umsetzung der Bilanzierung der Warenbestände wird laut Rücksprache mit Ka von dort federführend im Rahmen einer notwendigen stadtweiten Aktion betreut. Rpr ist in diese Maßnahme eingebunden.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

# 1.2.7 **E41501 Tiergarten**

# • Einnahmen aus Verpachtungen und Bußgeldern

# Prüfungsberichte vom 02.04.2008 und 10.06.2008

- 1. Die Miet- und Pachtverträge für die 4 Objekte im Tiergarten (Tg)
- Gaststätte "Waldschänke"
- Kioskgebäude "Am Tiergarten 18/Kinderzoo"
- Kioskgebäude "Am Tiergarten 18/Delphinarium"
- Kioskgebäude "Am Tiergarten 30/Eingangsbereich"

hat LA für Tg abgeschlossen.

Der Mietzins (insgesamt rd. 330.000 EUR p.a.) hängt vom aus dem Betrieb erzielten Nettoumsatz ab. In allen Fällen wurde die vereinbarte Mindestmiete erheblich überschritten.

Die Prüfung der 4 verpachteten Objekte zeigte erfreuliche Umsatzsteigerungen in den letzten Jahren und damit verbundene Mehreinnahmen an Mieten. Bemängelt wurden die zu geringen monatlichen Abschlagszahlungen bei 2 Mietobjekten. Da sich diese stark an der vertraglich festgelegten Jahresmindestmiete orientieren, ergaben sich bei der endgültigen Jahresabrechnung erhebliche Nachzahlungen.

Die Zunahme der Pachterträge ist – über bessere Umsätze – Ergebnis höherer Besucherzahlen, aber auch das vergleichsweise gute Speisenangebot einschließlich der Preisgestaltung in den verpachteten Objekten trägt dazu bei. Mit einem Verzehr vom rd. 2,60 EUR pro Besucher müsste u.E. aber eine weitere Umsatzausweitung und Erhöhung der Tg-Pachterträge möglich sein. Tg wurde von Rpr gebeten, mit den Pächtern z.B. über entsprechende Kombi-Tickets zu sprechen und zu verhandeln (Eintritt plus Verzehrbon an geeigneten Terminen).

2. Verschiedene Gerichte und Staatsanwaltschaften aus Nürnberg, Fürth und Erlangen lassen zum Teil die in Strafverfahren verhängten Bußgelder Tg zukommen.

Hierfür hat Tg bereits in der Vergangenheit bei der Sparkasse Nürnberg ein Giro-Konto eingerichtet. Bei einer Kassenprüfung im Dezember 2006 wurde festgestellt, dass auf diesem Konto große Geldbeträge (bis ca. 85.000 EUR) über lange Zeiträume unverzinst lagen. Auf Hinweis von Rpr hat Tg unverzüglich eine automatische Kontoabräumung zugunsten dem Stadtkassenkonto veranlasst.

2007/2008 wurde die Entwicklung der bei Tg eingehenden Bußgeldzuweisungen sowie deren verwaltungsmäßige Abwicklung o.E. geprüft. Die Bußgeldzuschüsse zugunsten des Tg betrugen:

2005 163.797 EUR2006 95.629 EUR2007 75.874 EUR

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

Zum Teil hat der Rückgang der Bußgeldzuweisungen mit der finanziellen Situation der Verurteilten zu tun. Gleichzeitig zugenommen haben die von Gerichten/Staatsanwaltschaften verhängten Verurteilungen zu gemeinnütziger Arbeit bei Tg.

Der Umgang mit den Verurteilten ist It. Tg nicht immer einfach, der Verwaltungsaufwand groß, wenn diese – durch Krankmeldungen etc. – versuchen, ihrer Arbeitsverpflichtung nicht ordnungsgemäß nachzukommen. Wegen der rückläufigen Bußgeldzuweisungen wurden Tg Rücksprachen mit den Gerichten empfohlen.

# 1.2.8 E41605 Künstlerhaus ◆ K4 und Filmhaus

#### Prüfungsbericht vom 07.03.2008

Die Prüfung beschränkte sich auf die Aktivitäten des Kulturzentrums K4 und des Filmhauses. Die ebenfalls im Künstlerhaus untergebrachte Informationszentrale, das Kunsthaus und die Artothek waren als eigenständige Partner nicht Gegenstand der Prüfung.

Der Prüfungsbericht wurde am 15.09.2008 von KuF und der jetzt für diesen Bereich zuständigen Dienststelle KuKuQ schriftlich beantwortet. Am 27.10.2007 wurden noch offene Punkte in einem Gespräch zwischen KuF, KuKuQ und Rpr geklärt. Die Ergebnisse der Stellungnahme und des Gesprächs wurden in die Darstellung eingearbeitet.

# Zuschussgewährung

Die im Haus vertretenen kulturellen und handwerklichen Angebotsgruppen leisten eine wichtige Arbeit für die Stadt. Sie erhalten, sofern sie keine oder nicht kostendeckende Einnahmen erzielen, Zuschüsse zu ihrer Arbeit.

Die Zuschüsse werden nicht nach dem aktuellen Finanzbedarf der Zuschussempfänger ausgereicht, sondern fortgeschrieben. Vor allen bei den höheren Zuschüssen liegen keine Erkenntnisse über die Finanzsituation der Zuschussempfänger vor, hier sind lediglich Ausgaben aufgelistet. Diese sind zudem nicht immer belegt. Die Verwendungsnachweise entsprechen nicht den Vorgaben. Zuschüsse an 9 Gruppen wurden nicht auf dem Konto 63115000 "Zuschuss an soziale oder ähnliche Einrichtungen – Art. 5", sondern auf dem Konto 64390900 "andere sonstige Geschäftsaufwendungen" verbucht.

Das System der Zuschussgewährung im KuKuQ wird mittelfristig überarbeitet. Die finanzielle Situation der Zuschussempfänger wird künftig berücksichtigt. Bei Antragstellung sind Finanzpläne mit Gegenüberstellungen von Einnahmen und Ausgaben vorzulegen. Ordnungsgemäße Verwendungsnachweise werden eingefordert. Die Begutachtung der Zuschussvergabe erfolgt künftig im Rahmen der Jahreskontrakte im Kulturausschuss. Hinsichtlich der Klassifizierung als Zuschüsse oder als sonstige Geschäftsaufwendungen wird sich KuKuQ im 1. Quartal 2009 mit StK ins Benehmen setzen.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

#### Raumvermietungen

Die Räume des K4 können gemietet werden. Die erhobenen Mietpreise waren nicht immer nachvollziehbar. Die Mietverträge wiesen zum Teil Mängel auf (fehlende Angaben zum Vertragspartner, fehlende Unterschriften).

KuKuQ sagte eine sorgfältigere Mietvertragsgestaltung zu. Der Erlass nachvollziehbarer Mietpreistarife wird als sinnvoll angesehen. KuKuQ wird in Abstimmung mit StK eine entsprechende Kulturausschussvorlage erstellen.

#### Verpachtungen

Für die an Gastronomieunternehmen verpachteten Räumlichkeiten wird die Pacht in Form einer Umsatzbeteiligung erhoben. Die Pachtzinsen wurden rechnerisch richtig ermittelt, jedoch waren die Berechnungsgrundlagen unzureichend. K4 fordert die Pächter regelmäßig schriftlich auf, ihre Umsatzzahlen pro Quartal mitzuteilen. Diese teilen ihre Umsatzzahlen meist telefonisch mit. Belege über die Umsatzhöhe liegen meist nicht vor. K4 begründet dieses Vorgehen mit dem "Vertrauensprinzip".

Die Umsatzzahlen werden künftig schriftlich mitgeteilt und belegt.

#### Besuch der Filmhausvorführungen und Bruttoeinnahmen

Rpr wertete die Kinokassenabrechnungen der Zeit vom 04.01.2007 bis 02.01.2008 hinsichtlich der zahlenden Besucher und des Brutto Einspielergebnisses pro Film aus. Dies führte zu folgenden Ergebnissen:

- 375 Filme wurden von 20.151 zahlenden Zuschauern besucht. Insgesamt wurden 102.842,30 EUR eingespielt.
- Durchschnittlich ergaben sich pro Film 54 Besucher.

Im Mittel spielte ein Film brutto 274,25 EUR ein. Tatsächlich erreichten jedoch nur 113 (30 %) von 375 Filmen diese Einspielsumme. Sie spielten 73.355,60 EUR ein, dies entspricht 71 % der Gesamteinnahmen. Die anderen 262 (70 %) Filme erbrachten nur 29 % der Einnahmen.

#### Deckung der Verleihkosten und Einnahmen nach Abzug der Verleihkosten nach Sparten

Die Filme müssen deutlich mehr als ihre Verleihkosten einspielen, um annähernd Kostendeckung zu erreichen. Rpr ermittelte das Verhältnis der Nettoeinnahmen (Bruttoeinnahmen – Filmabgabe – Mehrwertsteuer) zu den Verleihkosten, sowie nach Sparten gegliedert, die Nettoeinnahmen pro Besucher die nach Abzug der Verleihkosten verblieben. Ausgewertet wurden 1.248 Vorführungen von 289 Filmen. Diese Auswertungen bezogen sich nicht nur auf zahlende, sondern auf alle Besucher.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

	Vorstellungen	Besucher pro Vorstellung	verbleibende Einnahmen pro Besucher EUR
Hauptprogramm	1.013	13,3	1,24
Kinder- u. Jugendprogramm	167	16,6	0,72
Schulprogramm	59	49,2	1,78
Sommernachtstraum	5	76,8	3,30
Stummfilm	4	33,5	- 0,67
Gesamt	1.248	15,8	1,28

118 (41 %) von 289 Filmen konnten ihre Verleihkosten nicht einspielen.

Das Ergebnis kann wie folgt interpretiert werden:

- Nur 13,3 Besucher sehen durchschnittlich eine Vorstellung des Hauptprogramms. Freikarten und Ermäßigungsregelungen senken die Einnahmen.
- Das Kinder- und Jugendprogramm ist besser besucht, jedoch führen die niedrigeren Eintrittspreise zu geringeren Einnahmen pro Besucher.
- Gut besucht ist das Schulprogramm. Da die Eintrittspreise für Schüler zwar geringfügig ermäßigt sind, es im es im Gegensatz zum Hauptprogramm aber keine weiteren Ermäßigungsregelungen gibt, sind die verbleibenden Einnahmen pro Besucher deutlich höher als im Hauptprogramm.
- Beim Sommernachtstraum trug vor allem Murnau's Klassiker "Nosferatu Eine Symphonie des Grauens" mit einer hohen Besucherzahl (160) und niedrigen Verleihkosten (139,10 EUR) zur günstigen Einnahmeentwicklung bei.
- Trotz verhältnismäßig guter Publikumsnachfrage gelang es nicht, die hohen Verleihkosten im Stummfilmbereich zu decken.

Rpr wies darauf hin, dass anzustreben ist, den Anteil der Filme, die nicht einmal ihre Verleihkosten einspielen, deutlich zu reduzieren. Auch das Filmhaus ist der Meinung, dass ein hoher Deckungsgrad durch ein gut ausgelastetes Kino-Programm selbstverständlich wünschenswert ist und angestrebt wird. Allerdings sei auch der Auftrag der kommunalen Filmarbeit zu beachten, abseits vom filmkommerziellen Mainstream kulturell, künstlerisch, historisch und pädagogisch wertvolle Filme einem vielschichtig interessierten Publikum näher zu bringen. Konkrete Vorschläge zur Erhöhung des Kostendeckungsgrades wurden nicht unterbreitet.

#### Programm des KommKino e. V.

Unabhängig von finanziellen Aspekten fielen Rpr im Verlauf der Prüfung die Filmvorführungen des KommKino e. V., eines eigenständigen Vereins, der ein Nischenprogramm innerhalb des Filmhauses anbietet, auf.

Da es sich beim Filmhaus um eine städtische Einrichtung handelt, sollte das Programmangebot des KommKino e.V. u. E. auch am städtischen Selbstverständnis ausgerichtet werden. Gerade

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

im Hinblick auf die seit Jahren andauernde Diskussion über Gewaltdarstellungen in Medien und ihre Folgen, sowie auf die Bemühungen anderer städtischer Dienststellen dies einzudämmen, ist es dringend erforderlich, das Programmangebot des KommKino e. V. im Filmhaus kritisch zu hinterfragen.

Das Filmhaus teilte mit, dass der KommKino e. V. Grenzbereiche des filmischen Schaffens ausleuchte. Dort würden "Filme für Erwachsene", Trash and Spladder und etliches Bizarres oder Groteskes aus der Filmgeschichte ausgeleuchtet. Das Programm würde wegen seiner Akzeptanzrisiken kontinuierlich auf seine Freigabe und Zulässigkeit, etwaige Gefährdungspotentiale und künstlerische Grenzen vom Filmhaus beobachtet. Grenzüberschreitungen (Porno, Gewalt, Vergewaltigung) würde sofort Einhalt geboten.

Ankündigungen, die aus Werbezwecken allzu aufreißerisch daherkommen, werden künftig präziser und kritischer begutachtet im Hinblick auf die spekulative Erwartung des Publikums und die städtische Verantwortung für Inhalte des Gezeigten im Rahmen kultureller und künstlerischer Programme.

# 1.2.9 E50025 Förderung der Wohlfahrtspflege

#### Prüfungsberichte vom 04.07.2008 und 17.11.2008

Rpr hat die drei, von SHA ausgereichten ausgabeintensivsten Zuschüsse geprüft.

#### Betriebskostenzuschuss an den Verein "Hilfe für Frauen in der Not e. V."

Die Stadt Nürnberg hat durch StR-Beschluss den Betrieb eines Frauenhauses an den Verein "Hilfe für Frauen in Not" übertragen. Dabei hat sich die Stadt in einer Vereinbarung vom 26.11.1979 verpflichtet, die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Personal- und Betriebsführungskosten des Trägervereins als Fehlbetragsfinanzierung zu übernehmen.

Nach Auswertung der Jahresrechnungen des Vereins sind in den letzten Jahren folgende Fehlbeträge durch Zuschüsse der Stadt ausgeglichen werden:

	2005 EUR	2006 EUR	2007 EUR
Personalaufwendungen	358.128	368.406	391.140
Sach- und Betriebsaufwand	42.304	44.380	49.076
Gesamtausgaben	400.432	412.786	440.216
Personalkostenzuschuss	32.220	32.220	32.220
Nutzungsentgelte	29.133	30.645	29.233
Sonstige Einnahmen	7.462	6.809	9.781
Gesamteinnahmen	68.815	69.674	71.234
Fehlbetrag (Zuschuss)	331.617	343.112	368.982

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

Die Zuschüsse der geprüften Jahre 2005 bis 2007 waren anhand der zugrundeliegenden Jahresabschlüsse und Finanzplanungen des Vereins nachvollziehbar.

In den letzten Jahren war ein steigender Zuschussbedarf bei nahezu unveränderten Einnahmen festzustellen. Insbesondere im Hinblick darauf, dass der Anteil der zufluchtsuchenden Frauen von Städten außerhalb Nürnberg inzwischen auf über 60 % – mit weiter steigender Tendenz – angewachsen ist und die Frauen zu mehr als 70 % Leistungsempfängerinnen nach dem SGB II sind, hat Rpr Überlegungen zu möglichen Einnahmeverbesserungen und somit zur Senkung des städtischen Zuschusses mit SHA besprochen.

Vor allem durch eine Anhebung der Übernachtungssätze für Frauen auf anteilig kostendeckende 8 EUR gegenüber derzeit 4 EUR – bei gleichzeitig geringfügiger Mehrbelastung der Stadt als Kostenträger nach SGB II – wäre eine Reduzierung des Zuschussbedarfes realisierbar.

#### Darstellung anhand der Belegungszahlen 2007

Herkunft Frauen	Übernachtungen	Einnahmen EUR
Stadt Nürnberg	2.664	21.312
Stadt Fürth	388	3.104
Stadt Erlangen	235	1.880
Stadt Schwabach	109	872
übriges Bayern	2.245	17960
andere Bundesländer	1.007	8.056
Sonstiges	8	64
Gesamt	6.856	54.848
ergibt Mehreinnahmen für Trägerverein (+ 4 EUR/tgl.)		+ 27.424
davon Mehraufwendungen aus Kostenübernahme nach SGB II für Stadt Nürnberg	1.876	- 7.504
Per Saldo jährliche Reduzierung des Zuschussbedarfs		19.920

In Verhandlungen mit dem Trägerverein hat SHA für 2009 eine Anhebung des Mietentgelts auf 6 EUR/Frauen bzw. 3 EUR/Kinder pro Tag vereinbart. Von beiden Seiten wird in den Folgejahren eine weitere Anhebung auf 8 EUR angestrebt.

# Betriebskostenzuschuss an die Trägergemeinschaft Stadtmission/Caritas für die "Wärmestube"

Seit 1984 wird vom Caritasverband in Kooperation mit der Stadtmission Nürnberg e.V. (nachfolgend als Trägergemeinschaft bezeichnet) in einem stadteigenen Gebäude die Einrichtung einer Wärmestube betrieben, um Wohnungslosen oder von der Wohnungslosigkeit bedrohten Personen vor allem die Möglichkeit zu geben, warme Mahlzeiten zu sich zu nehmen, zu duschen oder Wäsche zu waschen.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

Die Stadt Nürnberg gewährt den Betreibern zu den nicht durch Einnahmen und Eigenmittel gedeckten Personal- und Betriebsführungskosten jährlich einen pauschalierten Zuschuss (Festbetrag) im Rahmen der Haushaltsmittel.

Nach den Zuschussanträgen der letzten 3 Jahre ergibt sich Folgendes:

		Planzahlen			
	2005 EUR	2006 EUR	2007 EUR		
Personalaufwendungen	254.576	235.140	224.961		
Betriebsaufwand	160.750	174.286	183.124		
Gesamtaufwendungen	415.326	409.426	408.085		
Erstattungen durch Dritte	47.656	16.596	5.942		
Sonstige Einnahmen	60.000	60.000	77.000		
Gesamterträge	107.656	76.596	82.942		
Finanzierungsbedarf (Fehlbetrag)	307.670	332.830	325.143		
geplante Eigenleistung	143.085	164.612	153.233		
beantragter Zuschuss	164.585	168.218	171.910		
bewilligter Zuschuss	161.400	162.400	164.200		
- (in %) am Finanzierungsbedarf	52,4 %	48,8 %	50,5 %		

Die Zuschüsse waren anhand der eingereichten Verwendungsnachweise nachvollziehbar.

Gleichwohl ergab sich Besprechungsbedarf mit SHA:

- Nach den Ergebnisses der letzten Jahren trat jeweils ein geringerer Fehlbetrag ein, als in den Zuschussanträgen beziffert (rd. 10 % Planunterschreitung).
- Nach der Konzeption der Wärmestube erhalten die Personen während ihres Aufenthaltes auch ein Angebot für Betreuung und Beratung. Im Hinblick darauf, dass die Essensabgabe bereits als personenbezogene Sozialleistung nach § 67 SGB XII gewährt wird, sollte geprüft werden, ob nicht auch die Beratungsleistungen der Wärmestube in diese Hilfeart eingeordnet werden können. Dies würde zwar nicht zu einer direkten Entlastung der Stadt führen, weil die Stadt für diese Hilfemaßnahme nach dem SGB XII alleiniger Kostenträger ist, die Aufwendungen würden aber über die Schlüsselzuweisungen vom Land zukünftig teilweise refinanziert werden.

SHA hat Überprüfung zugesagt.

### Betriebskostenzuschuss an das Institut für soziale und Kulturelle Arbeit "ISKA"

Beim Institut für soziale und kulturelle Arbeit – von der Stadt Nürnberg durch Stadtratsbeschluss aus dem Jahre 1988 mit der Durchführung einer Schuldner- und Insolvenzberatung beauftragt – können seit dem Jahre 1991 auch die Einwohner des Landkreises Nürnberger Land die

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

Schuldnerberatung und Insolvenzberatung nutzen. Die ungedeckten Betriebsführungskosten werden seitdem zwischen der Stadt Nürnberg und dem Landkreis Nürnberger Land im Verhältnis 5/7 (Stadt) und 2/7 (Landkreis) übernommen. Die Kosten der Insolvenzberatung werden durch staatliche Zuschüsse nach der Insolvenzordnung (InsO) gemindert.

Ergebnisse bezogen auf die Stadt 2007:

Fehlbetrag laut Plan ISKA	561.400 EUR
tatsächlicher Aufwand Verwendungsnachweis ISKA	510.262 EUR
davon für Maßnahmen nach SGB II (Kostenträger Stadt)	390.258 EUR
davon für Maßnahmen nach SGB XII (Kostenträger Stadt)	19.241 EUR
verbleiben	100.763 EUR
+ interne Verrechnung Personalkosten Stadt Nürnberg <sup>2</sup>	44.684 EUR
./. Rückzahlung der Überzahlung aus 2006	- 41.761 EUR
bereinigtes Ergebnis 2007	103.686 EUR

Bei der Prüfung ergaben sich einzelne Hinweise und Empfehlungen insbesondere zu einer verbesserten Transparenz der Abrechnungen, die SHA bei künftigen Abrechnungen einfordern will. Die Personalausstattung (größter Kostenbereich der ISKA) wird durch OrgA begutachtet.

# 1.2.10 E50039 Hilfen in anderen Lebenslagen nach SGB XII u.a.

#### Prüfungsbericht vom 20.10.2008

Mit der Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch werden die bisherigen Vorschriften über die "Hilfe in besonderen Lebenslagen" (früher 3. Abschnitt BSHG) nunmehr im 9. Kapitel SGB XII als "Hilfe in anderen Lebenslagen" zusammengefasst.

Rpr hat im Rahmen seiner regelmäßigen unterjährigen Sozialhilfeprüfungen hieraus die Hilfearten

- Hilfe zur Weiterführung des Haushalts
- Altenhilfe
- Hilfe in sonstigen Lebenslagen

anhand von zufällig ausgewählten Einzelakten und sonstigen Unterlagen dahingehend geprüft, ob

- die Voraussetzungen für die Hilfeleistung gegeben waren
- die Hilfen auf den erforderlichen Umfang begrenzt

.

künftig wegfallend

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

- vorrangige Ansprüche berücksichtigt
- sowie die Bestimmungen über die sachliche und örtliche Zuständigkeit beachtet

wurden.

Nach den Jahresrechnungen fielen hierfür an:

Hilfeart	2005 EUR	2006 <sup>3</sup> * EUR	2007 EUR	
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	242.248	240.555	229.381	
Altenhilfe	56.404	37.469	43.286	
Hilfe in sonstigen Lebenslagen	228.482	182.232	177.658	
Gesamt	527.134	460.256	450.325	
davon Stadt Nürnberg	308.373	357.012	336.393	
	58,5 %	77,6 %	74,7 %	

Der Anspruch auf Hilfen nach SGB XII 9. Kapitel ist unabhängig von einem Leistungsbezug nach SGB II oder SGB XII. Sie werden nach Vorliegen der individuellen Voraussetzungen in der Regel einkommens- und vermögensabhängig (§§ 82 ff. SGB XII) gewährt.

Insgesamt ergab die Prüfung eine geregelte und geordnete Sachbearbeitung. Hinweise auf unbegründete Leistungsansprüche waren nicht festzustellen.

Gleichwohl zeigte sich – wie bereits bei früheren Prüfungen –, dass nicht immer eine ausreichende Dokumentation der Entscheidungsgründe (u.a. Art und Umfang, Dauer, Feststellung der Leistungsvoraussetzung) für die gewährten Hilfen in den Leistungsakten gegeben ist.

Die jeweiligen sachbearbeitenden Stellen wurden darauf nochmals eingehend hingewiesen.

# 1.2.11 E50102 Grundsicherung SGB II (Hartz IV)

# Prüfungsbericht vom 03.11.2008

Kostenträger für die Leistungen nach dem SGB II sind zum einen die Bundesagentur für Arbeit (BA) und zum anderen die Stadt Nürnberg. Die Stadt trägt die Kosten u. a. für die Leistungen für Unterkunft und Heizung (KdU) und für Erstausstattungen für Wohnung und Bekleidung. Die Hilfegewährung wird von der Arbeitsgemeinschaft (Arge) wahrgenommen.

Bei der Prüfung wurden schwerpunktmäßig die Zuständigkeit der Stadt Nürnberg, der Einsatz von Einkommen und Vermögen, die Beachtung von Unterhaltsansprüchen und die Einhaltung der Richtlinien der Stadt Nürnberg zu den kommunalen Leistungen nach §§ 22 SGB II geprüft.

Die Stadt Nürnberg ist örtlicher und sachlicher Kostenträger für alle ambulanten Hilfen (seit 2006 auch für ausländische Hilfeempfänger), der Bezirk Mittelfranken für alle Hilfen in Einrichtungen

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

100 Leistungsfälle wurden stichprobenmäßig zur Prüfung ausgewählt. Davon konnten 95 Fälle geprüft werden, 4 Fälle befanden sich während der Prüfung im Widerspruchsverfahren, 1 Fall wurde ohne Angabe von Gründen nicht vorgelegt.

Die Stadt Nürnberg hat festgelegt, welche Kosten der Unterkunft (KdU) in ihrem Bereich nach § 22 Abs. 1 SGB II als angemessen anzusehen sind. Dabei ist zwischen Mietkosten (Kaltmiete plus Nebenkosten) und Heizkosten zu unterscheiden. Die Mietobergrenzen (MOG) sind nach Anzahl der Bewohner und nach dem Baujahr der Wohnung gegliedert. Die Höhe der angemessenen Heizkosten orientiert sich an der Größe der Haushaltsgemeinschaft.

#### Die Mietkosten in den geprüften Fällen

Von 94 Fällen konnten die Mietkosten ausgewertet werden, in einem Fall wohnten die Leistungsempfänger (LE) mietfrei bei Verwandten. Dies ergab folgendes Bild:

Personen	angemessene	Überschre	itung MOG	Median der Miete	durchschnittlich anerkannte Miete EUR	
	Miete EUR	Ja	Nein	EUR		
1	312 bis 370	13	23	290	277	
2	392 bis 489	9	19	376	357	
3	490 bis 611	1	12	455	425	
4	581 bis 706	1	9	525	525	
5	678 bis 823		6	543	539	
6	775 bis 941		1	605	605	

Während es für Ein- und Zweipersonenhaushalte offensichtlich schwierig ist, eine Wohnung innerhalb der MOG zu finden, scheinen die MOG für Haushalte mit 4 und mehr Mitgliedern großzügig zu sein, da die mittleren Mietkosten hier deutlich unter der jeweils niedrigsten MOG liegen. Ursächlich hierfür ist jedoch u. E. auch der Umstand, dass Mehrpersonenhaushalte die ihnen zugebilligte Wohnraumgröße häufig nicht ausschöpfen.

#### Die Heizkosten in den geprüften Fällen

Die Heizkosten wurden in 79 Fällen ausgewertet. In 16 Fällen liegen keine bzw. keine aktuellen Daten vor. In den Heizkosten sind häufig auch die Kosten der Warmwasserbereitung enthalten, die nicht zu den KdU zählen. Daher sind die anerkannten Heizkosten meist niedriger als die tatsächlichen Heizkosten.

angemessene Heizkosten EUR		der Heizkosten- Irenze	Median der Heizkosten	durchschnittlich anerkannte Heizkosten EUR	
	Ja	Nein	EUR		
1 bis 2 Personen 58	16	33	42	39	
3 bis 4 Personen 75	9	14	61	55	
5 bis 6 Personen 87	2	5	70	62	

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

Hier war festzustellen, dass ein hoher Anteil der LE (34,2 %) über der Heizkostenobergrenze liegt.

#### Die Neuregelung des Abzugs der Kosten der Warmwasserbereitung

Sind in den Heizkosten die Kosten für die Warmwasserbereitung enthalten, so sind sie von den Heizkosten abzusetzen, da sie über den Regelsatz abgegolten sind. Bislang geschah dies mit einem Pauschalabzug von einem Sechstel der geltend gemachten Heizkosten.

Am 27.02.2008 erkannte das Bundessozialgericht, dass eine pauschale Berechnung nicht zulässig ist. Der Abzug ist für jedes Mitglied der Bedarfsgemeinschaft (BG) in Höhe des in seinem individuellen Regelsatz enthaltenen Anteils für die Warmwasserbereitung (je nach Alter und Familienstand mtl. zwischen 3,98 EUR und 6,63 EUR) vorzunehmen.

Obwohl diese Änderung in der Arge bekannt gegeben wurde, ist die Umsetzung – gemäß Prüfung – noch nicht generell umgesetzt.

#### <u>Einzelfeststellungen</u>

In 95 geprüften Fällen waren 144 Prüfungsbemerkungen angebracht. Darunter waren 108 leistungsrelevante Feststellungen, die vor allem Anmerkungen

- zur Ermittlung der KdU (41,7 %)
- zur Ermittlung und dem Ansatz des Einkommens und Vermögens (19,4 %)
- zu Rückforderungen, Verrechnungen und Ersatzansprüchen (16,7 %) und
- zu Unterhalts- und Unterhaltsvorschussleistungen (12,0 %)

#### enthielten.

Bei den leistungsrelevanten Feststellungen waren die Hinweise zu 43,5 % bezogen auf die Stadt Nürnberg und zu 56,7 % bezogen auf beide Träger, wobei zu hohe und zu niedrige Auszahlungen auftreten.

Die nicht leistungsrelevanten Feststellungen bezogen sich vorrangig auf nicht vollständige Dokumentation von leistungsrelevanten Tatbeständen und mangelnde Sachverhaltsaufklärung.

Die zu den Leistungsfällen erhobenen Einzelfeststellungen werden von der Arge derzeit abgearbeitet. Die strukturellen Feststellungen werden von der Geschäftsleitung über Mitteilungen und Fortbildungen etc. in die Sachbearbeitung transportiert. Insgesamt muss die Bearbeitungsqualität signifikant verbessert werden. Neben den "Problemen zweier Gebietskörperschaften unter einem Dach" ist ein Hindernis dafür nach wie vor die seit dem Start von Hartz IV in 2005 insuffiziente Software A2LL. In vielen Bereichen sind anstatt der automatisierten Datenverarbeitung händische Umgehungslösungen notwendig. Die BA will 2012 mit einer Eigenentwicklung A2LL ablösen.

# 1.2.12 **E51101 Seniorenamt**

# Honorare/Auftragsleistungen an Einzelpersonen

# Prüfungsbericht vom 11.06.2008

Gegenstand der Querschnittsprüfung waren die Aufwendungen für Auftragsleistungen/Honorare der Dienststellen des Geschäftsbereichs Ref. V an Einzelpersonen.

Nach Auswertung der Buchungen wurden für 2007 bezogen auf die Dienststellen des Ref. V folgende anteilige Aufwendungen ermittelt:

Sachkonto	Gesamt EUR	Ref. V EUR	SHA EUR	SenA EUR	J EUR
60191209 Honorarkräfte	314.918	0	0	41.193	273.725 <sup>4</sup>
60192007 Freiwilliges soziales Jahr	31.179	0	0	0	31.179
62460000 Arbeitsprämien etc.	39.268	0	38.847	0	421
64240000 "Leiharbeitskräfte/NOA"	280.866	280.866	0	0	0
64270200 Dolmetscherkosten	2.703	0	456	0	2.247
64390100 Leistungen Dritter	100.439	70.204	11.357	11.641	7.237
64390101 Künstlerhonorare	30.009	0	0	0	30.009
64390102 Veranstaltungstechniker	1.120	0	0	0	1.120
64390600 Veranstaltungen, Tagungen	5.697	550	832	4.315	0
Gesamt	806.199	351.620	51.492	57.149	345.938

Neben kleineren Feststellungen zur Kontierung ergab die Prüfung sachlich und rechnerisch – abgesehen von u.g. Frage der Kostenpflicht – o. E.

Bei der Stadt werden seit Jahren regelmäßig Teilnehmer an Maßnahmen der NOA beschäftigt, wofür die NOA eine pauschale Kostenerstattung (zuletzt rd. 280 TEUR p.a.) erhält.

Bei der Zusammenarbeit handelt es sich nach der Erläuterung im Haushaltsplan um "Leistungen, die bei der Noris Arbeit (NOA) beschäftigte Jugendliche bzw. die nach § 19 BSHG Beschäftigten für die Stadt Nürnberg erbringen."

Mit Änderung der Sozialgesetzgebung zum 01.01.2005 entfiel diese Hilfeform, stattdessen wurde ab 01.01.2005 die Möglichkeit von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen gem. § 16 Abs.3 SGB II (AGH-M) eingeführt, wofür auch bei der Stadt entsprechende Plätze vorgehalten werden.

Für diese Maßnahmekosten ist aber – im Gegensatz zu den seinerzeitigen Maßnahmekosten nach § 19 BSHG – nunmehr die Bundesagentur für Arbeit (bzw. die "Arge") Kostenträger. Der Sachverhalt wird stadtintern überprüft.

u.a. Ferienmaßnahmen und Spielmobil

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

# 1.2.13 **E52001 Jugendamt**

# Prüfung der Verwendungsnachweise für "LOS"

# Prüfungsbericht vom 20.08.2008

LOS ist das Bundesmodellprogramm "Lokales Kapital für soziale Zwecke" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF). LOS finanziert sogenannte Mikroprojekte zur Verbesserung der sozialen und beruflichen Integration von Menschen in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf.

Mit LOS sollen soziale und beschäftigungswirksame Potenziale vor Ort aktiviert werden, die durch zentrale Programme wie die Regelförderung des Europäischen Sozialfonds nicht erreicht werden. Mit Mikroprojekten von bis zu 10.000 EUR werden lokale Initiativen angeregt und unterstützt. Die Mittel müssen nicht kofinanziert werden. Die bundesweite Steuerung wurde der Regiestelle LOS übertragen, die Umsetzung erfolgt dezentral durch die Lokalen Koordinierungsstellen der Gebietskörperschaften. Eine dieser Koordinierungsstellen ist beim Jugendamt eingerichtet.

Aus dem Programm wurden 2007/2008 in den Nürnberger Regionen Altstadt-Süd, Nordostbahnhof und Galgenhof/Steinbühl insgesamt 39 Mikroprojekte gefördert.

Gemäß den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (ANBest-GK) als Bestandteil des Fördervertrages vom 26.09.2003 wurden im Berichtsjahr im Rahmen der Vorprüfung die 39 Verwendungsnachweise der einzelnen Mikroprojektträger mit einem Ausgabevolumen von insgesamt 257.550,93 EUR einschließlich aller Belege geprüft.

Für 29 Verwendungsnachweise konnte die Bestätigung der rechnerischen Richtigkeit und der kassenwirksamen Anordnung der abgerechneten Zahlungen uneingeschränkt erteilt werden, in 10 Fällen waren Bemerkungen (meist hinsichtlich der Überschreitung der in den Honorarverträgen vereinbarten Stundenzahl) bzw. Nachforderungen von Belegen erforderlich.

# 1.2.14 E52006 Hilfe zur Erziehung • Situation der Vollzeitpflege

#### Prüfungsbericht vom 11.07.2008

In der Vorlage des J zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 13.12.2007 regt J an, im Bereich der Vollzeitpflege zur Intensivierung der Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien Leistungen freier Träger in Anspruch zu nehmen. Dies war für Rpr Anlass, die Situation der Vollzeitpflege in Nürnberg in den letzten Jahren näher zu betrachten.

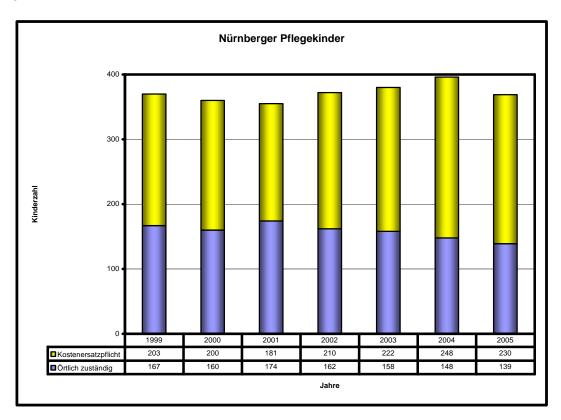
Ist Vollzeitpflege unter pädagogischen Aspekten für ein Kind ebenso gut oder besser geeignet als eine andere Unterbringungsform außerhalb seiner Familie, so ist sie die mit großem Abstand finanziell günstigste Alternative und daher bevorzugt einzuleiten.

Man geht davon aus, dass Nürnberg im Verhältnis zu anderen Städten vergleichbarer Größe über zuwenig Vollzeitpflegeunterbringungen verfügt. Gesicherte und vor allem vergleichbare Daten dazu liegen leider nicht vor.

# Entwicklung der Pflegestellenunterbringungen

Eine erheblicher Anteil der Nürnberger Pflegekinder ist im Umland untergebracht. Nach 2 Jahren wechselt gemäß § 86 Abs. 6 SGB VIII die örtliche Zuständigkeit für die Gewährung der Leistungen auf das J, in dessen Bereich die Pflegestelle liegt. Das J Nürnberg ist dann nicht mehr örtlich zuständig, es ist jedoch nach § 89 a SGB VIII zum Kostenersatz gegenüber dem nun zuständigen J verpflichtet.

In den Jahren 1999 bis 2005 (ab 2006 liegen aufgrund der Neueinführung des Programms "Prosoz 14+" bei J noch keine Daten vor) entwickelten sich die Pflegestellenunterbringungen wie folgt:



Durchschnittlich waren 371,7 Nürnberger Kinder in Vollzeitpflege untergebracht. Davon war für 158,3 (42,6 %) J örtlich zuständig, für 213,4 (57,4 %) Kinder musste J Kostenersatz leisten. In den letzten Jahren war eine Verschiebung der Unterbringung zugunsten auswärtiger Pflegestellen festzustellen.

#### Pflegefamilienwerbung

J sieht das höchste Potential für die Pflegefamilienwerbung in der Mund-zu-Mund-Propaganda zufriedener Pflegepersonen. Auch das Bayerische Landesjugendamt vertritt diese Auffassung. Neben einer guten Betreuung der Pflegefamilien wurden diesen Zusatzangebote wie Fortbildungen, Gesprächskreise und ein Sommerfest gemacht, die von ihnen sehr geschätzt werden.

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Werbeaktionen (Plakatanschläge, Gehaltszettelbeilagen, Pressekonferenzen, TV-Beiträge, Informationsabende usw.) durchgeführt, deren Erfolgs-

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

quote sich jedoch nicht quantifizieren lässt. Die "Kurzinformation Vollzeitpflege" des J wurde vom Bayerischen Landesjugendamt als Beispiel gelungener Öffentlichkeitsarbeit gesehen.

#### Überprüfungsverfahren

Im Überprüfungsverfahren müssen die Bewerber entscheiden, ob sie – nach Aufklärung über alle damit verbundenen Aufgaben – Pflegefamilie werden wollen. J muss entscheiden, ob die Bewerber grundsätzlich geeignet sind. Dies geschieht mittels umfangreicher Fragebögen, Beratungsgesprächen, amtlichen Überprüfungen, Hausbesuchen und Vorbereitungs- und Qualifizierungsseminaren.

Der Besuch des 3-tägigen Vorbereitungsseminars ist Bestandteil der Eignungsüberprüfung. Es sind jedoch dabei nicht alle Bewerber bereit, sich darauf einzulassen.

Von den 95 Bewerbern der Jahre 2004 bis 2006 konnten 72 (68 %) als gut bis bedingt geeignet eingestuft werden. "Bedingt geeignet" lässt dabei nicht unbedingt Rückschlüsse auf die Persönlichkeit der Bewerber zu, hier kann es sein, dass diese Bewerber sehr weit von Nürnberg entfernt wohnen.

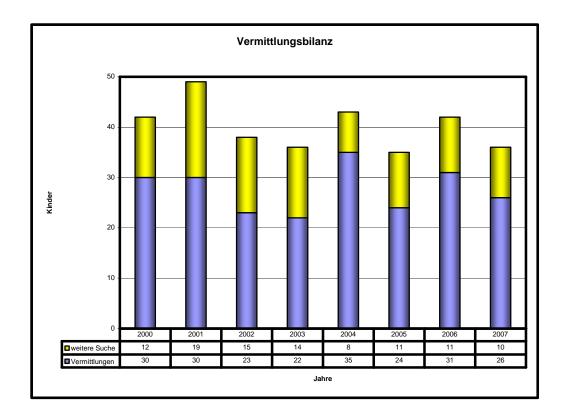
#### **Pflegekindervermittlung**

J/B3-P (Fachberatung Vollzeitpflege) wurde bis 2006 vom ASD mit der Vermittlung der Kinder in Vollzeitpflege beauftragt. Seit 2007 wird J/B3-P beauftragt, geeignete Pflegefamilien vorzuschlagen, die Vermittlung der Kinder obliegt dem ASD.

Die Vermittlungsaufträge wurden nicht immer aufrecht erhalten, es kam vor, dass sie zurückgenommen werden mussten, etwa, weil die Personensorgeberechtigten keine Vollzeitpflege mehr anstrebten oder weil Vollzeitpflege aus pädagogischer Sicht nicht mehr anzustreben war.

Durchschnittlich wurden pro Jahr 12,4 unerledigte Vermittlungsaufträge aus dem Vorjahr übernommen, neu hinzu kamen 37,8 Aufträge. Storniert wurden bzw. nicht erfüllbar waren 9,5 Aufträge. Tatsächlich zu vermitteln waren somit durchschnittlich 40,6 Kinder.

J/B3-P teilte für die Jahre 2000 bis 2007 folgende Werte für vermittelte bzw. noch zu vermittelnde Kinder mit:



Durchschnittlich konnten pro Jahr 68,8 % der zu vermittelnden Kinder in Vollzeitpflege vermittelt werden. Für 31,2 % der Kinder wurde die Suche im folgenden Jahr fortgesetzt. Die Pflegestellensuche und insbesondere die Anbahnung des Pflegeverhältnisses ist eine sehr zeitaufwändige Aufgabe. Die Übernahme von Fällen aus Vorjahren ist daher die Regel.

20 bis 25 potentielle Pflegeeltern erhielten 2007 keine Zuweisung eines Pflegekindes.

U.a. Erkenntnisse aus zurückliegenden Prüfungen deuten darauf hin, dass zur Erhöhung der Vermittlungsquote sowohl die Anstrengungen zur Suche potenzieller Pflegeeltern erhöht als aber auch die Kriterien zur Auswahl geeigneter Pflegekinder stringent einzelfallbezogen gewichtet und bewertet werden müssen.

Eine Prüfung der Entgelte an Pflegeeltern soll 2009 erfolgen.

J bat um Fristverlängerung für die Stellungnahme.

# 1.2.15 E52011 Amt für Kultur und Freizeit u.a. • Ermittlung von Doppelzahlungen

Wie in den Vorjahren hat Rpr die Kreditorenbelege auf Doppelzahlungen geprüft.

Für die Prüfung wurde die Software IDEA, ein universelles Instrument für die Prüfung, Analyse und das Reporting von großen Datenmengen eingesetzt. Für 2007 waren insgesamt neun doppelte Zahlungen durch Rpr zu beanstanden. Die betroffenen Dienststellen wurden aufgefordert, die doppelten Zahlungen zu prüfen und die Rückforderung in die Wege zu leiten.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

Die – in diesem Jahr wertmäßig geringen – Doppelzahlungen sind in der Regel darauf zurückzuführen, dass die Rechnung durch den Kreditor zweifach gestellt wurde bzw. die Rechnungszweitschrift oder Kopien/Durchschriften der Rechnung nochmals zur Zahlung angewiesen wurde.

Die Relevanz der Kontrolle zeigt sich am Beispiel der doppelten Zahlung eines Abschlags für eine Sanierungsmaßnahme in Höhe von ca. 38 TEUR; die Doppelzahlung wurde nur deshalb vermieden, weil der Kreditor in der Schlussrechnung die doppelte Zahlung angab.

# 1.2.16 E52017 Ausbildungsförderung u.a.

# Belegprüfung der Sachausgaben

Insbesondere durch die bei Rpr primär für Kassenprüfungen eingesetzte Prüfungskraft werden regelmäßig auch Belegprüfungen durchgeführt.

Im Berichtsjahr sind hierbei sechs Verwaltungsstellen überprüft worden, auch hinsichtlich korrekter doppischer Buchungsanordnungen. Insgesamt ergaben die Belegprüfungen o.E., einzelne Hinweise sind bereits während der Prüfungen mündlich abgestimmt worden.

# 1.2.17 E65002 Gemeindestraßen

# Erhebung von Straßenausbaubeiträgen

### Prüfungsbericht vom 10.11.2008

Rpr prüfte anhand von Akten die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Jahr 2007 sowie ergänzend die ordnungsgemäße buchhalterische Erfassung des Straßenunterhalts jeweils mittels üblicher Stichproben.

Insbesondere wurde untersucht,

- ob die Aktenführung und Dokumentation der bei T/A geführten Fälle an Straßenausbaubeiträgen ordnungsgemäß erfolgt,
- die in den Gutachten von T/A getroffenen Ausführungen mit der tatsächlichen Sachlage und der Satzung über die Erhebung eines Straßenausbaubeitrages (ABS) übereinstimmen und
- die begutachteten Fälle vollständig sowie sachlich und rechnerisch richtig auf die Beitragspflichtigen aufgeteilt werden,
- inwieweit vermeidbare zeitlich verzögerte Abrechnung zu Zahlungsausfällen aufgrund Verjährung und Zinsverlusten bei der Stadt führen,
- die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten städtischen Dienststellen reibungslos funktioniert und
- die Einbuchung der als Straßenunterhalt verbuchten Fälle in Übereinstimmung mit den Kontierungsrichtlinien erfolgt.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

Rpr stellte eine generell fehlerfreie und sorgfältige Erhebung von Beiträgen auf Grundlage der ABS fest. Insbesondere die klare Strukturierung und Ordnung der Unterlagen anhand des Aktenplans ist hervorzuheben.

Die vom Prüfer festgestellten teilweisen Abstimmungsprobleme zwischen den beteiligten Stellen (T/A, T/S, GBA) sollten durch die Eingliederung dieser Bereiche in den Eigenbetrieb SÖR zukünftig vermeidbar sein.

Wie bereits in der Vergangenheit festgestellt, besteht weiterhin bei einer großen Anzahl von Fällen eine große zeitliche Differenz zwischen Entstehung und Erhebung der Beiträge. Da die bisherigen organisatorischen Änderungen (ganzheitliche Sachbearbeitung) zu keinem nachhaltigen Abbau der Rückstände führten, wäre im Hinblick auf die Integration von T/A in den neuen Eigenbetrieb SÖR für eine wirtschaftliche Aufgabenerfüllung abzuklären, wie die durch verzögerte Beitragserhebung entstehenden Zinsverluste in Relation zu den Kosten einer Personalaufstockung stehen würden und ob allein weitere rein organisatorische Anpassungen nachhaltig Abhilfe schaffen können.

Auch diese Prüfung zeigte, dass die städtischen Baurichtlinien den Vorgaben der KommHV-Doppik noch angepasst werden müssen. Die Buchung der Straßenunterhaltsaufwendungen hat dabei in Übereinstimmung mit den innerhalb der Stadt verbindlichen Kontierungsrichtlinien zu erfolgen. Wertgrenzen entscheiden in der Doppik nicht mehr darüber, ob Erhaltungs- oder Herstellungsaufwand (zu aktivieren) vorliegt.

# 1.2.18 E67001 WohnungsbauförderungWohnungsfürsorgemittel für Beschäftigte

# Prüfungsbericht vom 17.07.2008

Von der Stadt werden Arbeitgeberdarlehen (Wohnungsfürsorgemittel) gewährt. Damit sollen Bedienstete bei der Anschaffung von selbstgenutztem Wohnraum unterstützt werden. Die Darlehen werden von WS genehmigt und von Stk bzw. von Kh weiter verwaltet.

Die entsprechenden Voraussetzungen (Höhe des Darlehens, Verfahren, etc.) sind in den vom Stadtrat erlassenen Richtlinien über das Gewähren von Wohnungsfürsorgemitteln (WFM-RL – HdV 100.22) geregelt.

Zum Zeitpunkt der Prüfung waren 196 Darlehen mit einem nominalen Betrag von 2.332.603,39 EUR ausgegeben, wobei noch 1.039.662,86 EUR zur Tilgung anstanden.

Die stichprobenhaft durchgeführte Prüfung zielte darauf ab, ob

- die allgemein sachlichen Voraussetzungen erfüllt und
- die persönlichen Voraussetzungen gegeben waren,
- die Darlehenshöchstbeträge eingehalten,
- die Tilgungsraten und -bedingungen korrekt festgesetzt und
- die Darlehen dinglich abgesichert wurden,

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

 evtl. Kündigungsgründe (z. B. Dienstherrenwechsel oder Immobilienverkauf) eingetreten sind.

Die stichprobenweise Überprüfung gezogener Akten ergab o. E. Im laufenden Jahr wurden nur drei neue Darlehen ausgereicht (1 Stadt, 2 Kh). Bei derzeit 4 %igen städtischem Zinssatz ergeben sich für die knapp 200 Darlehensnehmer insgesamt nur rd. 10 TEUR p.a. Ersparnis. Auch angesichts verschiedener öffentlicher Förderprogramme stellt sich für Rpr die Frage, ob diese städtische Mitarbeiterunterstützung noch zweckmäßig und erforderlich ist.

#### 1.2.19 E72001 Märkte

Die Dienststelle Marktamt und Landwirtschaftsbehörde (ML) wird seit 1989 als externer Kostendecker betrieben. Neben der Prüfung auf Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit wurden einzelne Buchungsvorgänge sowie die richtige Abgrenzung von Erträgen und Aufwendungen in das Prüfungsgeschehen eingebunden.

Die Prüfung umfasste im Wesentlichen die Rechnungsjahre 2005 bis 2007 unter Heranziehung der Budgetberichte aus SAP.

ML erwirtschaftete gemäß dem Budgetbericht nach den Fehlbeträgen in den Jahren 2005 und 2006 mit 129 TEUR bzw. 6 TEUR im Geschäftsjahr 2007 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 176 TEUR.

Die Prüfung der Entwicklung einzelner Aufwands- und Ertragsarten ergab in verschiedenen Fällen Abstimmungsbedarf mit ML und Stk hinsichtlich der Periodenabgrenzung, insofern sind die o.a. Jahresergebnisse über den Zeitablauf nur bedingt vergleichbar.

Insbesondere unter Berücksichtigung der Periodenabgrenzungen hätte ML im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007 voraussichtlich ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt.

Eine systematische Analyse der Verbuchung alter Geschäftsvorfälle soll zukünftig eine zutreffende Sachkontenzuordnung gewährleisten. Der Nettoerlös einer Grundstücksveräußerung wäre einem Hinweis von Rpr folgend von St in der Steuerbilanz von ML für 2007 in einen steuerfreien Sonderposten mit Rücklageanteil gebucht werden.

Hervorzuheben sind die in Zusammenarbeit mit dem Amt für Organisation und Informationsverarbeitung im Jahr 2006 eingeleiteten Maßnahmen zur Kostenreduzierung und Realisierung von Mehreinnahmen. Hierbei konnten insbesondere durch Umstrukturierungen von Recyclingmaßnahmen die Aufwendungen für Abfallbeseitigung erheblich reduziert werden.

Im September 2008 gingen anonyme Hinweise ein, die Vergabe eines Ordnungsdienstes sei nicht ordnungsgemäß erfolgt. Die umgehend ergriffenen Recherchen durch die Zentrale Anlaufstelle für Korruptionsprävention bei Rpr ergaben, dass Ausschreibung, Submission und Vergabe ordnungsgemäß und nicht zu beanstanden waren. Die erhobenen, o.g. Vorwürfe waren nicht haltbar.

Die stichprobenweise Prüfung hinsichtlich der Geschäftsführung bei ML insgesamt ergab o.E.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

## 1.2.20 E74001 Friedhofsverwaltung

#### Prüfungsberichte vom 30.05.2008 und 24.07.2008

### 1. Prüfung einzelner Verkaufsbereiche

Verschiedene Berichte in der lokalen Presse, aber auch die Verpflichtung, sensible Verwaltungsabläufe und -geschäfte häufiger zu prüfen, führten hinsichtlich erneuter Überprüfung der Behandlung des bei der Einäscherung anfallenden Zahngoldes im städt. Krematorium sowie des Verkaufs alter Messingurnen zu folgendem Ergebnis:

### Zahngold

Die Sicherheit bei der Entnahme und Verwahrung des beim Einäscherungsvorgangs von Leichen gewonnenen Zahngoldes ist durch verschiedene Maßnahmen erheblich verbessert worden. Durch Videoüberwachung, Anschaffung eines Tresors und dem Erlass von neuen Verwaltungsregelungen werden dolose Handlungen äußerst erschwert. Eine Vor-Ort-Besichtigung durch Rpr führte zu einzelnen weiteren Sicherheitsvorkehrungen.

Die Berichterstattung an den Ältestenrat zeigte auf, dass mit den Erlösen wichtige Projekte (z.B. Palliativstation) jetzt nachhaltig unterstützt werden können.

#### Messingurnen

Rpr prüfte neben dem Verkauf alter Messingurnen aus aufgelassenen Gräbern auch die sonstigen auf Friedhöfen erzielten Verkaufserlöse durch Frh.

Die Verkaufserlöse der an ein Schrott-Recycling-Unternehmen verbrachten Überurnen sind eher gering, weil deren Trennung nach ihren verschiedensten Metall- und Legierungsbestandteilen zum Teil recht aufwändig ist. Dagegen sind die Verkaufserlöse aus sonstigen Schrottmaterialien (z.B. Bronzeguss) aus verschiedenen Gründen von 67 EUR (2005) auf 8.784 EUR (2007) gestiegen. Die von Frh genannten Gründe der Erlössteigerungen waren nachvollziehbar, eine früher bestimmungswidrige Verwendung der Gelder war nicht nachweisbar. Zusätzliche Prüfung Kompostverkauf etc. ergab o. E.

#### 2. Ergänzend zur finanziellen Situation bei Frh

Bis Ende 2004 war bei Frh ein Haushaltsdefizit von 7,5 Mio. EUR aufgelaufen. Durch strukturelle Maßnahmen und v.a. die Ende 2005 erfolgten Gebührenerhöhungen konnte das Defizit bis Ende 2007 auf 3,7 Mio. EUR abgebaut werden.

Nach vorsichtigen Schätzungen dürfte sich 2008 das Defizit um eine weitere Million Euro auf 2,7 Mio. EUR abbauen lassen. Die seit 2006 über 100 % liegenden Kostendeckungsgrade schaffen Raum für notwendige Investitionen in bedarfsgerechte Ausgestaltungen von Trauereinrichtungen auf den Friedhöfen und dringende Sanierungsmaßnahmen im Krematorium.

Der Konsolidierungsweg bei Frh muss jedoch konsequent beibehalten werden, insbesondere auch, weil Hinterbliebene verstärkt auf preislich günstige Angebote ausweichen.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

## 1.3 Kassenprüfungen

Bei der Stadtkasse und den als Teil davon eingerichteten Zahlstellen (Stand 30.11.2008: 65) ist nach Art. 103 Abs. 5 Satz 2 GO i.V.m. § 3 Abs. 1 KommPrV vom Rechnungsprüfungsamt jährlich jeweils mindestens eine unvermutete Kassenprüfung im Auftrag des Oberbürgermeisters durchzuführen. Dies gilt auch für die nicht mit der Stadtkasse verbundenen 4 Sonderkassen bei den Eigenbetrieben ASN, NüBad, NüSt und SUN sowie den dort eingerichteten 16 Zahlstellen. Ebenfalls geprüft wurde die nicht verbundene Sonderkasse beim Regiebetrieb StEM. Insgesamt werden die Kassen ordnungsgemäß geführt.

Aufgrund der unmittelbaren Verantwortlichkeit des Rechnungsprüfungsamtes bei Kassenprüfungen gegenüber Herrn Oberbürgermeister (Art. 104 Abs. 2 Satz 1 GO) wird er monatlich über deren Ergebnis unterrichtet.

## 1.4 Informations- und Kommunikationstechnik

## 1.4.1 Vorbemerkungen

Die Prüfungstätigkeit im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) erstreckte sich auf folgende Teilaufgaben:

- Prüfung der Planung, Beschaffung und Einführung von IV-Verfahren,
- Prüfung bereits eingesetzter IV-Verfahren und der Organisation des Betriebes auf Ordnungsmäßigkeit, Funktionalität, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit sowie
- Prüfung von Vergaben im luK-Bereich.

Rpr prüft auch hier wie in der Technischen Prüfung überwiegend begleitend – insbesondere durch die Mitarbeit in Projekt- und Arbeitsgruppen der Verwaltung – den ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik und gibt gutachterliche Stellungnahmen bei Verfahrenseinführungen und Beschaffung von Hard- und Software sowie Dienstleistungen ab.

Bei folgenden Verfahren wurden und wird Entwicklung, Einführung und Vorbereitung für den Einsatz neuer IV-Verfahren begleitend geprüft:

- Auswahl und Einführung eines elektronischen Ausschreibungs- und Vergabemanagements,
- Projekt Vollstreckungssoftware,
- Dokumentenerzeugung auf Basis von ERP-Systemen.

#### 1.4.2 Einzelfälle

#### 1.4.2.1 Prüfung von CpD-Kreditoren

#### Prüfungsbericht vom 07.04.2008

CpD-Konten (Conto pro Diverse) in SAP sind anonyme Sammelkonten für Einmalkunden und Einmallieferanten; einzelne CpD-Kreditoren werden für mehrere Kreditoren/Lieferanten genutzt. Die CpD-Konten enthalten im Unterschied zu Kreditorenstammsätzen keine kundenspezifischen Daten. Kundenspezifische Daten wie Adresse und Bankverbindung werden bei der einzelnen Buchung gespeichert; somit bestehen höhere Risiken, da eine unabhängige Stammdatenverwaltung fehlt.

Rpr hat bei den Buchungen über CpD-Kreditoren für das HJ 2006 in Teilbereichen geprüft, inwieweit eine ordnungsgemäße und korrekte Abwicklung der Zahlungen gewährleistet ist. Bei der Prüfung von Einzelfällen wurden die Belege sowie die Verarbeitung von Geschäftsvorfällen im Neuen Rechnungswesen Nürnberg (NRN) nachvollzogen.

Außerdem wurde geprüft, ob die Strukturen und fachlichen Grundlagen zur Gewährleistung einer sicheren und nachvollziehbaren Vergabe der Berechtigungen in SAP vorliegen.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

#### Grundsätzliche Feststellungen und Erkenntnisse:

Mit ca. 23,8 Mio. EUR wird ein erhebliches Volumen über CpD-Kreditoren abgewickelt.

Die Prüfung hat ergeben, dass

- die Buchungen nur durch Mitarbeiter der fachlich zuständigen Dienststellen durchgeführt wurden,
- keine außergewöhnlichen Belegarten gebucht wurden,

#### Bereich Erstattung Schülerbeförderung durch Ref. IV

Aufgrund einer Datenanalyse wurde Belege näher geprüft, bei deren Buchungstexten identische Zahlungsperioden für gleiche Zahlungsempfänger erkennbar waren. Des Weiteren wurde ein Zahlungsempfänger geprüft, der über 3 Jahre eine relativ hohe Erstattung erhalten hat.

Die nähere Prüfung ergab außer einem mündlichen Hinweis keine materiellen Feststellungen.

### Bereich Auszahlung Verwahrgeld durch Ka

Eine Analyse der Buchungen auf mehrfache Zahlungen auf identische Bankverbindungen ergab ca. 1000 Fälle. Stichprobenartig wurden in erster Linie Zahlungen an Dritte, insbesondere mit auffälligen bzw. identischen Beträgen geprüft.

Ergebnis der Einzelfallprüfung: Die geprüften Fälle waren nachvollziehbar. Hinweise auf Unregelmäßigkeiten haben sich nicht ergeben.

#### Zugriffsrechte

Es ist sicherzustellen, dass in automatisierte Verfahren nicht eingegriffen werden kann. Die sachgerechte Vergabe von Zugriffsberechtigungen ist zu dokumentieren.

Die individuelle Ausprägung einzelner Berechtigungen für die Buchung auf CpD-Kreditoren wurde näher untersucht. Die Prüfung des Berechtigungskonzeptes und der eingerichteten SAP-Rollen für die Buchung auf CpD-Kreditoren erfolgte in Stichproben; sie erbrachte die nachfolgenden Ergebnisse:

- Die erstellten Rollen entsprechen nach Struktur und Namenskonvention den Vorgaben des Berechtigungskonzeptes.
- Die Berechtigungsobjekte des Berechtigungskonzeptes entsprechend den eingerichteten Rollen. Die Rechtesstruktur der Rollen war generell nachvollziehbar.
- Die komplette und benutzerbezogene Einschränkung der Zugriffsrechte ausschließlich auf CpD-Kreditoren wurde weitgehend realisiert.
- Die einzelnen Änderungen/Berichtigungen der Rollen in SAP sind dokumentiert.

Im Rahmen der Prüfung der Zugriffsrechte wurde festgestellt, dass für eine Dienststelle eine relativ hohe Anzahl von Mitarbeitern Buchungsrechte besaßen. Die Klärung ergab, dass die

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

Buchungsrechte bei der Einführung irrtümlich beantragt wurden. Die Zugriffsrechte wurden bei den betroffenen Mitarbeitern gelöscht.

#### 1.4.2.2 Abwicklung des Zahlungsverkehrs bei der Stadtkasse

#### Prüfungsbericht vom 15.08.2008

Rpr prüft derzeit den Einsatz des IT-Verfahrens PROSOZ 14plus beim Amt für Kinder, Jugendliche und Familien - Jugendamt. Im Rahmen der Prüfung wird auch die Datenübertragung der Banküberweisungen geprüft. Die Dateien mit den Bankdaten werden hierzu von J an Ka zur weiteren Datenübertragung an die Banken transferiert. Die Zahlungsdaten (DTAUS-Datei) werden durch PROSOZ 14plus generiert und anschließend mit dem Jobsteuersystem UC4<sup>5</sup> in ein Importverzeichnis bei Ka transferiert. Der UC4-Prozess wird automatisiert abgearbeitet.

Für die Übertragung der Überweisungsaufträge wird die Software SFirm eingesetzt.

#### Anforderungen an die Speicherung der Zahlungsdaten bei Ka

Es ist sicherzustellen, dass die gespeicherten Daten nicht verloren gehen und nicht unbefugt gelesen, genutzt oder verändert werden können (§ 33 Abs. 1 Nr. 5 KommHV-Doppik).

Der Zugriffsschutz muss gewährleisten, dass nur autorisierte Personen (Benutzer und Administratoren) in das System und an die für ihre Funktion bestimmten Daten gelangen; es gilt das Need-to-know-Prinzip. Dazu sind den Administratoren und Benutzern differenzierte und individuelle Berechtigungen zuzuordnen. Die Vergabe von Berechtigungen ist eine sicherheitskritische Aktion; sie hat restriktiv zu erfolgen.

#### Einzelne Prüfungsergebnisse

Die festgelegten Prozesse und die eingesetzte Software SFirm können grundsätzlich eine ordnungsgemäße und sichere Datenübertragung an die Banken gewährleisten, soweit nicht die nachfolgenden Feststellungen dieser Aussage entgegenstehen:

- Zugriffsberechtigungen auf das DTAUS-Verzeichnis (für Banküberweisungen von J) bei Ka
   166 Benutzer (!) in acht Benutzergruppen (davon mehrere Benutzer mehrfach in verschiedenen Benutzergruppen) und ein Einzelbenutzer.
  - Alle Benutzer besaßen Vollzugriff. Dies bedeutet, dass die Rechte auf alle im Verzeichnis enthaltenen Dateien an andere Benutzer der städtischen Domäne übertragen, die Dateien ändern oder löschen kann.
- Mitarbeiter der Dienststelle Jugendamt dürfen keine Zugriffsrechte besitzen.

42

Plattformübergreifendes Jobsteuersystem zur Automatisierung von IT-Prozessen, u.a. mit integriertem Filetransfer

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

#### Fazit und weiteres Vorgehen

- Die Rechteverwaltung besitzt erhebliche M\u00e4ngel. Die Anforderungen des Haushaltsrechtes sind nicht erf\u00fcllt.
- Die Anzahl der Benutzer ist viel zu hoch. Die Anzahl der Benutzer, die administrative Tätigkeiten ausführen, ist auf eine überschaubare Anzahl zu beschränken.
- Die konkreten Zugriffsrechte der einzelnen Benutzergruppen sind zu beschränken. Sie müssen auf das zur Aufgabenerledigung notwendige Maß reduziert werden.

Mit Stellungnahme vom 24.10.2008 hat Ka mitgeteilt, dass die Anzahl der Benutzer zwischenzeitlich auf das notwendige Maß reduziert wurde; die empfohlene Änderung der Rechteverwaltung werden noch realisiert.

Rpr wird den ordnungsgemäßen Vollzug kontrollieren.

## 1.4.2.3 Administration und Betreuung von Oracle-Datenbanken durch OrgA

#### Prüfungsbericht vom 28.10.2008

Anhand des Produktivbetriebs der Datenbank von Prosoz 14plus wurde der Einsatz von Oracle Datenbanken bei OrgA geprüft.

Die laufende Administration der Datenbank führt OrgA eigenverantwortlich durch. Aus diesem Grund sind die Anforderungen an Sicherheit und Ordnungsmäßigkeit beim Einsatz von IT im Bereich des Finanzwesens durch OrgA sicherzustellen.

#### Anforderungen des Finanzwesens

Es ist sicherzustellen, dass in automatisierte Verfahren nicht eingegriffen werden kann (§ 33 Abs. 1 Nr. 4 KommHV-Doppik). Der Zugriffsschutz muss gewährleisten, dass nur autorisierte Personen in das System und an die für ihre Funktion bestimmten Daten gelangen. Dazu sind den Administratoren und Benutzern differenzierte und individuelle Berechtigungen zuzuordnen. Die Vergabe von Berechtigungen ist eine sicherheitskritische Aktion; sie hat restriktiv zu erfolgen.

## Prüfungsergebnisse

Zugriffsrechte

Der Zugang der Administration erfolgt über Standardbenutzer von Oracle, die drei Administratoren gemeinsam nutzen. Für die drei Mitarbeiter, die für das Monitoring zuständig sind wurde ein gemeinsamer User eingerichtet.

Personenbezogene Datenbankzugänge wurden nicht realisiert.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

#### Fehlerkorrekturen

Soweit Fehlerkorrekturen (ausnahmsweise) durch unmittelbare Eingriffe in die gespeicherten Daten notwendig sind, muss der ursprüngliche Inhalt und die Art und Weise der Korrektur nachvollziehbar dokumentiert sein.

Die Dokumentation der Fehlerkorrekturen wurde geprüft. Änderungen werden nach dem Vier-Augen-Prinzip durchgeführt.

Feststellungen haben sich nicht ergeben.

#### Protokollierung

Über die Aktivitäten von OrgA auf den PROSOZ 14plus-Datenbanken wird ein manuelles Logbuch geführt.

Da in Oracle Funktionen zur Protokollierung vorhanden sind, wäre der Umfang der Protokollierung festzulegen und die automatische Protokollierung zu aktivieren. Die Protokolle müssen in regelmäßigen Abständen überprüft werden.

#### Dienstanweisung bzw. Betriebskonzept

Es wurde geprüft, welches Betriebskonzept oder sonstige Vorgaben zur Steuerung des Einsatzes von Oracledatenbanken und zur Gewährleistung einer sicheren und ordnungsgemäßen Administration bei OrgA bestehen.

Auf der Grundlage des IT-Grundschutzhandbuches des BSI wird derzeit ein Betriebskonzept für Oracle Datenbanken erstellt.

#### 1.4.2.4 Prüfung mySAP Human Resources

#### Prüfungsbericht vom 05.11.2007

Prüfungsgegenstand waren die grundlegenden systemtechnischen Anforderungen an Sicherheit und Ordnungsmäßigkeit im Basisbereich zur Gewährleistung der ordnungsgemäßen Verarbeitung der Daten im Produktivsystem.

Über das Ergebnis der Prüfung wurde bereits im Sachverständigenbericht Teil I zum Jahresabschluss 2006 berichtet. In den Stellungnahmen von PA und OrgA wurden alle Prüfungsfeststellungen anerkannt.

Das weitere Vorgehen zur Ausräumung der Prüfungsfeststellungen wurde zwischen PA, OrgA und Rpr abgestimmt. Die wesentlichen Feststellungen, insbesondere

- zur Aufgabenverteilung zwischen PA und OrgA,
- dem Standard-Profil SAP NEW
- und der Funktionstrennung zwischen SAP HR-Betreuer und -abrechner

sind zwischenzeitlich ausgeräumt worden.

Im Zuge der Erledigung der Feststellungen ergaben sich strukturelle Probleme bei der Berechtigungsverwaltung, die in der Arbeitsgruppe "SAP HR - Redesign der Benutzerverwaltung" unter Beteiligung von PA, OrgA und Rpr beseitigt werden.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

Zusammenfassend ist anzumerken dass nunmehr das eingesetzte SAP-System im geprüften Bereich die Anforderungen an die Sicherheit und Ordnungsmäßigkeit erfüllt.

#### 1.4.2.5 Neues Rechnungswesen Nürnberg

Prüfung der Datenübernahme aus Vorverfahren, Prüfungsbericht vom 29.09.2005

Berechtigungs- und Systemprüfung, Prüfungsbericht vom 08.08.2006

Rpr hat über die Ergebnisse der o. g. Prüfungen bereits mehrfach in den letzten Sachverständigenberichten informiert.

Am 14.07.2008 wurde Ref. I/SKN aufgefordert, einen Sachstandsbericht bezüglich der Ausräumung der noch offenen Prüfungsfeststellungen abzugeben. Aufgrund der Stellungnahme von Ref. I/SKN vom 22.10.2008 ergibt sich folgender Sachstand:

- Durch Einschränkungen bei den Zugriffsrechten konnten weitere Prüfungsfeststellungen ausgeräumt werden.
- Allgemein ist anzumerken, dass mehrere Prüfungsfeststellungen von beiden Berichten über Jahre nicht ausgeräumt werden konnten, u.a. die prozessübergreifenden Kontrollen bei Datenübernahmen, den Erlass von Dienstanweisungen und die Erarbeitung bzw. Fortschreibung diverser Konzepte.

Zur Begründung führt Ref. I/SKN mangelnde Kapazitäten wegen der Umsetzung von SÖR und weiterer dringender Anforderungen an. Alle offenen Feststellungen wurden in den Arbeitsplan von Ref. I/SKN aufgenommen, Vollzugskontrolle durch Rpr.

## 1.4.3 Vergabeprüfung

Im Berichtsjahr 2006 wurden bis Redaktionsschluss des Sachverständigenberichts insgesamt 19 Vergaben mit einer Gesamtsumme von ca. 4,4 Mio. EUR begutachtet.

Insgesamt gesehen war nur eine geringe Anzahl förmlicher Beanstandungen zu treffen.

## 1.4.4 Teamprüfungen

Die luK-Prüfungsgruppe wurde auch in Teamarbeit mit Rpr-Fachprüfern tätig. Dabei getroffene Anregungen und Feststellungen gingen in die dortigen Berichte ein. Daneben unterstützt die luK-Prüfungsgruppe die Doppik-Prüfung im Rpr.

## 1.5 Technische Prüfung

## 1.5.1 Allgemeines

## Prüfungsspektrum

Das Prüfungsspektrum umfasst die Anwendung der maßgeblichen Haushalts- und Verwaltungsvorschriften aufgrund der Verwendung von Steuergeldern und die Einhaltung einschlägiger Gesetze, Normen, Vertrags- und Verdingungsordnungen im Bauwesen durch beteiligte Verwaltungseinheiten und Dritte.

Im Einzelnen wird der Verwaltungsprozess auf wirtschaftliche, zweckmäßige und ordnungsgemäße Abwicklung bei Baumaßnahmen mit ausführenden Unternehmen und extern beauftragten Ingenieuren und Architekten überprüft. Dies geschieht unabhängig von der jeweiligen Betriebsform bzw. organisatorischen Zuordnung der Baudienststelle. Vereinzelt werden auch im Vorfeld Empfehlungen zur Anwendung einschlägiger Vorschriften, Vertragsgestaltungen etc. bei Rpr nachgefragt.

Der Umfang des Prüfungsgebiets macht auch in der Technischen Prüfung eine Beschränkung auf Teilgebiete und Stichproben notwendig.

#### Prüfungsschwerpunkte

Die klassische nachgängige Prüfung (ex-post) beschränkt sich ausschließlich auf die nachträgliche Prüfung fertiggestellter und bereits abgerechneter Baumaßnahmen.

Im Gegensatz dazu ist die Arbeit der Technische Prüfung seit langem prozessbegleitend (exante) ausgerichtet. Hierbei werden ebenfalls grundsätzlich nur abgeschlossene Verwaltungshandlungen prüferisch nachvollzogen. Unser Zugriff liegt jedoch im Vorfeld der Genehmigung bzw. während der Durchführung, so dass im Bedarfsfall noch gegengesteuert werden kann. Unsere Risikoorientierung liegt daher vorwiegend im Vermeiden überhöhter Ausgaben.

In den städtischen Baurichtlinien (BRL) und Vergaberichtlinien (VRL) sind die Zuständigkeiten und Grenzwerte für die zwingende Beteiligung des Rpr vor der Bereitstellung bzw. Genehmigung von Mitteln festgelegt.

Unbestritten ist die Beeinflussbarkeit der Kosten bei einem Bauprojekt in der Anfangsphase am Größten. Bei der Bauinvestitionsbesprechung (BIB) zur Bemessung und Aufnahme geplanter Projekte in den Haushalt liegt daher unser Schwerpunkt auf der Sicherstellung der Transparenz von abgestimmtem Bedarf und Angemessenheit der dazu von den Baudienststellen getroffenen Kostenannahmen. Im Rahmen der Controllingfunktion der projektbegleitenden BIB fordern wir aktuelle Statusberichte ein und stellen im Bedarfsfall die Nachvollziehbarkeit von Ursachen sicher, die zu Mittelkorrekturen, Planungs- oder Bedarfsänderungen geführt haben.

Werden Bau- und Ingenieurleistungen vergeben, stehen die Transparenz und Einhaltung des Wettbewerbs, die Streuung der Aufträge und die Wirtschaftlichkeit von Angeboten und Nachtragsforderungen bei der Prüfung im Vordergrund.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

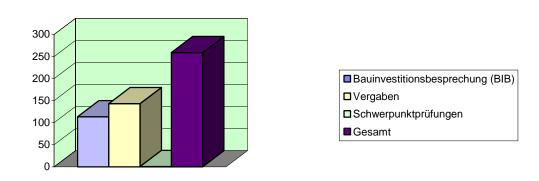
Bei der Baudurchführung der Maßnahmen ist die Mobile Prüfung vor Ort bemüht, eine möglichst ordnungsgemäße Ausführung zu sichern und das Risiko unrichtiger Abrechnungen zu minimieren.

#### 1.5.1.1 Prüfungsvolumen

Im Berichtszeitraum für das Haushaltsjahr 2007 waren Vorgänge aus städtischen Baumaßnahmen – einschließlich Eigenbetriebe, ohne FNG – in Höhe von rund 260,17 Mio. EUR (HJ 2006: 170,41 Mio. EUR) zu prüfen.

Damit ist die Höhe des Prüfungsvolumens nach den Vorgaben der städtischen Bau- und Vergaberichtlinien (BRL und VRL) erneut gestiegen. Im Vergleich dazu lag die Summe Vorlagepflichtiger Vorgänge 2002 noch bei rund 94,56 Mio. EUR.

## Prüfungsvolumen 2007 in Mio. EUR



Die Prüfungsarbeit für städtische Projekte lag damit nahezu ausschließlich bei der Vermeidung von Ausgaben im Vorfeld der Genehmigung.

Ergänzend fielen Auftragsprüfungen für die Flughafen Nürnberg GmbH zu Vergaben und Bauabrechnungen vor Genehmigungserteilung bzw. Auszahlung in Höhe von insgesamt 13,52 Mio. EUR an, siehe auch unter Nr. 1.8.7, Auftragsprüfungen.

Geprüfte Vorgänge wurden zum Teil von Bedarfsträgern selbst abgewickelt, von Baudienststellen durchgeführt oder bei externer Vergabe von den Baudienststellen projektleitend für bedarfstragende Dienststellen betreut.

Über Prüfungen in diesem Zusammenhang bei der Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg (SUN) wird unter Nr. 4.2.6, zum Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg (ASN) unter Nr. 4.3.6, zum Franken-Stadion Nürnberg (FSN) unter Nr. 4.5.5 und zum Klinikum Nürnberg (Kh) unter Nr.3.4.3 separat berichtet.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

## 1.5.1.2 Finanzielles Ergebnis

Die folgenden Ergebnisse wurden im Haushaltsjahr 2007 überwiegend bei der ex ante-Prüfung von Kostenannahmen für Bauinvestitionen, aber auch bei Vergaben von Bauleistungen und Ingenieur- und Architektenleistungen vor der jeweiligen Genehmigung im Konsens mit den geprüften Dienststellen erreicht.

Materielle Ergebnisse aus der ex-post-Prüfung werden aufgrund von Prüfungsfeststellungen beim Rückholen ungerechtfertigt geleisteter Zahlungen durch die geprüften Einheiten erzielt. Ausschlaggebend für die Abbildung dieser kassenwirksamen Rückzahlungen im Bericht ist der Eingang der Beträge im Berichtsjahr.

 Insgesamt wurde finanziell erfassbares Ergebnis in Höhe von 3,30 Mio. EUR erreicht. In dieser Summe sind 48.256 EUR für die Stadtentwässerung und Umweltanalytik, 117.974 EUR für den Eigenbetrieb Frankenstadion Nürnberg, 37.977 EUR für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Nürnberg sowie für die Flughafen Nürnberg GmbH in Höhe von 69.039 EUR enthalten.

Aus den obengenannten Einsparungen sind allein bei der Prüfung im Rahmen der Bauinvestitionsbesprechung (BIB) ursprünglich veranschlagte Investitionskosten im Einvernehmen mit den Baudienststellen um 2,84 Mio. EUR reduziert worden.

In erster Linie leisten verfahrensverbessernde Anstöße aus Prüfungsfeststellungen einen wesentlichen Beitrag zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in der Verwaltung. Werden diese von den Geprüften umgesetzt, schließen sich die Schwachstellen, bei denen in der Vergangenheit finanzielle Ergebnisse bei Prüfung zu erzielen waren. Wie der präventive Einsatz der Mobilen Prüfung vor Ort entzieht sich dies jedoch einer finanziellen Bewertung.

## 1.5.2 Bauinvestitionsbesprechung (BIB)

Der BIB-Prozess wurde 2007 erneut verändert. Bedarfsträger und Baudienststellen haben jedoch nach unserer Auffassung die Notwendigkeit gesicherter Programme und tragfähiger Kostenannahmen in Bezug auf den städtischen Haushalt und vor allem auf wirtschaftliches Planen und Investieren noch zu wenig verinnerlicht.

Unser Ziel im Prozess ist dabei, die gegenwärtige Praxis bei der Aufnahme von Investitionen in den MIP umzukehren. Statt die jährlich wiederkehrende "Auffütterung" im MIP enthaltener Bauprojekte – infolge Mehrkosten aufgrund "unumkehrbarer Fakten" – die in der Konsequenz zu immer weniger dringend notwendiger Neuaufnahmen führt, muss es möglich werden, im Konsens festgelegte Nutzungsanforderungen mit belastbaren Kostenannahmen und angemessenen Risikobewertungen über die Laufzeit der Maßnahmen zu erarbeiten.

Voraussetzung ist eine solide Ermittlung der Grundlagen. Die Qualität eines Entwurfs besteht immer auch darin, Wirtschaftlichkeit und Randbedingungen optimal zu lösen. Spätere Überraschungen sind dadurch beim Bauen niemals vollkommen ausgeschlossen, das entsprechende Risiko ist aber deutlich zu vermindern.

Zur Steigerung der Akzeptanz und des Verständnisses der kommunalrechtlichen Grundlagen bei der Haushaltsanmeldung von Baumaßnahmen wurde unter Federführung von Ref. II ein umfassender Intranetauftritt erarbeitet, bei dem keine Fragen offen bleiben. Sinn und Zweck

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

von BIB-Anmeldung und MIP-Verfahren, wie auch der Prozess selbst sind klar und allgemeinverständlich erläutert. Dieser Schlüssel zu allen Fragen rund um das Prozedere ist seit 2008 allgemein zugänglich.

Im aktuellen Haushaltsjahr 2008 waren erneut 15 von 47 zur BIB angemeldeten Maßnahmen, die zur Neuaufnahme in den MIP/zur Fortschreibung im MIP vorgesehen waren, nach abgeschlossenem MIP-Verfahren ohne Ergebnis.

Bis heute werden nicht sämtliche Einzelansatzvorhaben (Baumaßnahmen über 250.000 EUR) in der BIB behandelt, wie seit 1997 in den Baurichtlinien der Stadt Nürnberg festgelegt. Die Steuerungsfunktion der projektbegleitenden BIB, in der von den Baudienststellen über den aktuellen Stand laufender MIP-Maßnahmen zu berichten wäre, ist wegen häufig ungenügender Zuarbeit der Baudienststellen ebenfalls noch nicht zufriedenstellend.

Auf städtischer Leitungsebene wird an der nachhaltigen Verbesserung der Prozesse im investiven Bereich insgesamt unter Beteiligung Rpr mit hohem Erfolgsdruck gearbeitet.

## 1.5.3 Direkter Rpr-Einsatz 2008 im Hochbauamt

Zur Vermeidung von Zuschussverlusten innerhalb einzelner zeitkritischer IZBB-Projekte und zur Beschleunigung dieser Maßnahmen ist eine Mitarbeiterin des Rpr 2008 im H im Rahmen einer Systemprüfung unterstützend tätig gewesen.

Hierbei wurde die Projektleitung für die bereits angelaufenen IZBB-Maßnahmen am Willstätter Gymnasium und am Hans-Sachs-Gymnasium übernommen.

Beide Maßnahmen konnten beschleunigt und damit noch zeitgerecht fertiggestellt werden. Das Willstätter Gymnasium wurde im Juli 2008 fertiggestellt, das Hans-Sachs-Gymnasium im Oktober 2008.

Daneben wurden von der Architektin des Rpr im H zur Vorbereitung der BIB und aufbauend auf ihren Erfahrungen die Projektleitungen im H gezielt beraten. Vor allem für neueingestellte Mitarbeiter des H wurden zwei Inhouse-Schulungen zu den Bau- und Vergaberichtlinien der Stadt Nürnberg durchgeführt.

Der Prüfungseinsatz vor Ort diente für Rpr auch dazu, die Prozessabläufe im städtischen Hochbau noch besser analysieren und prüferisch/beratend optimieren zu können.

Dies betrifft u.a. folgende Bereiche:

- Beim Auswahlverfahren für die Vergabe von externen Architekten- und Ingenieurleistungen sollte u. E. neben der Entwurfsqualität und der Fachkunde der Büroinhaber auch die Leistungsfähigkeit bei der Ausführung stärker gewichtet werden. Bewertungskriterium sollte hier die projektspezifische Kapazität des Büros sein. (Dass die Stadt (H) als Bauherr zum Teil vertragliche AN-Pflichten ausfüllen muss, darf grundsätzlich nicht sein.)
- Bei beiden o.g. Maßnahmen wurden die Architektenverträge für Gebäude bzw. Freiflächenplanung vom AN noch nicht unterschrieben, weil sich die Vertragsparteien über wesentliche Vertragspunkte nicht geeinigt haben. Das führt während der Durchführung der

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

Baumaßnahme zu Mehrarbeit auf beiden Seiten, weil dadurch Leistungen der Planer nicht klar definiert sind.

- Vor der Beauftragung sollte der Bauherr eine Vorlage mit seinen Vorgaben erstellen. Hierin sollte unter Berücksichtigung der kommunalen Randbedingungen (VOB, Zuwendungsvorschriften, Rechnungsprüfung) nicht nur das Honorar, sondern zuerst die Leistung definiert und abgegrenzt werden. Zu erwähnen wäre hier beispielsweise:
  - Die Kosten von z.B. Serienmöbeln, die vom Bauherr direkt beschafft und abgerechnet werden, zählen nicht zu den für das Honorar anrechenbaren Kosten.
  - Zeithonorar nach § 6 HOAI sollte vor der Ausführung durch Vorausschätzung des Zeitbedarfs als Höchstbetrag beauftragt werden.
  - Einhaltung der festgesetzten Kostenobergrenze.
- Engpässe bei der Erstellung von IZBB-Verwendungsnachweisen. Die Verwendungsnachweise müssen je nach Art der Maßnahme für IZBB und FAG getrennt erstellt werden. Die Zuschussbearbeitung erfolgt bei H/V. Im Regelfall erstellen zwei Mitarbeiterinnen erst nach dem vollständigen Vorliegen aller Abrechnungsunterlagen den Verwendungsnachweis, einschließlich des erforderlichen Bauausgabebuches nach DIN 276.

Aufgrund der Vielzahl der IZBB-Maßnahmen treten deshalb Engpässe bei der Erstellung der Verwendungsnachweise auf. Derzeit sind daher Mitarbeiter anderer Dienststellen, darunter auch einer der mobilen Prüfung des Rpr, im H tätig, um hier zusätzlich Unterstützung zu leisten.

Diese Engpässe könnten zukünftig minimiert werden, wenn hier die Schnittstellen im H geändert würden:

- Wichtiger Bestandteil des Verwendungsnachweises ist das Bauausgabebuch, das wie die bereits im Förderantrag enthaltene Kostenberechnung, nach den Hauptgruppen der DIN 276 (Kosten von Hochbauten) zu gliedern ist. Dies erfordert Sachkenntnis und Erfahrung im Umgang mit der DIN 276. Diese Sachkenntnis ist bei den mit den IZBB-Maßnahmen betrauten Projektleitern des H vorhanden. Durch die Kenntnis der Maßnahmen entfällt hier auch ein zeitaufwändiges Einarbeiten in die Abrechnungsunterlagen.
- Im Rahmen der Kostenkontrolle/-überwachung wird von den Projektleitungen des H während der Durchführung der Baumaßnahme die Kostenfeststellung erbracht. Seitens Rpr wird empfohlen, diese künftig von den Projektleitern des H so vorzubereiten, dass sie mit Ergänzungen den Verwendungsnachweisen als Bauausgabebuch beigefügt werden können.

Der vorbildliche Einsatz der Rpr-Architektin wurde mit einer Leistungsprämie belohnt.

## 1.5.4 Ex ante-Prüfung

Die Prüfung vorab bzw. bei einer laufenden Maßnahme ermöglicht es, auf eventuelle Fehler rechtzeitig zu reagieren. Im Vordergrund steht hier nicht die Schadenswiedergutmachung, sondern die Schadensvermeidung.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

## 1.5.4.1 Nr. 1.5 BRL ,Bauinvestitionsbesprechung (BIB)

Auch im Haushaltsjahr 2007 lagen wie o.g. die Kostenannahmen der Baudienststellen in der Mehrzahl der Fälle nicht rechtzeitig bzw. in prüfbarer Form vor.

Vorgelegt wurden 42 Maßnahmen mit Gesamtkosten von 113,65 Mio. EUR. Davon waren für uns 28 Projekte prüfbar.

Bei zwölf der geprüften Projekte ergaben sich Korrekturen. Im Ergebnis reduzierten sich die ursprünglich angesetzten Investitionskosten im Konsens mit den beteiligten Baudienststellen um insgesamt 2,84 Mio. EUR.

#### 1.5.4.2 Vergaben

#### 1.5.4.2.1 Bauleistungen bzw. Leistungen in deren Zusammenhang (VOB/VOL)

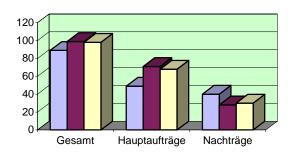
Wertgrenzen für die Vorlagepflicht von Vergaben zur Prüfung bei Rpr vor der entsprechenden Genehmigung durch die zuständigen Instanzen bestehen nach Nr. 6.5 der städtischen Vergaberichtlinien (VRL) für Bauaufträge über 500.000 EUR. Außerdem sind ab 50.000 EUR alle Vorgänge nach Öffentlicher und Beschränkter Ausschreibung bzw. Offenem oder Nichtoffenem Verfahren vorzulegen, bei denen nicht der Mindestbietende den Zuschlag erhalten soll. Vorlagepflicht für Freihändige Vergaben besteht grundsätzlich ab 50.000 EUR.

Nachtragsangebote sind vorzulegen, wenn die ursprüngliche Auftragssumme mit der Erweiterung 50.000 EUR übersteigt, bzw. bei Erstaufträgen über 50.000 EUR, wenn die Hauptauftragssumme um 20 % oder dem Betrag von 100.000 EUR überschritten wird.

Die Prüfung ist jeweils im Rahmen der Genehmigungsphase innerhalb der Binde-/Zuschlagsfristen abzuschließen.

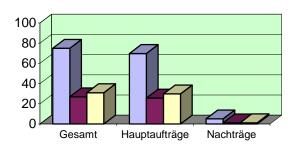
Stadtweit – einschließlich Eigenbetriebe, ohne FNG – wurden 289 Vergaben aus dem Bereich VOB/VOL im Gesamtbetrag von rund 132,91 Mio. EUR vor der Genehmigungserteilung vorgelegt. Die Anzahl der Vergaben 2007 beinhaltete 98 Nachtragsangebote mit ca. 7,60 Mio. EUR von Maßnahmen aus zugehörigen Hauptauftragssummen in Höhe von ca. 77,92 Mio. EUR. (2006: 259 Vergaben i.H.v. 75,82 Mio. EUR, 2002: 207 Vergaben i.H.v. 63,36 Mio. EUR). Die steigenden Fallzahlen bedingen bei gleichbleibender Personalstärke naturgemäß ein gröberes Stichprobenraster.

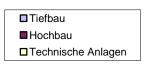
#### Vergabeanzahl nach Prüfungsgebieten





## Vergabesumme nach Prüfungsgebieten in Mio. EUR





2007 ergaben sich aus der Vergabeprüfung Reduzierungen von insgesamt 169.418 EUR. In der Regel ergaben sich die Korrekturen bei der Prüfung von Nachtragsangeboten aus folgenden Feststellungen:

- Doppelforderung von Leistungen, die vom Hauptauftrag bereits umfasst sind
- ungerechtfertigte bzw. überhöhte Forderungen in Bezug auf das Hauptangebot
- Rechen- und Übertragungsfehler

Ergänzend waren in knapp 20 % der geprüften Vorgänge zur Ordnungsmäßigkeit insbesondere folgende Feststellungen veranlasst, die primär den Bereich Hochbau betrafen:

- mangelnde Kostentransparenz f
  ür die Deckung bei Nachtr
  ägen aus anderen Gewerken
- Forderung nicht wettbewerbsrelevanter Angaben/Eintragungen bei Angebotsabgabe mit der Folge des Ausschlusses aufgrund von "Formfehlern" und der Konsequenz der Beauftragung von Bietern in höherer Preisrangfolge

VMN hat in Abstimmung mit uns die Dienststellen verschärft auf die Einhaltung der Im Vergabehandbuch der Stadt Nürnberg niedergelegten Richtlinien hingewiesen, nachvollziehbare Un-

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

terlagen ordnungsgemäß aufbereitet zur Prüfung vorzulegen. Nicht selten liegt die Verweildauer solcher mangelhaft bearbeiteten Vorgänge im VMN bei über einem Jahr.

Werden diese Dinge vor der Weiterleitung an VMN von den zuständigen Mitarbeitern der Bauverwaltung im Zuge der Nachtragsbearbeitung von den externen Auftragnehmern nicht eingefordert, ist nach unserer Auffassung eine weitere Verkürzung der Liegezeiten nicht absehbar.

Nach wie vor kommen nicht selten extern beauftragte Architekten und Ingenieure ihren Aufgaben u.a. beim Nachtragsmanagement nur unzureichend nach. Nach den vertraglich geschuldeten Pflichten der Externen wären die Baudienststellen unverzüglich über absehbare Nachtragsforderungen zu unterrichten. Die Forderungen der Auftragnehmer müssten nachvollziehbar auf Grundlage des Hauptvertrags von den Externen geprüft sein. Bei überhöhten Preisforderungen gegenüber der Kalkulation des Hauptauftrags wären Vorschläge zur Verhandlung für VMN abzugeben und, falls Einsparungen in anderen Gewerken, bzw. Umplanungen zur Erreichung genehmigten Kosten des Projekts aufgrund des Baufortschritts nicht mehr möglich sind, die Auswirkungen auf die Gesamtkosten aufzuzeigen.

Auch diese vertraglich festgelegten Pflichten müssten von den jeweils für das Projekt verantwortlichen städtischen Mitarbeitern bei den extern beauftragten Büros konsequenter eingefordert werden.

Im April 2008 fand mit Ref. VI, H, T, VMN und Rpr ein Termin bezüglich des Nachtragswesens statt. Abläufe und Schwachstellen wurden erneut kommuniziert, Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten diskutiert, die Gesamtverantwortung für mit öffentlichen Mitteln finanzierten Baumaßnahmen verdeutlicht. Leider sind die Probleme vieler und hoher Nachträge von Ref. VI bislang nicht in den Griff bekommen worden.

## 1.5.4.2.2 Freiberufliche Leistungen an Ingenieure, Architekten und Gutachter (Besondere Leistungen)

Nach Nr. 7.4.7.1c) VRL sind Vergabevorschläge über Besondere Leistungen bei Rpr ab 15.000 EUR vor der Genehmigungserteilung durch die jeweils zuständigen Instanzen vorzulegen.

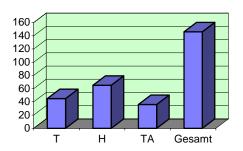
Vorlagepflicht für Auftragserweiterungen und Nachträge besteht, wenn die ursprüngliche Auftragssumme mit der Erweiterung zusammen den Betrag von 15.000 EUR überschreitet. Bei Erstaufträgen über 15.000 EUR sind alle Vorgänge ab 20 % Überschreitung, bzw. ab dem Betrag von 30.000 EUR Rpr zuzuleiten.

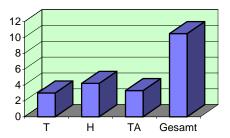
2007 wurden 146 Vergabevorgänge in Höhe von insgesamt 10,5 Mio. EUR zu vorgelegt (2006:125 Vorgänge i.H.v. 13,61 Mio. EUR). Im Rückblick lag das Prüfungsvolumen 2002 noch bei 78 Einzelvorgängen in Höhe von 8,39 Mio. EUR. Auch hier ist durch das höhere Vorlageaufkommen kapazitätsmässig ein gröberes Stichprobenraster unumgänglich.

Auf die Prüfungsbereiche Tiefbau/Hochbau/Technische Anlagen entfielen jeweils:

#### Vergabeanzahl

#### Vergabesumme in Mio. EUR





Durch die Beachtung unserer Prüfungsfeststellungen seitens der verantwortlichen Dienststellen wurden im Prüfungszeitraum bei der Vergabe von Besonderen Leistungen Minderungen in Höhe von 143.941 EUR vor der Genehmigung erreicht. Auch dieser Betrag setzt sich aus zahlreichen Einzelbeträgen zusammen. Erhöhungen zugunsten von Auftragnehmern sind dabei gegengerechnet. Im Haushaltsjahr 2007 waren vorwiegend folgende Korrekturen veranlasst:

- unzutreffende Ermittlung der honorarfähigen Kosten
- unrichtige Zuordnung honorarfähiger Kosten
- veraltete Kostengrundlagen
- unzutreffende Ermittlung der Mitverarbeitung vorhandener Bausubstanz
- unrichtige Zuordnung genehmigungspflichtiger Leistungen bei Einzelleistungen
- fehlerhafte Bezugsgrößen bei der Bemessung von Umbauzuschlägen
- Rechenfehler

Ergänzend waren zur Ordnungsmäßigkeit in rund 18 % der geprüften Fälle folgende Feststellungen veranlasst:

- fehlende Honorarobergrenzen bei der Vereinbarung von Honoraren nach Stundenaufwand
- keine Abgrenzung bereits anderweitig erbrachter Teilleistungen in den Verträgen
- fehlende Vereinbarung festgelegter Vertragsbestimmungen

## 1.5.4.3 Mobile Prüfung

Mit zunehmendem Anstieg der Vergabeprüfung und der Prüfung der Kostenannahmen von Projekten, die zum Haushalt angemeldet werden (BIB), können Kontrollen vor Ort nicht mehr im wünschenswerten Umfang von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Technischen Prüfung projektbegleitend wahrgenommen werden. Zwei "Mobile Prüfer" sind ausschließlich im Außendienst eingesetzt.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

In der Regel werden die Baustellenbegehungen umfangreich dokumentiert und Unvorhergesehenes festgehalten. Im Bedarfsfall kann bei der Prüfung von Nachtragsangeboten und Abrechnungsprüfungen fertiggestellter Maßnahmen auf dieses Material zurückgegriffen werden.

Vordringliche Ziele der Mobilen Prüfung sind Schadensprävention und Minimierung des Risikos unrichtiger Abrechnungen. Ergeben sich Feststellungen bei den Begehungen, werden sie mit der zuständigen Dienststelle in der Regel formlos abgeklärt und die ordnungsgemäße Behebung überwacht.

2007 wurden im Hochbau 29, im Straßenbau 19, bei SUN zehn und bei GBA vier Maßnahmen regelmäßig besucht. Hinweise und Feststellungen wurden von den verantwortlichen Mitarbeitern angenommen und den ausführenden Firmen gegenüber zügig umgesetzt.

Im Straßenbau und bei SUN war bezüglich der Verbauarbeiten eine im Vergleich zu den Vorjahren wesentlich sorgfältigere Ausführung seitens der beauftragten Firmen ersichtlich. Durch die beharrliche Sensibilisierung der Mobilen Prüfung bei vor Ort festzustellenden Mängeln zeigte die in der Vergangenheit eingeforderte Sorgfalt bei den Verbauarbeiten ihre Wirkung. Das Risiko von späteren Senkungen im Straßenkörper ist damit deutlich minimiert.

### 1.5.4.4 Visaprüfung von Bauabrechnungen

Bei der Visaprüfung werden von der Bauverwaltung zur Anweisung freigegebene Rechnungen vor der Auszahlung in der Regel umfassend geprüft. Im Berichtsjahr wurden aufgrund der Rpr übertragenen Auftragsprüfung für die Flughafen Nürnberg GmbH (FNG) 12 Schlussrechnungen im Gesamtvolumen von 9,14 Mio. EUR zur Visaprüfung vorgelegt (nähere Prüfungen siehe letzter Abschnitt).

Daneben wurden die Abrechnungen eines Auftragnehmers (AN) zu städtischen Unterhaltsmaßnahmen beim Gewerk Malerarbeiten im Hochbauamt vor der Auszahlung angefordert. Hierbei wurden alle in Rechnung gestellten Arbeiten vor Ort überprüft. Zur Visa-Prüfung von Unterhaltsrechnungen städtischer Maßnahmen werden AN einzelner Gewerke ausgewählt. Die Prüfung läuft über ein Jahr und ist vorher angekündigt.

Von acht übersandten Rechnungen waren nur vier Rechnungen nicht zu beanstanden. Die Beanstandungen (auch wegen häufig fehlender Bautagesberichte der externen Handwerker) sind mit H intensiv behandelt worden.

Eine aktuelle Prüfung von abgerechneten Fliesenlegearbeiten deutet gleichfalls darauf hin, dass die Kontrollen durch die Baudienststellen in diesen Bereichen zu intensivieren sind. Rpr wird deshalb auf diesem Gebiet seinen Einsatz forcieren.

## 1.5.5 Ex post-Prüfungen

Ausgewählte Maßnahmen werden in Schwerpunkten jeweils vollständig geprüft. Durch die Prüfung abgeschlossener Baumaßnahmen – ex post-Prüfung – sind festgestellte Fehler bzw. Überzahlungen von den Baudienststellen nur noch eingeschränkt und oft mit erheblichem zusätzlichen Aufwand zu den laufenden Projekten zu beheben. Zudem werden Festgestellte Fehler bei den Geprüften mit der Argumentation des "Einzelfalls" nicht angemessen auf ihre Systematik und Übertragbarkeit auf andere/laufende Maßnahmen hinterfragt.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

Neben der reinen Abrechnung wird auch die Einhaltung des korrekten Verfahrens nach den jeweils bei der Projektabwicklung gültigen BRL und VRL geprüft. Tatsächlich ausgeführte Mengen werden, soweit vorhanden, mit den Angebotspreisen der ursprünglich nächstfordernden Bieter hochgerechnet, Ursachen von Nachträgen kritisch hinterfragt und Abrechnungsfehler aufgezeigt.

Meist sind es im Grundsatz die gleichen Feststellungen, die zu Überzahlungen geführt haben:

- falsche Zuordnung der Leistungen zu den ausgeschriebenen Positionen
- fehlerhafte Anwendung der Bestimmungen für Aufmaß und Abrechnung nach VOB/C
- Doppelberechnung von Leistungen
- ungerechtfertigte bzw. überhöhte Forderungen
- Rechen- und Übertragungsfehler

Sind Auszahlungen ungerechtfertigt erfolgt, müssen sie von der verantwortlichen Dienststelle zurückgefordert werden. Problematisch sind wechselnde Zuständigkeiten oder durch laufende Projekte gebundene Mitarbeiter. Die Rückholung von Überzahlungen von den Auftragnehmern kann zudem oftmals nur mit juristischem Beistand durchgesetzt werden. In der Regel sind diese Prüfungen sehr langwierig und mit dem Eingang des Rückforderungsbetrages durchschnittlich nach rund vier Jahren abgeschlossen.

2007 konnten insgesamt 5 Schwerpunktprüfungen mit einem Volumen von rund 1,95 Mio. EUR abgeschlossen werden. Aus der Korrektur von Abrechnungsfehlern ergaben sich vereinzelte Rückforderungen, die von den Dienststellen durchgesetzt wurden.

# 1.6 Sondervermögen "Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Herpersdorf"

Der Regiebetrieb Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Herpersdorf (Regiebetrieb STEM Herpersdorf) wird im Sinne von Art. 88 Abs. 6 GO teilweise nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EBV) geführt. Entsprechend ist das Dritte Buch des HGB bei der Rechnungslegung anzuwenden. Nach § 242 HGB ist zum Schluss eines jeden Geschäftsjahres eine Bilanz zu erstellen.

Mit der Haushaltssatzung der Stadt für das Haushaltsjahr 2007 vom 23.11.2006 wurden für den Regiebetrieb keine Kreditermächtigungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen festgesetzt. Die Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan waren mit 2.353 TEUR festgesetzt. Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan wurden nicht beansprucht.

Die Haushaltssatzung trat zum 01.01.2007 in Kraft.

Der Wirtschaftsplan 2007 besteht aus Erfolgs-, Vermögens- und Finanzplan sowie dem Investitionsprogramm. Die Planansätze des Erfolgsplanes 2007 sahen Erträge von 2.072 TEUR und Aufwendungen von 2.437 TEUR vor, so dass daraus ein Jahresverlust in Höhe von 366 TEUR resultierte. Tatsächlich ergab sich 2007 ein Jahresgewinn von 960 TEUR. Die relativ hohe Ist-Abweichung gegenüber den Planansätzen ist auf Mehrerträge aus (noch) nicht erwarteten Grundstücksverkäufen in Herpersdorf-Süd zurückzuführen.

Der Vermögensplan 2007 umfasste einen Finanzbedarf von 4.722 TEUR. Hiervon waren 1.440 TEUR für Investitionen eingeplant. Die Finanzplanung der Jahre 2006 bis 2010 umfasste ein Volumen von insgesamt 21.370 TEUR.

Nach vorausgehender Begutachtung durch den Stadtplanungsausschuss und Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss hat der Stadtrat den Vorjahresabschluss 2006 am 27.02.2008 festgestellt.

Der Jahresabschluss 2007 des Regiebetriebes wurde nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EBV) aufgestellt. Er besteht aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang. Das Wirtschaftsjahr 2007 schließt mit einer Bilanzsumme von 23.954.190,03 EUR und einem Jahresgewinn von 959.853,39 EUR. Die Entwicklung der Bilanz 2007 wird nachfolgend in komprimierter Form wiedergegeben:

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

Parist strict OTEN Harmon Lar	31.12.2007	31.12.2006	Veränderu	ıng
Regiebetrieb STEM Herpersdorf	€	€	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	9.321.507,78	9.095.674,38	225.833,40	2,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	587.459,18	814.074,79	-226.615,61	-27,8
Sachanlagen	8.734.048,60	8.281.599,59	452.449,01	5,5
Umlaufvermögen (gesamt)	14.632.682,25	14.068.175,59	564.506,66	4,0
Grundstücke	7.984.876,71	9.844.602,97	-1.859.726,26	-18,9
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	4.295.372,52	4.192.731,02	102.641,50	2,4
Kassenbestand und Bankguthaben	2.352.433,02	30.841,60	2.321.591,42	>100
Bilanzsumme - Aktiva -	23.954.190,03	23.163.849,97	790.340,06	3,4
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	3.204.015,69	1.244.162,30	1.959.853,39	>100
Stammkapital	0,00	0,00	0,00	0,0
Allgemeine Rücklage	1.000.000,00	0,00	1.000.000,00	>100
Sonderrücklage	1.230.576,68	1.230.576,68	0,00	0,0
Gewinn-/Verlustvortrag (-)	973.439,01	13.585,62	959.853,39	>100
Rückstellungen	14.000,00	181.955,00	-167.955,00	-92,3
Verbindlichkeiten	20.736.174,34	21.737.732,67	-1.001.558,33	-4,6
Bilanzsumme - Passiva -	23.954.190,03	23.163.849,97	790.340,06	3,4

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen (Fernwärmeversorgung durch die N-ERGIE) waren in Folge der Grundstücksverkäufe entsprechende Wertabgänge vorzunehmen. Der Anstieg des Sachanlagevermögens ist insbesondere auf die noch im Bau befindlichen Anlagen zurückzuführen. Der im Umlaufvermögen geführte Grundstücksbestand verminderte sich durch die Grundstücksverkäufe im südlichen Entwicklungsbereich um 1.860 TEUR auf 7.985 TEUR. Der Bestand der Forderungen resultiert aus Grundstücksverkäufen (1.310 TEUR) und dem Kontostand des bei der Stadtkasse geführten Betriebsmittelkontos (2.985 TEUR). Das relativ hohe Bankguthaben zum 31.12.2007 wurde für die Sondertilgung und Quartalsraten der Kredite benötigt.

Die Passivseite ist weiterhin durch Fremdfinanzierung geprägt. Der Anstieg des Eigenkapitals resultiert aus dem Jahresgewinn 2007 (960 TEUR) sowie aus der Kapitalzuführung durch die Stadt Nürnberg, die in die allgemeine Rücklage (schrittweiser finanzieller Vorgriff auf Ablösung der Infrastruktur durch die Stadt, welche durch Überschüsse bei Grundstücksgeschäften nicht refinanziert werden kann) eingestellt wurde. Die Sonderrücklage enthält ausschließlich Fördermittel aus Städtebauförderung und Wohnbaulandprogramm. Die Rückstellungen betreffen externe Jahresabschlusskosten von 14 TEUR. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich zum 31.12.2007 durch planmäßige und Sondertilgungen um 3.000 TEUR auf 18.376 TEUR vermindert. Da eine Sondertilgung von 2.000 TEUR erst zum 02.01.2008 abgebucht wurde, war dieser Betrag unter den kurzfristigen Verbindlichkeiten auszuweisen.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

In der nachstehenden Tabelle werden die Erträge und Aufwendungen entsprechend der Gewinn- und Verlustrechnung und ihre Veränderung zum Vorjahr wiedergegeben:

Designativish CTFM Havesanders	2007	2006	Veränder	ıng
Regiebetrieb STEM Herpersdorf	€	€	absolut	in %
ERTRÄGE	4.317.842,82	1.996.788,80	2.321.054,02	>100
Umsatzerlöse	4.058.059,00	1.427.427,58	2.630.631,42	>100
Sonstige betriebliche Erträge	113.565,00	494.898,58	-381.333,58	-77,1
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	146.218,82	74.462,64	71.756,18	96,4
AUFWENDUNGEN	3.357.989,43	1.919.956,13	1.438.033,30	74,9
Materialaufwand	1.779.373,82	797.573,82	981.800,00	>100
Personalaufwand	0,00	0,00	0,00	0,0
Abschreibungen	291.418,59	152.636,83	138.781,76	90,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	460.808,03	263.162,72	197.645,31	75,1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	816.834,03	697.027,80	119.806,23	17,2
Sonstige Steuern	9.554,96	9.554,96	0,00	0,0
ERGEBNIS	959.853,39	76.832,67	883.020,72	>100

Gegenüber dem Vorjahr, das mit einem Gewinn von 77 TEUR schloss, weist das Wirtschaftsjahr 2007 einen Gewinn von 960 TEUR aus; den Erträgen von 4.318 TEUR stehen Aufwendungen von 3.358 TEUR gegenüber. Der Materialaufwand spiegelt den Wertabgang durch den Verkauf von Grundstücken wider. Die Abschreibungen enthalten den Wertverzehr der Verkehrsund Grünanlagen einschl. der Spielplätze und des Kindergartens (102 TEUR) sowie die Auflösung der immateriellen Wirtschaftsgüter (190 TEUR). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten hauptsächlich die Aufwendungen für die Personalabstellung der Stadt (174 TEUR) sowie eine Entschädigungszahlung an einen Landwirt für die Aufgabe der Tierhaltung (212 TEUR). Daneben sind noch Aufwendungen für das Freimachen von Grundstücken, für die Jahresabschlusskosten und Sonstiges angefallen. Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen nahmen wegen des höheren Zinsniveaus um 120 TEUR auf 817 TEUR zu.

Die Umsatzerlöse resultieren ausschließlich aus Grundstücksverkäufen. Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen im Wesentlichen die jährliche Nutzungspauschale für den Kindergarten (65 TEUR), die Optionsgebühren für die Reservierung von Grundstücken (24 TEUR) und erstattete Vermessungskosten (15 TEUR). Die Zinsen und ähnliche Erträge (146 TEUR) resultieren aus dem Guthaben des Betriebsmittelkontos bei der Stadtkasse.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

Mit der Abschlussprüfung des Jahresabschlusses 2007 hat der Stadtrat am 20.06.2007 den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) beauftragt.

Der Wirtschaftsprüfer hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2007 sowie für den zugehörigen Lagebericht erteilt.

Als zusammenfassendes Ergebnis stellten die Prüfer u. a. fest:

- Die Buchführung entspricht den Grundsätzen der Ordnungsmäßigkeit, sie ist beweiskräftig.
- Der Jahresabschluss 2007 ist richtig aus den Büchern entwickelt und entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Er vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.
- Der Lagebericht gibt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Unternehmens und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.
- Der finanzielle Spielraum des Regiebetriebes hat sich gegenüber den Vorjahren insgesamt verbessert.
- Die Ertragslage hat sich 2007 sehr günstig entwickelt und ist als sehr gut zu bezeichnen.
- Die Geschäftsführung ist ordnungsgemäß.

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2007, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang wurde zusammen mit dem Lagebericht und dem Bericht des BKPV vom 01.04.2008 dem Stadtplanungsausschuss am 12.06.2008 vorgelegt. Der Stadtplanungsausschuss hat die Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und des zugehörigen Lageberichtes begutachtet und dem Stadtrat empfohlen zu beschließen:

- Der Jahresabschluss des Jahres 2007 wird mit einer Bilanzsumme auf der Aktiv- und Passivseite in Höhe von 23.954.190,03 EUR und einem Jahresergebnis von 959.853,39 EUR festgestellt.
- Der Jahresgewinn 2007 in Höhe von 959.853,39 EUR wird dem Gewinnvortrag in Höhe von 13.585,62 EUR hinzugeführt. Der sich ergebende Gewinn in Höhe von 973.439,01 EUR wird auf das folgende Wirtschaftsjahr 2008 vorgetragen.
- Die uneingeschränkte Entlastung gemäß Art. 102 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Geschäftsjahr 2007 wird erteilt.

Rpr empfiehlt deshalb dem Rechnungsprüfungsausschuss ebenfalls die Begutachtung der Feststellung und Entlastung.

# 1.7 Betätigung der Stadt bei Beteiligungsunternehmen privaten Rechts

Rechtsgrundlagen für die Prüfung der Betätigung der Stadt Nürnberg bei Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts sind Art. 94 und 106 Abs. 4 GO.

Nach Art. 94 Abs. 3 GO ist die Stadt Nürnberg verpflichtet, jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, wenn ihr mindestens der zwanzigste Teil der Anteile eines Unternehmens gehört. Der Beteiligungsbericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse, die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft, die Bezüge der einzelnen Mitglieder des geschäftsführenden Unternehmensorgans gemäß Absatz 1 Nr. 5 dieses Artikels, die Ertragslage und die Kreditaufnahme enthalten.

Im vorliegenden Beteiligungsbericht des Finanzreferates vom November 2008 wird dem Art. 94 Abs. 3 GO grundsätzlich Rechnung getragen.

Im Prüfungszeitraum 2007 war die Stadt Nürnberg bei folgenden Unternehmen beteiligt:

#### 1.7.1 Unter Art. 94 Abs. 1 GO fallende Unternehmen

Nr.	Unternehmen	Stand 31.12.2007 <u>Gezeichnetes Kapital</u> Kapitalanteil Stadt Nürnberg in EUR	Beteiligung Stadt Nürnberg in %
1	Städt. Werke Nürnberg GmbH (StWN)	<u>189.200.000</u> 189.200.000	100,0
2	Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gemeinnützige GmbH (WfB)	<u>2.759.442</u> 2.759.442	100,0
3	Noris-Arbeit (NOA) Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft mbH der Stadt Nürnberg	<u>25.600</u> 25.600	100,0
4	NürnbergStift Service GmbH Nürnberg	<u>25.000</u> 25.000	100,0
5	Nexus-Start Existenzgründerzentrum GmbH	<u>430.000</u> 344.000	80,0
6	Curiavant Internet GmbH Nürnberg	<u>25.000</u> 16.500	66,0
7	Innovations- und Gründerzentrum Nürnberg- Fürth-Erlangen GmbH (IGZ)	<u>35.500</u> 20.000	56,3
8	Flughafen Nürnberg GmbH (FNG)	<u>43.124.000</u> 21.562.000	50,0
9	NürnbergMesse GmbH	<u>100.204.900</u> 50.071.750	49,9
10	Projektentwicklungsgesellschaft St. Leonhard- Nord GmbH Siedlungsmodell Nürnberg	<u>25.565</u> 12.527	49,0

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

## 1.7.1.1 Abschlussprüfungen und -ergebnisse 2007

Nr.	Unternehmen	Beauftragte Prüfungs- gesellschaft	Zeitpunkt der Berichtserstel- lung	Jahresergebnis in Mio. EUR <sup>6</sup>
1	Städtische Werke Nürnberg GmbH (StWN) mit Organge- sellschaften			
	Städt. Werke Nürnberg GmbH (StWN)	Bayerische Treuhandge- sellschaft Aktiengesell- schaft Wirtschaftsprü- fungsgesellschaft Steu- erberatungsgesellschaft	28.03.2008	-9,208 (-5,497)
	Städt. Werke Nürnberg GmbH (StWN) <sup>7</sup>	Bayerische Treuhandge- sellschaft Aktiengesell- schaft Wirtschaftsprü- fungsgesellschaft Steu- erberatungsgesellschaft	28.03.2008	-14,528 (-7,105)
	N-ERGIE Aktiengesellschaft Nürnberg <sup>8</sup>	WIBERA Wirtschaftsberatung AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	27.02.2008	+77,051 (+72,776)
	Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg (VAG)	Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsge- sellschaft Steuerbera- tungsgesellschaft	28.03.2008	-71,808 (-71,217)
	Fränk. Energie-Gesellschaft mbH, Nürnberg (FEG)	SüdTreu Süddeutsche Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsge- sellschaft	18.03.2008	+0,076 (+0,049)

Im Dezember 2002 wurde zwischen der StWN GmbH und der N-ERGIE Aktiengesellschaft ein Gewinnabführungsvertrag geschlossen. Seit dem 01. Januar 2003 sind somit durch die einseitige Organschaft weiterhin die Voraussetzungen einer steuerlichen Organschaft im Querverbund der StWN gegeben. Über den Gewinnabführungsvertrag wird der Thüga AG als außenstehende Aktionärin eine angemessene Ausgleichszahlung nach § 304 Abs. 2 Satz 1 Aktiengesetz garantiert. Im Wirtschaftsjahr 2004 hat sich das Tätigkeitsfeld der Gesellschaft durch die Übernahme von 60 % der Anteile der wbg Nürnberg GmbH Immobilienunternehmen um die Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung erweitert.

-

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Ergebnisse 2006 in Klammern

StWN-Ergebnis ohne Verlust-/Gewinnübernahme It. den Abführungsverträgen

Ergebnisse nach Ausgleichszahlung an die Thüga AG

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

## Ergebnisermittlung der StWN GmbH:

	Mio. EUR <sup>9</sup>	
Ergebnis 2007 <sup>10</sup> der N-ERGIE Aktiengesellschaft	+ 77,051	(+ 72,776)
VAG	- 71,808	(- 71,217)
FEG	+ 0,077	(+ 0,049)
Ergebnis StWN	- 14,528	(- 7,105)
Jahresfehlbetrag 2007 der StWN GmbH	- 9,208	(- 5,497)

Die StWN GmbH schließt das Geschäftsjahr 2007 mit einem Jahresfehlbetrag von 9,208 Mio. EUR ab. Dieser resultiert aus dem Beteiligungsergebnis in Höhe von 5,320 Mio. EUR und dem eigenem Ergebnis der StWN GmbH von - 14,528 Mio. EUR.

Nr.	Unternehmen	Beauftragte Prüfungsge- sellschaft	Zeitpunkt der Berichtserstel- lung	Jahresergebnis in Mio. EUR <sup>11</sup>
2	Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gemeinnützi- ge GmbH (WfB)	advoc Revision GmbH Wirt- schaftsprüfungsgesellschaft	25.08.2008	-0,810 (-0,559)
3	Noris-Arbeit (NOA) Gemein- nützige Beschäftigungsges. mbH der Stadt Nürnberg	Conrad GmbH Wirtschafts- prüfungsgesellschaft	30.07.2008	-0,068 (- 0,012)
4	NürnbergStift Service GmbH Nürnberg	Wirtschaftsprüfer Renate Haertle München	21.07.2008	0,000 (+ 0,003)
5	Nexus-Start Existenzgründer- zentrum GmbH	bei Redaktionsschluss dieses Sachverständigenberichtes lag noch kein testierter Jah- resabschluss vor	offen	-0,084 (- 0,015)
6	Curiavant Internet GmbH Nürnberg	bei Redaktionsschluss dieses Sachverständigenberichtes lag noch kein testierter Jah- resabschluss vor	offen	-0,541 (- 0,466)
7	Innovations- und Gründer- zentrum Nürnberg-Fürth- Erlangen GmbH (IGZ)	Dünkel & Partner Wirtschaftsprüfungsgesell- schaft - Steuerberatungsge- sellschaft	30.05.2008	-0,011 (- 0,032)
8	Flughafen Nürnberg GmbH (FNG)	Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesell- schaft	25.04.2008	+1.131 (+ 0,671)
9	NürnbergMesse GmbH	MKP Audit GmbH Wirtschaftsprüfungsgesell- schaft	20.03.2008	0,000 (0,000)

63

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Ergebnisse 2006 in Klammern

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Ergebnisse nach Ausgleichszahlung an die Thüga AG

<sup>11</sup> Ergebnisse 2006 in Klammern

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

Nr.	Unternehmen	Beauftragte Prüfungsge- sellschaft	Zeitpunkt der Berichtserstel- lung	Jahresergebnis in Mio. EUR <sup>11</sup>
10	Projektentwicklungsgesell- schaft St. Leonhard-Nord GmbH Siedlungsmodell Nürn- berg	bei Redaktionsschluss dieses Sachverständigenberichtes lag noch kein testierter Jah- resabschluss vor	offen	-0,806 (-0,173)

## Feststellung gemäß §§ 53 und 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)

Den vorliegenden Abschlussprüfungsberichten ist zu entnehmen, dass alle Prüfungen unter Beachtung der Erfordernisse des § 53 HGrG erfolgten. Die Abschlussprüfer bestätigten, dass die Prüfungen nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 HGrG keine Besonderheiten ergeben haben, die nach ihrer Auffassung Anlass zu Zweifeln an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gegeben hätten. Dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg ist bei allen o.g. Gesellschaften das Unterrichtungs- und Informationsrecht nach § 54 HGrG eingeräumt.

Neben der sog. Betätigungsprüfung – bislang eher als stumpfes Werkzeug allgemein eingeschätzt, aktuell aber durch ein Schreiben des Staatsministeriums des Innern mit wesentlich mehr Pflichten für die Rechnungsprüfung versehen worden, was bei Rpr zu intensiverem Ansatz führen muss – finden in Teilbereichen des Konzerns (Klinikum, FNG und IGZ) Rechnungsprüfungen gem. Gesellschaftsvertrag etc. statt.

## 1.7.2 Sonstige Beteiligungen

Nr.	Unternehmen	Stand 31.12.2007 <u>Gezeichnetes Kapital</u> Kapitalanteil Stadt Nürnberg in EUR	Beteiligung Stadt Nürnberg in %
1	wbg Nürnberg GmbH Immobilienunternehmen	<u>12.600.000</u> 5.040.000	40,0
2	Stadion Nürnberg Betriebs-GmbH	<u>100.000</u> 25.100	25,1
3	GVZ Güterverkehrszentrum Hafen-Nürnberg Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	<u>25.565</u> 5.113	20,0
4	Hafen Nürnberg - Roth GmbH	<u>1.535.000</u> 291.650	19,0
5	EnergieRegioN GmbH	<u>25.000</u> 1.250	5,0
6	Multimedia Akademie Nürnberg GmbH	<u>153.388</u> 7.209	4,7
7	IGN - Gesellschaft für integriertes Güterver- kehrsmanagement Nordbayern	<u>26.076</u> 511	2,0
8	Landesgewerbeanstalt Bayern	<u>5.246.938</u> 59.075	1,1
9	WISO-Führungskräfte-Akademie Nürnberg (WFA) Gemeinnützige Trägergesellschaft mbH	<u>102.258</u> 767	0,8

## 1.8 Auftragsprüfungen

## 1.8.1 Deutsch-Amerikanisches Institut Amerika-Haus Nürnberg e.V.

Auf Ersuchen des Instituts hat Herr Oberbürgermeister am 23.06.2008 das Rechnungsprüfungsamt beauftragt, die Jahresrechnung für das Jahr 2007 zu prüfen.

Die Prüfung erstreckte sich auf die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des daraus entwickelten Jahresabschlusses. Der Jahresabschluss besteht aus einer Zusammenfassung aller Einnahmen und Ausgaben.

Ergebnis der Jahresrechnung 2007:

				2007 EUR	2006 EUR
Einnahmen		2007	2006	288.824,37	298.318,15
	Fehlbetrag (-) / Überschuss (+) aus dem Vorjahr	- 12.204,53	- 250,56		
	Ifd. Haushaltsmittel	+ 301.028,90	298.568,71		
Ausgaben				275.942,38	310.522.68
Überschuss (+)/Fehlbetrag (-)				+ 12.881,99	- 12.204,53

Die Jahresrechnung 2007 des Deutsch-Amerikanischen Instituts schließt mit einem Jahresüberschuss von 12.881,99 EUR ab. Durch den Umzug des Instituts in neue Räumlichkeiten ab September 2007 ist eine deutliche Reduzierung der jährlichen Mietkosten um rd. 20 TEUR eingetreten. Das gesamte Einsparpotential von rd. 27 TEUR p.a. wird im laufenden Wirtschaftsjahr 2008 erstmals wirksam. Zum positiven Jahresergebnis haben ferner beigetragen zwei Einzelspenden (22,5 TEUR), der Beitrag des Fördervereins (12 TEUR) sowie die Zuwendung aus einer Stiftung (6 TEUR). Die stichprobenweise Belegdurchsicht im Rahmen der Jahresabschlussprüfung deutet im Übrigen auf eine angemessene Ausgabenbewirtschaftung hin.

Mit Prüfungsbericht vom 15.07.2008 wurde bestätigt, dass der vorgelegte Abschluss der Jahresrechnung 2007 des Deutsch-Amerikanischen Instituts, Amerika-Haus Nürnberg e.V., mit den in den Büchern ausgewiesenen Ergebnissen übereinstimmt.

## 1.8.2 Geschäftsstelle Metropolregion

Gemäß Nr. 7.5 der Geschäftsordnung der Europäischen Metropolregion Nürnberg (EMN) ist die Rechnungsprüfung des Jahresabschlusses 2007 von Rpr unter Beteiligung der Rechnungsprüfung des Landratsamtes Nürnberger Land durchzuführen.

Die Prüfung erstreckte sich wie im Vorjahr auf die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des daraus entwickelten Jahresabschlusses sowie auf die Grundsätze der Sparsamkeit. Unsere Prüfung ergab insgesamt o.E. Die Abstimmung mit den Kollegen des benachbarten Landratsamtes steht noch aus.

## 1.8.3 Haus der Heimat e. V.

Das Haus der Heimat (HdH) in Nürnberg erhält für seinen laufenden Betrieb Zuwendungen sowohl vom Freistaat Bayern (ausgereicht durch das Haus des Deutschen Ostens) als auch von der Mittelfranken-Stiftung "Natur-Kultur-Struktur" des Bezirks Mittelfranken und von der Stadt Nürnberg. Nach den dem staatlichen Zuschuss zugrundeliegenden rechtlichen Bestimmungen war zwischen den beteiligten Verwaltungen der Zuschussgeber über die Prüfung des Verwendungsnachweises zu entscheiden. Mit Zustimmung des Herrn Oberbürgermeisters übernimmt seit 2000 das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg schon wegen der Ortsnähe diese Aufgabe.

Die Prüfung für 2007 erstreckte sich entsprechend dem anzuwendenden Zuwendungsrecht des Freistaates Bayern wiederum auf die gesamte Haushaltsführung des HdH. Rpr stimmte sich insbesondere in spezifischen staatlichen Zuwendungsregelungen mit dem Haus des Deutschen Ostens ab.

Im Jahr 2007 hat das HdH folgende Zuwendungen erhalten:

Zuwendungsgeber	Art	EUR
Freistaat Bayern	institutionell	126.237,56
Bezirk Mittelfranken	institutionell	18.800,00
Stadt Nürnberg	institutionell Sprachkurse Personalkostenzuschuss	1.700,00 41.500,00 20.800,00
Summe		209.037,56

Darüber hinaus förderte die Stadt Nürnberg den Betrieb des HdH durch die Übernahme der Erbbaurechtskosten (rd. 22 TEUR jährlich).

Die Gesamtausgaben des HdH beliefen sich im Jahr 2007 (unverändert zum Vorjahr) auf rd. 257 TEUR.

Die Prüfung der Verwendungsnachweise bzw. der Haushaltsführung des HdH führte zusammenfassend zu folgendem Ergebnis:

- Die Angaben der Verwendungsnachweise stimmen mit den Büchern und Belegen überein.
- Aus den geprüften Unterlagen haben sich keine Hinweise ergeben, die auf eine nicht zweckentsprechende Verwendung der Zuwendungen für das Jahr 2007 schließen ließen. Entsprechendes gilt auch für die vom HdH durchgeführten Sprachkurse.
- Die Stichprobenprüfungen ergaben, dass sich die Ausgaben insgesamt in einem angemessenen Rahmen bewegt haben.

## 1.8.4 Landschaftspflegeverband Nürnberg e.V.

Auf Bitte des Landschaftspflegeverbandes Nürnberg e.V. (LPV) vom 11.03.2008 und mit Zustimmung des Herrn Oberbürgermeisters vom 12.03.2008 führte das Rechnungsprüfungsamt die ordentliche Prüfung der Jahresrechnung 2007 des LPV durch.

Die Prüfung erstreckte sich auf die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des daraus entwickelten Jahresabschlusses, welcher für 2007 einen Jahresüberschuss von rd. 25.500 EUR auswies. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bereits im Jahr 2007 Ausgaben bewilligt wurden, die erst in 2008 zu einem entsprechenden Mittelabfluss führten.

Mit Bericht vom 04.04.2008 konnte bestätigt werden, dass nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung anhand der Bücher (Buchungsjournale), Sachkonten und sonstigen Unterlagen sowie der erhaltenen Auskünfte die vorgelegte Jahresrechnung 2007 mit den in den Büchern ausgewiesenen Ergebnissen übereinstimmt.

## 1.8.5 Nürnberger Volksfeste

Zwischen der Stadt Nürnberg und dem Süddeutschen Verband reisender Schausteller und Handelsleute e.V. mit Sitz in Nürnberg wurde am 25.08.1976 ein Vertrag (zuletzt geändert am 23.06.1999) über die Durchführung der Nürnberger Volksfeste (Frühlings- und Herbstvolksfest) abgeschlossen.

Gemäß § 6 dieser Vereinbarung erfolgte die Überprüfung der Abrechnungen des Süddeutschen Schaustellerverbandes bezüglich der Nürnberger Volksfeste zum 31.12.2007 durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg.

Ergebnisse der Abrechnungen zum 31.12.2007, 31.12.2006 und 31.12.2005

	01.01.2007 - 31.12.2007 EUR	01.01.2006 - 31.12.2006 EUR	01.01.2005 - 31.12.2005 EUR
Einnahmen	851.441,57	832.768,03	798.478,97
Ausgaben	873.004,84	842.679,36	810.115,07
Gewinn (+)/Verlust (-)	- 21.563,27	- 9.911,33	- 11.636,10
Gewinnvortrag (+)/Verlustvortrag (-) aus dem Vorjahr	- 40.980,54	- 31.069,21	- 19.433,11
Gewinnvortrag (+)/Verlustvortrag (-) auf das Folgejahr	- 62.543,81	- 40.980,54	- 31.069,21

Die Steigerung der Einnahmen im Wirtschaftsjahr 2007 gegenüber dem Geschäftsjahr 2006 ist überwiegend auf die Zunahme der Werbeeinnahmen zurückzuführen. Die Ausweitung der Aufwendungen für diesen Vergleichszeitraum ist vor allem in der Erhöhung der Ausgaben für Werbung und Sonderveranstaltungen sowie in einer Mehrung der Betriebskosten begründet.

Dem Schaustellerverband wurde mit Bericht vom 20.11.2008 bestätigt, dass die Rechnungslegung zum 31.12.2007 ordnungsgemäß aus der Buchführung abgeleitet worden ist.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

## 1.8.6 Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Nürnberg

Auf Bitte des Vorstandes der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (VWA) Nürnberg vom 11.03.2008 und mit Zustimmung des Herrn Oberbürgermeisters vom 19.03.2008 führte das Rechnungsprüfungsamt die ordentliche Prüfung der Jahresrechnung 2007 der VWA durch.

Die Prüfung erstreckte sich auf die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des daraus entwickelten Jahresabschlusses. Der geprüfte Jahresabschluss für 2007 ergab folgendes Ergebnis.

Lfd. Einnahmen der VWA 2007 970.314,85 EUR

Lfd. Ausgaben der VWA 2007 892.098,29 EUR

Saldo (= Jahresüberschuss 2007) 78.216,56 EUR

Damit konnte nach 2006 zum zweiten Mal in Folge ein Jahresüberschuss erzielt werden. Dieser Überschuss soll dazu beitragen, trotz steigender Raumkosten, die Preisstabilität der Studiengebühren zu gewährleisten. Zusammenfassend konnte im Bericht vom 30.04.2008 bestätigt werden, dass nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung anhand der Bücher (Buchungsjournale), Sachkonten und sonstigen Unterlagen sowie der erhaltenen Auskünfte die vorgelegte Jahresrechnung 2007 mit den in den Büchern ausgewiesenen Ergebnissen übereinstimmt.

## 1.8.7 Prüfung der Finanzlage eines Sportvereins

Aufgrund förderschädlichen Baubeginns konnten einem im Amateurbereich angesiedelten Verein im Jahr 2003 staatliche sowie städtische Zuschüsse für die Neugestaltung des Vereinsgeländes nicht gewährt werden.

Die Ausgaben für die an sich förderfähigen Baumaßnahmen des Vereins wurden durch die ursprünglich nur bis zum Eingang der Fördermittel vorgesehene Kreditaufnahme gedeckt. Infolge des Ausbleibens der einkalkulierten Zuschüsse konnte der Verein seine Liquidität überwiegend nur durch Privateinlagen und Kredite aus der Vorstandschaft sicherstellen.

Im Jahr 2007 verschlechterte sich die finanzielle Lage des Vereins massiv, so dass er von einer Insolvenz bedroht wurde bzw. wird. Um den Verein zu erhalten, wurde ein Steuerberater mit der Aufstellung eines Sanierungskonzeptes beauftragt. Das Steuerberatungsbüro geht davon aus, dass ein Weiterbestehen sichergestellt werden kann, wenn der ehemals eingeplante städtische Zuschuss in Höhe von ca. 100.000 EUR gewährt wird.

Der Nürnberger Verein hat seine Bedeutung insbesondere auch im Kinder- und Jugendsportbereich.

Vor einer Behandlung einer Zuschussgewährung in die Sportkommission gemäß Nr. 1.3 der Sportförderrichtlinien wurde Rpr vom 2. BM beauftragt zu prüfen, ob die Gewährung der im Zuge der Investitionsmaßnahmen nicht bewilligten Mittel dem Verein ein nachhaltiges Überleben sichern kann. Rpr sichtete die vom Steuerberater bereitgestellten Vereinsunterlagen in dessen Räumlichkeiten. Des Weiteren wurden für den Prüfauftrag benötigte Unterlagen der Vorstandsmitglieder in die Prüfung einbezogen.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

In seinem Gutachten kam Rpr u.a. zum Ergebnis, dass die Bewilligung eines Zuschusses in Höhe der versagten Investitionsmittel den Fortbestand des Vereins grundsätzlich ermöglichen müsste. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass der vom Berater entwickelte Wirtschaftsplan mit entsprechender Ausgabendisziplin auch für künftige Jahre entsprechend fortgeschrieben wird und die im Sanierungskonzept eingeplante langfristige vorgesehene Umschuldung und Abdeckung des weiteren Finanzbedarfs zum kalkulierten Zinssatz (ca. 5 %) verbindlich realisiert werden kann.

Der Verein muss die durch eine Umschuldung und Gewährung des Zuschusses zur Verfügung stehenden Mittel unverzüglich zur Sicherstellung seiner Liquidität verwenden. Hierfür ist eine mittelfristige Finanzplanung unter Berücksichtigung der regelmäßig zu erwartenden Ein- und Auszahlungen dringend notwendig. In einem zweiten Schritt wären die Privatdarlehen der Vorstandschaft abzulösen.

In der Sportkommission wurde der Sachverhalt in der Sitzung am 07.11.2008 behandelt, der Zuschuss unter den von Rpr genannten Bedingungen begutachtet.

# 1.8.8 Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Nürnberg (ZRFN)

Der ZRFN ist ein kommunaler Zweckverband zur Sicherstellung des Rettungsdienstes und der Feuerwehralarmierung. Er betreibt nach deren Errichtung die Integrierte Leitstelle für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung bzw. beauftragt einen Dritten mit deren Betrieb. Er hat die Aufgabe, Notfallrettung und Krankentransport (Rettungsdienst) in seinem gesamten Verbandsgebiet flächendeckend sicher zustellen. Zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern ist er für die Sicherstellung der Notarztversorgung im Verbandsgebiet verantwortlich.

Nach § 16 Abs. 2 der Zweckverbandssatzung erfolgt die örtliche Prüfung der Jahresrechnung durch das Rechnungsprüfungsamt eines Verbandsmitglieds, das nicht den Verbandsvorsitzenden entsendet. Auf Bitte des ZRFN vom 30.10.2008 hat Herr 3. Bürgermeister, in Vertretung des Herrn Oberbürgermeister, am 30.10.2007 zugestimmt, dass das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg die Prüfung der Jahresrechnung 2007 durchführt.

Die Prüfung erstreckte sich auf die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan und die Jahresrechnung mit den entsprechenden Anlagen. Die Jahresrechnung 2007 wurde ordnungsgemäß und fristgerecht aufgestellt. Sie ist ausgeglichen und schließt in Einnahmen und Ausgaben mit einer Gesamtsumme von 67.919,84 EUR. Dabei betrug die Zuführung zum Vermögenshaushalt und Erhöhung der Allgemeinen Rücklage 4.083,25 EUR.

Mit Bericht vom 10.11.2008 konnte bestätigt werden, dass die Haushalts- und Wirtschaftsführung des ZRFN ordnungsgemäß und sorgfältig ist. Die hierfür geltenden Grundsätze und Vorschriften wurden allgemein eingehalten. Die Haushaltsmittel wurden zweckentsprechend und satzungsgemäß verwendet. Die Finanzlage ist geordnet.

Abschnitt 1: Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg

## 1.8.9 Technische Prüfung bei der Flughafen Nürnberg GmbH

Rpr prüft auftragsgemäß Vergaben und Rechnungen bei der Flughafen Nürnberg GmbH (FNG) ab festgelegten Werten. Die Prüfung erfolgt vor Genehmigungserteilung bzw. Auszahlung.

Im Geschäftsjahr 2007 fielen insgesamt 767 Stunden für die Prüfung an. An Kosten wurden dem Unternehmen für diese Leistung 34.777 EUR in Rechnung gestellt. Im Ergebnis wurden Minderungen in Höhe von 69.039 EUR zugunsten der FNG erreicht.

## Vergaben

3 Vergabevorschläge einschließlich Auftragserweiterungen und Nachträgen über insgesamt 4,38 Mio. EUR waren zu prüfen. Reduzierungen waren nicht veranlasst.

#### Rechnungen

Die Begutachtung von 12 Bauabrechnungen im Gesamtvolumen von 9,14 Mio. EUR ergab Minderungen von 69.039 EUR, die von der FNG umgesetzt wurden.

# 2 JAHRESABSCHLÜSSE 2007 DER RECHTSFÄHIGEN STIFTUNGEN

Innerhalb der rechtsfähigen Stiftungen (im Berichtsjahr 2007 20 rechtsfähige Stiftungen) unterliegen die von der Stadt verwalteten kommunalen Stiftungen (7 Stiftungen, u.a. Heilig-Geist-Spital-Stiftung) der örtlichen Prüfung und Feststellung/Entlastung durch den Stadtrat. (Die weiteren 13 rechtsfähigen Stiftungen unterliegen der Überprüfung durch die Stiftungsaufsicht in Ansbach.)

Nach Abschluss der Rpr-Prüfung der Jahresabschlüsse 2007 der o.g. 7 Stiftungen (wie beim städtischen Abschluss im April 2008) wird das Ergebnis zur Begutachtung dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt.

# 3 JAHRESABSCHLUSS 2007 DES KLINIKUMS

# 3.1 Vorbemerkung

Das Klinikum der Stadt Nürnberg wird seit 01.01.1998 als selbständiges Unternehmen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmen) geführt.

Die wesentlichen kommunalrechtlichen und -wirtschaftlichen Vorschriften für das Kommunalunternehmen Klinikum Nürnberg sind in Art. 89, 90 und 91 GO, in der KUV sowie in der WkKV enthalten. Die nach Art. 89 Abs. 3 GO erforderliche Unternehmenssatzung ist mit Beschluss des Stadtrats vom 24.11.1997 erlassen worden (Klinikumssatzung – KlinS).

Im Zusammenhang mit der rechtlichen Verselbständigung des Klinikums beschloss der Stadtrat am 10.12.1997 eine Betriebsaufspaltung mit der Folge, dass die Grundstücke samt den aufstehenden Gebäuden dem allgemeinen Grundvermögen der Stadt Nürnberg zugeordnet und dem Klinikum unentgeltlich verpachtet werden. Dieser Vermögensbereich wird seitdem als Sondervermögen der Stadt geführt, im Sinne der Krankenhausbuchführungsverordnung zudem beim Klinikum bilanziert. Wegen der Verzahnungen im Kh-Rechnungswesen werden der Wirtschaftsplan, die Buchführung und der Jahresabschluss des Sondervermögens vom Klinikum mit erarbeitet.

Beim Kommunalunternehmen sind nach Art. 107 GO der Jahresabschluss und der Lagebericht vom BKPV oder von einem Wirtschaftsprüfer bzw. einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu prüfen. Die Rechnungsprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt umfasst neben der sog. Betätigungsprüfung nach Art. 106 Abs. 4 GO gemäß § 13 Abs. 4 Satz 1 KlinS Prüfungen nach Art. 103 GO.

Für die Feststellung des Jahresabschlusses des Kommunalunternehmens sowie die Ergebnisverwendung ist der Verwaltungsrat des Klinikums gemäß Art. 90 Abs. 2 GO zuständig.

Der Jahresabschluss des Sondervermögens Klinikum unterliegt der örtlichen Prüfung und ist nach dessen Durchführung vom Stadtrat gemäß Art. 102 Abs. 3 GO festzustellen.

Das Klinikum erstellte für 2007 den Jahresabschluss des Sondervermögens, des Kommunalunternehmens, den konsolidierten Abschluss hierzu (Kommunalunternehmen und Sondervermögen) sowie die Jahresabschlüsse seiner Tochterunternehmen. Ebenso legte das Klinikum für 2007 einen Konzernabschluss Krankenhaus Klinikum Nürnberg vor. Dieser beinhaltet neben den Jahresabschlüssen des Klinikums die Jahresabschlüsse der verbundenen Unternehmen "Klinikum Nürnberg Service-GmbH" (KNSG), "KNG Gesellschaft des Klinikums Nürnberg mbH", "Krankenhäuser Nürnberger Land GmbH" (KNL) und der "Krankenhaus-Dienstleistungsgesellschaft mbH" (KDL) anteilsmäßig den Jahresabschluss der "A.R.Z. – Ambulantes Rehabilitationszentrum Nürnberg GmbH", an der das Klinikum und die Deutsche Rentenversicherung Nordbayern jeweils zur Hälfte beteiligt sind

Die Prüfung des Konzernabschlusses, des Jahresabschlusses Kommunalunternehmen und Sondervermögen sowie der Jahresabschlüsse der KNSG und der KNG wurde von der Wirt-

Abschnitt 3: Jahresabschluss 2007 des Klinikums

schaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young durchgeführt. Den Jahresabschluss der A.R.Z.-GmbH prüfte die ECOVIS Wirtschaftstreuhand GmbH, die Abschlüsse der KNL und KDL die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner.

Zu allen Jahresabschlüssen 2007 wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

# 3.2 Sondervermögen Klinikum

### 3.2.1 Wirtschaftsplan 2007

Der Wirtschaftsplan 2007 für das Sondervermögen wurde vom Stadtrat am 23.11.2006 beschlossen.

Die Planansätze betreffen im Wesentlichen den investiven bzw. fördermittelrelevanten Bereich der dem Sondervermögen zugeordneten Grundstücke und Gebäude.

Für den Erfolgsplan 2007 ergab sich folgende Abwicklung:

Bezeichnung	Erträge TEUR	Aufwendungen TEUR	Jahresergebnis TEUR
Planansätze	16.519	17.694	- 1.175
Ergebnis Sondervermögen	44.855	46.466	- 1.611
Abweichung	+ 28.336	+ 28.772	- 436

Die Abweichungen bei den Erträgen und Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus einer veränderten Buchungssystematik hinsichtlich bewilligter, aber noch nicht ausgezahlter Fördermittel nach dem KHG. Diese werden zum Zeitpunkt der Bewilligung gleichzeitig als Forderungen sowie Verbindlichkeiten nach dem KHG bilanziert. Wegen der Neutralisation haben diese Abweichungen keinen Einfluss auf das Jahresergebnis.

Für Investitionen im Bereich des Sondervermögens wurden im **Vermögensplan 2007** insgesamt 3.500 TEUR – bei Gesamtausgaben von 4.675 TEUR – veranschlagt. Sie werden gemäß Planung 2007 hauptsächlich durch Fördermittel nach Art.11 BayKrG finanziert. Nach dem Anlagennachweis zum Sondervermögen beliefen sich die Investitionen in 2007 auf 6.119 TEUR.

# 3.2.2 Feststellung des Jahresabschlusses 2006 und Entlastung

Der Jahresabschluss 2006 des Sondervermögens Klinikum wurde nach örtlicher Rechnungsprüfung und Begutachtung durch den Rechnungsprüfungsausschuss vom 28.01.2008 mit Beschluss des Stadtrates vom 22.02.2008 festgestellt. Die uneingeschränkte Entlastung wurde erteilt.

# 3.2.3 Bilanzentwicklung 2007

In der Bilanz des Sondervermögens findet der investive bzw. fördermittelrelevante Bereich der zugeordneten Grundstücke und der daraufstehenden Gebäude seinen Niederschlag. Die Bilanz wird nachfolgend in komprimierter Form wiedergegeben.

Sondervermögen Klinikum	31.12.2007	31.12.2006	Veränderu	ıng
Sondervermogen Killikulli	EUR	EUR	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	324.943.532,49	346.070.800,22	-21.127.267,73	-6,1
Grundstücke mit Betriebsbauten	263.790.564,11	270.214.667,11	-6.424.103,00	-2,4
Grundstücke mit Wohnbauten	1.401.600,14	1.442.089,14	-40.489,00	-2,8
technische Anlagen	41.790.477,00	47.609.210,00	-5.818.733,00	-12,2
Anlagen im Bau	17.960.891,24	26.804.833,97	-8.843.942,73	-33,0
Umlaufvermögen (gesamt)	169.309.491,49	142.680.048,11	26.629.443,38	18,7
Forderungen	169.309.491,49	142.680.048,11	26.629.443,38	18,7
Ausgleichsposten nach dem KHG	19.850.943,73	19.560.863,73	290.080,00	1,5
Bilanzsumme - Aktiva -	514.103.967,71	508.311.712,06	5.792.255,65	1,14
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	48.502.412,61	49.312.992,77	-810.580,16	-1,6
gezeichnetes/festgesetztes Kapital	28.406.655,63	28.406.655,63	0,00	0,0
Kapitalrücklagen	20.095.756,98	20.906.337,14	-810.580,16	-3,9
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00	0,0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	282.016.967,48	300.431.288,77	-18.414.321,29	-6,1
Verbindlichkeiten	183.584.587,62	158.567.430,52	25.017.157,10	15,8
Bilanzsumme - Passiva -	514.103.967,71	508.311.712,06	5.792.255,65	1,14

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Berichtsjahr um 5,8 Mio. EUR bzw. 1,14%. Hierbei steht der Abnahme des Anlagevermögens um rd. 21,1 Mio. EUR die Zunahme der gesamten Forderungen um 26,6 Mio. EUR bzw. 18,7% gegenüber.

Abschnitt 3: Jahresabschluss 2007 des Klinikums

Der Rückgang des Anlagevermögens (-21,1 Mio. EUR) ist bedingt durch Abschreibungen (13,6 Mio. EUR) und Anlageabgänge (13,6 Mio. EUR), denen Anlagenzugänge (Investitionen) von rd. 6,1 Mio. EUR gegenüberstehen. Die Anlagenabgänge in Höhe von 13,6 Mio. EUR entfallen im Wesentlichen auf die Position Anlagen im Bau. Hierbei wurden Aufwendungen für nach dem KHG geförderte, nicht aktivierungsfähige Maßnahmen als Abgang verbucht. Den jeweiligen Aufwandsbuchungen stehen neutralisierende Ertragsbuchungen gegenüber.

Forderungen des Sondervermögens mit rd. 138,1 Mio. EUR und Verbindlichkeiten mit rd. 152 Mio. EUR korrespondieren mit Bilanzpositionen des Kommunalunternehmens und sind Folge der buchungstechnischen Abwicklung der Betriebsaufspaltung.

Das ausgeglichene Bilanzergebnis entsteht durch Verrechnung mit der Kapitalrücklage in Höhe des nach der Gewinn- und Verlustrechnung 2007 ausgewiesenen Fehlbetrages von 1.611 TEUR, wobei der Fehlbetrag im Sondervermögen im Wesentlichen aus Abschreibungen auf eigenfinanziertes Anlagevermögen resultiert.

### 3.3 Kommunalunternehmen Klinikum

Aufgrund der konzerninternen gegenseitigen Verrechnungen sowohl in den Bilanzen als auch in den Gewinn- und Verlustrechnungen des Sondervermögens Klinikum, des Kommunalunternehmens und seiner Tochterunternehmen bzw. Beteiligungen stellt Rpr seit dem Wirtschaftsjahr 2005 den um die o.g. Verrechnungen konsolidierten jeweiligen Konzernabschluss des Klinikums dar.

# 3.3.1 Konzernbilanz 2007

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderu	ng
Konzernbilanz	EUR	EUR	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	425.209.068,68	446.792.123,15	-21.583.054,47	-4,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.823.854,00	1.809.108,79	14.745,21	0,8
Grundstücke und Gebäude	311.988.935,48	323.027.465,84	-11.038.530,36	-3,4
Technische Anlagen	46.576.367,00	49.840.091,21	-3.263.724,21	-6,5
Einrichtungen und Ausstattungen	43.079.602,01	43.327.561,46	-247.959,45	-0,6
Anlagen im Bau	21.710.310,19	28.757.895,85	-7.047.585,66	-24,5
Finanzanlagen	30.000,00	30.000,00	0,00	0,0
Umlaufvermögen (gesamt)	189.215.374,44	207.402.208,59	-18.186.834,15	-8,8
Vorräte	11.291.064,00	9.254.018,90	2.037.045,10	22,0
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	174.522.117,35	194.912.344,89	-20.390.227,54	-10,5
Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	3.402.193,09	3.235.844,80	166.348,29	O
Ausgleichsposten nach dem KHG	22.957.393,00	22.580.842,75	376.550,25	1,7
Rechnungsabgrenzungsposten	76.212,50	32.821,42	43.391,08	> 100,0
Bilanzsumme - Aktiva -	637.458.048,62	676.807.995,91	-39.349.947,29	-5,81
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	65.124.717,52	77.463.504,86	-12.338.787,34	-15,9
gezeichnetes/festgesetztes Kapital	43.745.412,07	43.745.412,07	0,00	0,0
Kapitalrücklagen	31.601.190,19	32.411.770,35	-810.580,16	-2,5
Gewinnrücklagen	870.727,97	870.727,97	0,00	0,0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-11.092.612,71	435.594,47	-11.528.207,18	> 100,0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	357.823.053,82	377.832.872,07	-20.009.818,25	-5,3
Rückstellungen	102.321.959,55	95.627.779,80	6.694.179,75	7,0
Verbindlichkeiten	111.547.783,76	125.767.463,35	-14.219.679,59	-11,3
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	24.408,79	24.408,79	0,00	0,0
Rechnungsabgrenzungsposten	616.125,18	91.967,04	524.158,14	> 100,0
Bilanzsumme - Passiva -	637.458.048,62	676.807.995,91	-39.349.947,29	-5,81

Die im Vorjahr aufgrund der Erweiterung des Konsolidierungskreises (Übernahme der Krankenhäuser Nürnberger Land GmbH (KNL) und ihrer Krankenhaus-Dienstleistungsgesellschaft mbH (KDL) zum 01.01.2006) um 59,7 Mio. EUR gestiegene Konzernbilanzsumme verringerte sich im Berichtsjahr um 39,3 Mio. EUR bzw. 5,8% auf 637,5 Mio. EUR.

Abschnitt 3: Jahresabschluss 2007 des Klinikums

Das konsolidierte Anlagevermögen verringerte sich um 21,6 Mio. EUR. Hierbei stehen den Investitionen in Höhe von 20,6 Mio. EUR Wertminderungen durch Abschreibungen (28,4 Mio. EUR) und Anlagenabgänge (13,8 Mio. EUR) gegenüber.

In den Forderungen sind mit 69,6 Mio. EUR Forderungen gegen den Gesellschafter aus Betriebsmitteln (Vorjahr 83,7 Mio. EUR) enthalten. Weitere wesentliche Positionen sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (50,4 Mio. EUR) sowie Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht (43,5 Mio. EUR).

Der Rückgang des Eigenkapitals ist im Wesentlichen auf den im Berichtsjahr ausgewiesenen Bilanzverlust in Höhe von 11,1 Mio. EUR zurückzuführen.

Der abschreibungsbedingte Rückgang des Anlagevermögens spiegelt sich in der Minderung der zugehörigen Sonderposten wider, die sich im Berichtsjahr um 20,0 Mio. EUR verminderten.

Der Bestand an Rückstellungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 6,7 Mio. EUR erhöht. Wesentliche Posten bilden hierbei die Personalrückstellungen (u.a. Altersteilzeit, Urlaub und Überstunden) in Höhe von 61,9 Mio. EUR sowie Instandhaltungsrückstellungen (14,2 Mio. EUR). Darüber hinaus wurde im Berichtsjahr für das Klinikum Nürnberg aufgrund einer Betriebsprüfung der Jahre 2001 bis 2004 eine Steuerrückstellung in Höhe von 3,5 Mio. EUR gebildet.

Der aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens ermittelte Teilwert der Pensionsrückstellungen beläuft sich zum 31.12.2007 auf 51,9 Mio. EUR. Davon beziehen sich 50,7 Mio. EUR auf Altzusagen bis zum 31.12.1986, die gemäß Art. 28 Abs. 1 EGHGB nicht als Rückstellung bilanziert werden müssen (Kann-Rückstellung). In der Konzernbilanz werden nur die passivierungspflichtigen Neuzusagen ab dem 01.01.1987 in Höhe von 1,2 Mio. EUR ausgewiesen.

# 3.3.2 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung 2007

	2007	2006	Veränderu	ıng
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	EUR	EUR	absolut	in %
ERTRÄGE	499.065.922,70	484.920.212,23	14.145.710,47	2,9
Erlöse aus Krankenhausleistungen	357.997.369,50	359.803.196,00	-1.805.826,50	-0,5
Erlöse aus Wahlleistungen	15.158.218,88	14.616.149,09	542.069,79	3,7
Erlöse aus Krankenhausambulanzen	10.937.399,94	11.043.219,36	-105.819,42	-1,0
Nutzungsentgelte der Ärzte	5.258.494,21	5.130.760,99	127.733,22	2,5
Sonstige Umsatzerlöse	1.143.443,15	892.087,23	251.355,92	28,2
Bestandsveränderungen	928.454,63	1.110.138,21	-181.683,58	-16,4
Zuwendungen/Zuschüsse der Öffentlichen Hand	1.480.874,85	1.211.275,11	269.599,74	22,3
sonstige betriebliche Erträge	34.154.282,93	38.620.526,55	-4.466.243,62	-11,6
Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	21.343.866,94	10.997.724,14	10.346.142,80	94,1
Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten	350.314,57	517.188,15	-166.873,58	-32,3
Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten	44.243.812,30	35.427.976,50	8.815.835,80	24,9
Zinsen und ähnliche Erträge	3.904.238,00	2.957.381,03	946.856,97	32,0
außerordentliche Erträge	2.165.152,80	2.592.589,87	-427.437,07	-16,5
AUFWENDUNGEN	512.204.710,04	485.690.455,05	26.514.254,99	5,5
Personalaufwand	297.865.169,42	295.799.637,23	2.065.532,19	0,7
Materialaufwand	85.786.933,79	83.437.296,96	2.349.636,83	2,8
Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten	28.664.123,08	20.278.705,98	8.385.417,10	41,4
geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	0,00	93.000,84	-93.000,84	>100,0
geförderte, nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	13.626.950,06	1.998.074,97	11.628.875,09	>100,0
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	28.423.216,57	27.710.798,18	712.418,39	2,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	53.492.735,19	55.455.790,33	-1.963.055,14	-3,5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	741.983,06	759.244,10	-17.261,04	>100,0
außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,0
Steuern	3.603.598,87	157.906,46	3.445.692,41	> 100,0
ERGEBNIS	-13.138.787,34	-770.242,82	-12.368.544,52	> 100,0

Die Erfolgsrechnung 2007 auf Konzernebene schließt mit einem Fehlbetrag von 13,1 Mio. EUR ab, der sich aus dem saldierten Jahresergebnis von - 13,3 Mio. EUR des Sondervermögens und Kommunalunternehmens sowie dem saldierten Jahresergebnis (+ 0,2 Mio. EUR) der verbundenen Unternehmen KNSG, KNG, KNL, KDL und A.R.Z. ergibt.

Abschnitt 3: Jahresabschluss 2007 des Klinikums

Durch Einbeziehung des Gewinnvortrags (0,4 Mio. EUR) sowie Entnahmen aus der Kapitalrücklage (1,6 Mio. EUR) ergibt sich auf Konzernebene ein Bilanzverlust in Höhe von 11,1 Mio. EUR für das Jahr 2007.

Die Umsatzerlöse auf Konzernebene blieben im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant (- 0,4%). Während im Kommunalunternehmen Klinikum Nürnberg konvergenzbedingt rückläufige Fallerlöse durch einen gestiegenen Casemix weitgehend ausgeglichen werden konnten, kam es in der KNL GmbH zu einer leichten Verbesserung der Erlössituation (+ 0,8%).

Den im Berichtsjahr stark gestiegenen Erträgen aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen stehen auf der Aufwandsseite die korrespondierenden Zuführungen zu Sonderposten und Verbindlichkeiten gegenüber.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge beruht auf im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringeren Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (- 3,2 Mio. EUR) sowie rückläufigen periodenfremden Erträgen (- 0,3 Mio. EUR) im Bereich des Kommunalunternehmens.

Der Personalaufwand verzeichnete im Berichtsjahr einen Anstieg um 2,07 Mio. EUR bzw. 0,7%. Den aufgrund von Personalmehrungen (+ 69,9 Vollkräfte) gestiegenen tariflichen Aufwendungen steht eine im Vergleich zum Vorjahr geringere Zuführung zur Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen gegenüber.

Im Bereich der Sachkosten stieg der Materialaufwand um 2,3 Mio. EUR bzw. 2,8% auf 85,8 Mio. EUR an. Hierbei kam es insbesondere im Kommunalunternehmen Klinikum Nürnberg zu erhöhten Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (+ 0,5 Mio. EUR) sowie gestiegenen Kosten für Wasser, Energie und Brennstoffe (+ 0,7 Mio. EUR).

Die in 2007 um 3,4 Mio. EUR auf 3,6 Mio. EUR gestiegenen Aufwendungen für Steuern sind auf eine betriebsprüfungsbedingte Steuerrückstellung in Höhe von 3,5 Mio. EUR zurückzuführen.

Die Zinsrechnung 2007 schließt insgesamt mit einem Überschuss von knapp 3,2 Mio. EUR ab.

Die wesentlichen Eckpunkte der Leistungsdaten des Klinikum Nürnberg (Nord und Süd) stellen sich wie folgt dar:

Leistungsdaten Klinikum	2007	2006	+/-
Patienten (Fallzahlen)	89.448	84.875	+ 4.573
Behandlungstage	687.235	664.413	+ 22.822
durchschnittl. Verweildauer (Tage)	7,7	7,8	- 0,1

In der Krankenhäuser Nürnberger Land GmbH wurden im Geschäftsjahr 2007 13.815 Patientinnen und Patienten behandelt (2006: 14.048). Hierbei wurden 90.225 Pflegetage erbracht (2006: 97.504), die durchschnittliche Verweildauer verkürzte sich von 6,9 Tagen im Vorjahr auf 6,7 Tage.

Nach dem Wirtschaftsplan 2008 des Klinikums war von einer weiteren deutlichen Verschlechterung der Ertragslage auszugehen. Planjahresfehlbetrag des Kommunalunternehmens 2008 rd.

Abschnitt 3: Jahresabschluss 2007 des Klinikums

17,2 Mio. EUR. Nach aktueller Kh-Hochrechnung wird der Fehlbetrag bei rd. 12,5 Mio. EUR liegen.

Als besonders problematisch für die Ertragslage des Klinikums stellt sich die weiterhin unzureichende Abbildung hochkomplexer Fälle im DRG-Fallpauschalenkatalog dar. Gemäß den Ausführungen im Lagebericht des Kommunalunternehmens kam es alleine im Jahr 2006 durch die Behandlung von 571 Patienten in diesem Bereich zu einer Kostenunterdeckung von rd. 10,0 Mio. EUR, da in diesen Fällen die IST-Kosten die gesetzlich festgelegten Fallpauschalenerlöse deutlich übersteigen.

Nach Auslaufen der Konvergenzphase 2009 hängt die notwendige Verbesserung der Ertragslage v.a. von der Ausweitung der Fallzahlen ab. Hierbei sollen bestehende Angebote weiter gestärkt und im Rahmen von strategischen Analyse- und Planungsprozessen die Positionierungen der einzelnen Kh-Fachkliniken definiert und zukunftsfähig ausgerichtet werden, im allerdings stark zunehmenden Wettbewerb mit anderen Krankenhäusern und dem ambulanten Sektor.

# 3.4 Schwerpunktprüfungen im Klinikum

#### 3.4.1 SAP-Einsatz beim Klinikum

Rpr plante nach grundsätzlicher Abstimmung im Herbst 2007 mit Kh/VOR für 2008 auch eine IT-Prüfung des SAP-Einsatzes beim Klinikum. Das Klinikum informierte Rpr nach Prüfungsankündigung darüber, dass bereits eine Prüfung durch den externen Abschlussprüfer (WP) stattfindet bzw. vorgesehen ist.

Bezüglich der Prüfungsinhalte fand am 28.04.2008 ein Abstimmungsgespräch zwischen der Abteilung Informationsverarbeitung des Klinikums, Mitarbeitern der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young und Rpr statt. Als Fazit war festzustellen, dass die von Rpr vorgesehenen Prüfungsbereiche mit abgedeckt wurden. Auf eine eigenständige Prüfung durch Rpr wurde verzichtet; sie hätte zu einer unzulässigen Mehrfachprüfung gem. § 13 Abs. 5 KlinS geführt.

Eine von Rpr durchgeführte Berechtigungs- und System des SAP-HR-Systems (Bericht vom 05.11.2007), wurde von dem WP angefordert und in deren Prüfung mit einbezogen.

Die Prüfung durch den WP ergab Feststellungen bei den Zugriffsrechten, beim Programmänderungsverfahren, bei der Protokollierung und bei der Datenübertragung.

Für die Ausräumung der Feststellungen wurde vom Klinikum ein Aktivitätenplan erstellt, über dessen Abarbeitung auch Rpr informiert wird.

# 3.4.2 Dezentrale Verwendung von Drittmitteln

Die von Rpr durchgeführte Prüfung betraf die beim Klinikum geführten sogenannten KIR-Konten der Fachkliniken, Institute und Abteilungen des Klinikums. Der Begriff KIR ist Kh internes Kürzel für "Klinik- bzw. Institutsrücklage". Rpr prüfte bereits im Jahr 2005 schwerpunktmäßig die Mittelverwendung der auf o. g. Konten erfassten erhaltenen Drittmittel. Rpr empfahl seinerzeit, Richt-

Abschnitt 3: Jahresabschluss 2007 des Klinikums

linien zu entwickeln, die die Mittelbewirtschaftung regeln. Hierbei sollte die Mittelverwendung im Vordergrund stehen, um steuerrechtliche Probleme zu vermeiden und Unwirtschaftlichkeiten vorzubeugen. Dieser Empfehlung kam Kh mit der Hausmitteilung 38/2005 vom 25.10.2005 über die Verwendung der Mittel auf KIR- und KLIFF-Konten nach.

Die erneute Prüfung sollte u. a. Aufschluss darüber geben, ob die in der Hausmitteilung aufgeführten Hinweise und Regelungen in der Folge eingehalten werden, insbesondere ob

- die Gelder auf dem KIR-Konto sparsam und wirtschaftlich eingesetzt werden,
- alle einschlägigen gesetzlichen und internen Vorschriften (u. a. Steuerrecht, Vergaberecht, kommunales Haushaltsrecht, Kh-Hausmitteilungen) beachtet werden.

Im Rahmen unserer stichprobengestützten Prüfung wurden erneut Beispiele für steuerrechtlich bzw. sozialversicherungsrechtlich relevante Auszahlungen aus KIR-Konten gefunden. In einigen Fällen konnten Rpr keine arbeitsvertraglichen Regelungen als Grundlage für Auszahlungen vorgelegt werden, woraufhin Kh (VOR-IR) noch während der Prüfung mit betroffenen Kliniken erforderliche Vereinbarungen zur Behebung der Defizite traf. Hinsichtlich der Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit von Kostenübernahmen aus KIR-Mitteln wird von Rpr nochmal auf die Einhaltung der in der Hausmitteilung festgehaltenen Regelungen verwiesen.

Eine Schlussbesprechung im Kh ist noch vorgesehen.

# 3.4.3 Medizintechnische Großgeräte

Auf Grundlage des § 13 Abs. 4 Klinikumssatzung wurden die Vertragsunterlagen medizintechnischer Großgeräte im Berichtsjahr 2007 vom Rechnungsprüfungsamt stichprobenartig geprüft. Zahlungen bzw. Zahlungsbelege waren nicht Gegenstand der Prüfung.

Geprüft wurde, ob die in den Dienstleistungsverträgen aufgeführten Leistungen zweckmäßig, wirtschaftlich und ordnungsgemäß abgefordert bzw. erbracht wurden. Insbesondere wurde untersucht, ob eine ausreichende Dokumentation der Leistungserbringung vorliegt. Wartungsverträge mit Kosten von insgesamt 419.041,36 EUR p.a. wurden dabei in die Prüfung einbezogen.

Erläuterungen zur Notwendigkeit von Dienstleistungsverträgen, den Herstellervorgaben der Medizingerätehersteller, zur Kostenplanung und den gesetzlichen Rahmenbedingungen wurden besprochen. Ferner wurden die administrativen Prozesse bei Kh erläutert. Weitere Auskünfte wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Klinikums stets bereitwillig und umfassend erteilt.

Insgesamt war festzustellen, dass die Abwicklung der geprüften Verträge sehr gut organisiert ist.

Abschnitt 3: Jahresabschluss 2007 des Klinikums

Über im Rahmen der Prüfung gegebene Empfehlungen konnte mit der geprüften Einheit im Klinikum grundsätzlich Übereinstimmung erzielt werden. Aufgrund von Anregungen zur Vertragsgestaltung wurden von Kh mit Auftragnehmer bereits während der Prüfung Verhandlungen aufgenommen (Anpassungen geringer Ist-Leistungen an Planleistungen).

Im Ergebnis reduzieren sich dadurch ab dem zweiten Halbjahr 2008 bei zwei Dienstleistungsverträgen die monatlichen Nettoraten um insgesamt 2.722,60 EUR. Kh/R-Phy überprüft weitere ähnliche Wartungsverträge.

# 4 JAHRESABSCHLÜSSE 2007 DER EIGENBETRIEBE

# 4.1 Prüfungsgrundlagen in den Eigenbetrieben

Nach Art. 106 Abs. 3 GO unterliegt die Wirtschaftsführung der Eigenbetriebe (Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg, Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg, NürnbergStift, Franken-Stadion Nürnberg und NürnbergBad) der Rechnungsprüfung. Der Inhalt der Prüfung ergibt sich aus Art. 106 Abs. 1 GO. Gemäß Art. 103 Abs. 1 u. 2 GO erfolgt die Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss. Das Rechnungsprüfungsamt ist dabei nach Art. 103 Abs. 3 GO umfassend als Sachverständiger heranzuziehen.

Grundsätzlich ist die Abschlussprüfung der Jahresabschlüsse bei Eigenbetrieben gemäß Art. 107 GO vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV), einem Wirtschaftsprüfer oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durchzuführen. Nach Art. 106 Abs. 3 Satz 2 GO stellt die Rechnungsprüfung auf die Ergebnisse der Abschlussprüfung mit ab.

Aufgrund der Rechtsvorschriften bei kommunalen Pflegeeinrichtungen findet Art. 107 GO beim NürnbergStift keine Anwendung, so dass Rpr bei NüSt den Jahresabschluss selbst prüft.

Zum Redaktionsschluss dieses Sachverständigenberichtes lag der testierte Jahresabschluss 2007 des NürnbergBad wiederum noch nicht vor. Die örtliche Prüfung wird deshalb nachgeholt und der Jahresabschluss in der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses zur Begutachtung vorgelegt.

Die vorgelegten Abschlüsse wurden uneingeschränkt testiert, vom betreffenden Werkausschuss bereits begutachtet und die ergänzenden Rpr – Prüfungen in der Wirtschaftsführung (Kassenprüfungen, Personal-, Ordnungsmäßigkeits- und technische Prüfungen) ergaben gleichfalls keine Hinweise, die gegen die Feststellung und Entlastung sprechen.

Der u.a. in den Satzungen vorgeschriebene Halbjahresbericht (insbes. 6-Monats-GuV-Rechnung) wird bislang weder von NüBad (bis dato im Allgemeinen nur Besucherzahlen Freibadsaison) noch von FSN vorgelegt. Nach Hinweis von Rpr wird dies durch 2. BM ab 2009 umgesetzt.

# 4.2 Jahresabschluss 2007 von SUN

# 4.2.1 Allgemeines

# 4.2.1.1 Aufgaben und Organisation

Der Stadtentwässerungsbetrieb Nürnberg (StEB) und das Chemische Untersuchungsamt (UA) wurden zum 01.01.2006 als "Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg" (SUN) in der Organisationsform eines Eigenbetriebes zusammengeführt.

Der Werkbereich Stadtentwässerung (SUN/S) baut und betreibt die Anlagen zur Ableitung (Kanalnetz) und Reinigung (Klärwerke) des in Nürnberg anfallenden Abwassers. Zur ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung gehört außerdem auch die Entsorgung der anfallenden Reststoffe (Klärschlamm, Rechen- und Sandfanggut, Kanalspülgut).

Der Werkbereich Umweltanalytik (SUN/U) betreibt die öffentliche Einrichtung des Labors für Umweltanalytik und erbringt seine Leistungen auf Grund von Beschlüssen des Stadtrats bzw. seiner Ausschüsse, auf Antrag von Dienststellen der Stadt sowie für Dritte. Das Labor für Umweltanalytik ist in erster Linie zuständig für die abwasseranalytischen Untersuchungen in den Klärwerken und im Kanalbetrieb sowie für die Industrieabwasserkontrolle.

Von SUN sind daneben auch hoheitliche Tätigkeiten im Vollzug der einschlägigen Satzungen zu erfüllen. Dazu zählen insbesondere die Entwässerungssatzung, die Fäkalschlammentsorgungssatzung, die Umweltanalytiklaborsatzung sowie die Entwässerungsgebührensatzung und die Umweltanalytikgebührensatzung.

### 4.2.1.2 Stadtentwässerungsbetriebssatzung

Die Betriebssatzung für Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg (SUNBS) enthält u.a. Bestimmungen über die Organe von SUN und Regelungen hinsichtlich der Aufgaben bzw. Zuständigkeiten der Werkleitung, des Werkausschusses, des Stadtrats sowie des Oberbürgermeisters. Die SUNBS wird ergänzt durch eine Geschäftsanweisung für die Werkleitung. Die Entscheidungs- und Zeichnungsbefugnisse innerhalb des Betriebs sind mit Werkleiterverfügung detailliert festgelegt.

# 4.2.2 Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung

# 4.2.2.1 Haushaltssatzung

Mit der Haushaltssatzung der Stadt für das Haushaltsjahr 2007 vom 23.11.2006 wurde für SUN die Kreditermächtigung auf 25,3 Mio. EUR festgesetzt. Die Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan waren mit 32,502 Mio. EUR festgesetzt, der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan auf 17,1 Mio. EUR. Die Haushaltssatzung trat zum 01.01.2007 in Kraft.

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

# 4.2.2.2 Wirtschafts- und Finanzplan

Der Wirtschaftsplan 2007 besteht aus Erfolgs-, Vermögens- und Finanzplan sowie dem Investitionsprogramm und einer Stellenübersicht. Er wurde am 23.11.2006 vom Stadtrat beschlossen. Die Planansätze des *Erfolgsplanes 2007* wurden unter Berücksichtigung des Rechnungsergebnisses 2005 und der Kostenentwicklung 2006 ermittelt. Er sah Erträge von 102,410 Mio. EUR und Aufwendungen von 104,620 Mio. EUR vor, so dass sich ein Jahresverlust in Höhe von 2,210 Mio. EUR errechnete.

Tatsächlich ergab sich 2007 ein Jahresgewinn von 1,324 Mio. EUR, da die Summe der Erlöse und Erträge wegen der Auflösung von Rückstellungen und anderer betrieblichen Erträge über Plan lagen und die Summe der Aufwendungen insbesondere durch geringere Zinsaufwendungen die Planansätze nicht erreichten.

Der <u>Vermögensplan 2007</u> umfasste einen Finanzbedarf von 87,320 Mio. EUR. Hiervon waren 25,850 Mio. EUR für Investitionen eingeplant. Die Deckung sollte aus Kreditaufnahmen in Höhe von 25,3 Mio. EUR erfolgen. Die tatsächlich durchgeführten Investitionen beliefen sich im Jahr 2007 auf 18,8 Mio. EUR.

Die fünfjährige <u>Finanzplanung</u> der Jahre 2006 bis 2010 umfasste ein Volumen von 420,52 Mio. EUR, davon für Investitionen 111,92 Mio. EUR und für Darlehenstilgung 279,56 Mio. EUR.

# 4.2.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2006 und Entlastung

Der Vorjahresabschluss wurde von der Bayerischen Treuhandgesellschaft geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Mit Beschluss vom 27.02.2008 hat der Stadtrat den Jahresabschluss 2006 festgestellt, uneingeschränkte Entlastung erteilt und festgelegt, den Jahresgewinn 2006 auf neue Rechnung vorzutragen.

### 4.2.4 Jahresabschluss 2007

### 4.2.4.1 Erstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2007, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang wurde zusammen mit dem Lagebericht am 14.05.2008 erstellt.

# 4.2.4.2 Bilanzentwicklung 2007

Die Entwicklung der Bilanz 2007 wird nachfolgend in komprimierter Form wiedergegeben:

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

Chadtantuii aaan ma und Umuushtenah tii, Niimbaaa	31.12.2007	31.12.2006	Veränderu	ng
Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg	€	€	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	623.574.539,76	633.859.661,06	-10.285.121,30	-1,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	992.960,00	1.009.905,00	-16.945,00	-1,7
Sachanlagen	622.581.579,76	632.849.756,06	-10.268.176,30	-1,6
Umlaufvermögen (gesamt)	7.182.213,30	5.663.676,48	1.518.536,82	26,8
Vorräte	3.113.590,54	3.044.652,00	68.938,54	2,3
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	3.164.238,81	2.076.555,93	1.087.682,88	52,4
Kassenbestand und Bankguthaben	703.939,95	282.150,55	421.789,40	>100
Rechnungsabgrenzungsposten	200.444,00	260.318,00	-59.874,00	-23,0
Bilanzsumme - Aktiva -	630.756.753,06	639.523.337,54	-8.766.584,48	-1,4
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	43.110.361,57	43.697.529,94	-587.168,37	-1,3
Stammkapital	0,00	0,00	0,00	0,0
Gewinnrücklage	16.679.404,94	14.555.831,50	2.123.573,44	14,6
Sonderrücklage	25.106.829,00	27.018.125,00	-1.911.296,00	-7,1
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.324.127,63	2.123.573,44	-799.445,81	-37,6
Empfangene Ertragszuschüsse	99.558.603,00	102.380.530,00	-2.821.927,00	-2,8
Rückstellungen	48.676.964,64	41.580.740,90	7.096.223,74	17,1
Verbindlichkeiten	439.410.823,85	451.864.536,70	-12.453.712,85	-2,8
Bilanzsumme - Passiva -	630.756.753,06	639.523.337,54	-8.766.584,48	-1,4

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

Infolge der relativ niedrigen Investitionen in den zurückliegenden Jahren ist die Bilanzsumme rückläufig. Das Anlagevermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10,3 Mio. EUR vermindert. Unter den Sachanlagen bildeten die Abwasserreinigungsanlagen mit 97,4 Mio. EUR und die Abwassersammlungsanlagen mit 433,6 Mio. EUR die bestimmenden Posten. Die Zunahme des Umlaufvermögens resultiert aus höheren Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie der Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände und der flüssigen Mittel.

Das Eigenkapital verminderte sich um insgesamt 587 TEUR auf 43,110 Mio. EUR. Das positive Jahresergebnis 2007 konnte die Auflösung von Sonderrücklagen teilweise kompensieren. Die Sonderrücklagen enthalten Staatszuschüsse, verrechnete Abwasserabgabebeiträge und Wertvorteile aus zinsgünstigen Darlehen, die entsprechend der Nutzungsdauer der damit finanzierten Anlagen aufgelöst werden. Ebenso treten abschreibungsbedingte Auflösungen bei den empfangenen Ertragszuschüssen auf. Der Anstieg bei den Rückstellungen resultiert insbesondere aus einer Zuführung zur Rückstellung für Instandhaltung. Der Rückgang bei den Verbindlichkeiten ist auf die Verminderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Stand 31.12.2007: 428,9 Mio. EUR) zurückzuführen.

### 4.2.4.3 Erfolgsrechnung 2007

In der nachstehenden Tabelle werden die Erträge und Aufwendungen 2007 entsprechend der Gewinn- und Verlustrechnung und ihre Veränderung zum Vorjahr wiedergegeben.

On the second se	2007	2006	Veränderu	ıng
Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg	€	€	absolut	in %
ERTRÄGE	107.019.909,52	105.707.755,70	1.312.153,82	1,2
Umsatzerlöse	89.212.206,63	89.147.509,64	64.696,99	0,1
Aktivierte Eigenleistungen	2.582.306,80	2.587.602,05	-5.295,25	-0,2
Sonstige betriebliche Erträge	13.287.044,52	13.522.266,11	-235.221,59	-1,7
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.938.351,57	450.377,90	1.487.973,67	>100
AUFWENDUNGEN	105.695.781,89	103.584.182,26	2.111.599,63	2,0
Materialaufwand	25.823.332,60	22.561.840,49	3.261.492,11	14,5
Personalaufwand	20.904.677,14	20.850.165,41	54.511,73	0,3
Abschreibungen	31.736.890,44	32.499.567,67	-762.677,23	-2,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.437.001,50	9.087.688,83	-650.687,33	-7,2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18.786.083,67	18.575.278,51	210.805,16	1,1
Sonstige Steuern	7.796,54	9.641,35	-1.844,81	-19,1
ERGEBNIS	1.324.127,63	2.123.573,44	-799.445,81	-37,6

Gegenüber dem Vorjahr waren sowohl bei den Umsatzerlösen als auch bei den aktivierten Eigenleistungen keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen.

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind per Saldo um 235 TEUR zurückgegangen. Sie beinhalten insbesondere die Auflösung von Sonderrücklagen und Ertragszuschüssen in Höhe von insgesamt 8,489 Mio. EUR (Vj. 8,813 Mio. EUR). Die bisherigen Mieterträge des Chemischen Untersuchungsamtes für die Laborgebäude sind durch dessen Eingliederung in SUN entfallen. Satt dessen trägt die Stadt einen vertraglich festgelegten Kostenanteil für den Bereich Umweltanalytik in Höhe von 1,814 Mio. EUR. Daneben sind unter dieser Position Erträge aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen in Höhe von 1,671 Mio. EUR enthalten.

Die Zinserträge resultieren hauptsächlich aus Auflösungserträgen von Zinsswapgeschäften in Höhe von 1,915 Mio. EUR (Vj. 423 TEUR).

Die Aufwendungen für Material und Instandhaltung (Materialaufwand) lagen insgesamt mit 3,261 Mio. EUR über den Vorjahreswerten. Insbesondere handelt es sich dabei um höhere Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (Chemikalien) sowie höhere Aufwendungen für den Energiebezug. Die ebenfalls gestiegenen Aufwendungen für bezogene Leistungen resultieren aus höheren Instandhaltungsaufwendungen für die Klärwerke und für Kanalunterhaltsmaßnahmen.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Personalaufwand nur leicht gestiegen (54 TEUR), wobei geringeren Aktivpersonalkosten höhere Aufwendungen im Bereich der Altersversorgung gegenüberstanden.

Der Rückgang der Abschreibungen ist darauf zurückzuführen, dass insbesondere im Bereich der Abwasserreinigungsanlagen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung einige Anlagen das Ende ihrer betriebsüblichen Nutzungsdauer erreicht haben.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken per Saldo um 651 TEUR auf 8,437 Mio. EUR. Im Wesentlichen verringerten sich die Kostenanteile und Verwaltungskostenumlage der Stadt (- 464 TEUR) sowie die Aufwendungen für Abbruchkosten (- 970 TEUR). Dagegen erhöhten sich die Kosten für Leiharbeitskräfte (+ 424 TEUR) und die Zuführung zu Wertberichtigungen (+ 499 TEUR).

Die Erhöhung des Zinsaufwandes um 211 TEUR resultiert insbesondere aus steigenden Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt. Das (negative) Zinsergebnis insgesamt verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.277 TEUR auf 16.848 TEUR.

### 4.2.4.4 Prüfung des Jahresabschlusses 2007

### 4.2.4.4.1 Bestätigungsvermerk

Entsprechend dem Stadtratsbeschluss vom 22.11.2007 wurde die Rödl & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2007 beauftragt.

Der Wirtschaftsprüfer hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2007 sowie für den Lagebericht 2007 erteilt.

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

# 4.2.4.4.2 Prüfungsergebnis

Als zusammenfassendes Ergebnis der Prüfung stellten die Prüfer u.a. fest:

- die Buchführung entspricht den Grundsätzen der Ordnungsmäßigkeit; sie ist beweiskräftig,
- der Jahresabschluss 2007, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang, ist richtig aus den Büchern entwickelt und entspricht den gesetzlichen Vorschriften,
- der Jahresabschluss vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebs und stellt die Chancen sowie Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar,
- die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

#### 4.2.4.4.3 Begutachtung durch den Werkausschuss

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2007, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang wurde zusammen mit dem Lagebericht und dem Bericht der Rödl & Partner GmbH vom 26.05.2008 dem Werkausschuss am 22.07.2008 vorgelegt.

Der Werkausschuss hat die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007 und des Lageberichtes 2007 begutachtet und dem Stadtrat empfohlen zu beschließen:

- Der Jahresabschluss 2007
  - ♦ mit einer Bilanzsumme von 630.756.753,06 EUR auf der Aktiv- und der Passivseite,
- Der Jahresgewinn wird in die Rücklagen eingestellt.

# 4.2.5 Kanalherstellungsbeiträge und Beschaffungen

### 4.2.5.1.1 Kanalherstellungsbeiträge

Geprüft wurde von Rpr, ob die Festsetzung und Einziehung der Kanalherstellungsbeiträge wirtschaftlich und ordnungsgemäß erfolgte. Insbesondere wurde untersucht, ob eine ausreichende Dokumentation der Vorgänge vorliegt. Die Prüfung befasste sich insoweit mit dem Verwaltungshandeln von SUN im Kalenderjahr 2007.

Die Prüfung ergab, dass die Festsetzung der Kanalherstellungsbeiträge ordnungsgemäß und wirtschaftlich erfolgt. Die 2007 fälligen Kanalherstellungsbeiträge von rd. 1,944 Mio. EUR wurden, soweit wie üblich in Stichproben geprüft, ordnungsgemäß und vollständig eingehoben. Insbesondere waren begründende Unterlagen stets vollständig und übersichtlich dokumentiert.

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

# 4.2.5.1.2 Beschaffungen

Außer den von der Technischen Prüfung erfassten VOB- und VOF-Vergaben (s. nachfolgende Nr. 4.2.6) wurden im Rahmen der begleitenden Verwaltungsprüfung für 2007 insgesamt 13 VOL-Beschaffungsvorgänge von SUN zur Prüfung nach den Vergaberichtlinien der Stadt Nürnberg (VRL) mit einem Gesamtvolumen von rd. 3.077 TEUR vorgelegt und durch Rpr begutachtet.

# 4.2.6 Technische Prüfung

Bei den hier erfassten Vorgängen war SUN als Baudienststelle selbst bzw. mit externer Unterstützung tätig. Insgesamt ergaben sich durch die Beachtung von Prüfungsfeststellungen im Haushaltsjahr 2007 finanzielle Verbesserungen für SUN in Höhe von 48.256 EUR.

### Vergaben VOB/VOL

Aus der Vergabeprüfung entfielen auf SUN insgesamt 27 Vergaben VOB/VOL mit rund 8,53 Mio. EUR, einschließlich 14 Nachträgen von ca. 0,57 Mio. EUR aus Hauptaufträgen mit insgesamt 5,87 Mio. EUR.

Es ergaben sich mit 679 EUR geringfügige Minderungen.

#### Vergaben Besonderer Leistungen

Hier waren 9 Vergabevorgänge in Höhe von insgesamt 1,36 Mio. EUR zu prüfen. Minderungen wurden hier in Höhe von 39.430 EUR von uns begutachtet und von SUN bei der entsprechenden Genehmigung umgesetzt.

### Schwerpunktprüfungen

Im Berichtsjahr 2007 konnte die Prüfung von 2 Maßnahmen mit insgesamt 493.162 EUR durch Eingang einer geringfügigen Rückzahlung in Höhe von 8.147 EUR abgeschlossen werden.

# 4.3 Jahresabschluss 2007 von ASN

# 4.3.1 Allgemeines

# 4.3.1.1 Aufgaben und Organisation

Zu den Hauptaufgaben des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb (ASN) zählen insbesondere

- die Durchführung der Abfallwirtschaft (einschließlich Müllverbrennung und Deponie) nach der Abfallwirtschaftssatzung
- die Durchführung der Straßenreinigung nach der Straßenreinigungssatzung und des Winterdienstes
- der Betrieb des Fuhrparks einschließlich Beschaffung, Bewirtschaftung und Reparatur städtischer Kraftfahrzeuge, Durchführung und Vergabe von Fuhrleistungen und dem Betrieb der städtischen Tankstellen sowie
- die Bewirtschaftung der öffentlichen Bedürfnisanstalten.

Daneben sind auch hoheitliche Tätigkeiten im Vollzug der einschlägigen Satzungen zu erfüllen. Hierzu gehören insbesondere die Abfallwirtschaftssatzung (AbfS), die Abfallgebührensatzung (AbfGebS), die Straßenreinigungssatzung (StrRS) und die Gebührensatzung für die Straßenreinigung (StrRGebS).

### 4.3.1.2 Abfallwirtschaftsbetriebssatzung

Die Abfallwirtschaftsbetriebssatzung (ASNS) vom 03.08.1998 i.d.F. vom 18.12.2003 enthält u.a. Bestimmungen über die Organe des ASN und Regelungen hinsichtlich der Aufgaben bzw. der Zuständigkeiten der Werkleitung, des Werkausschusses, des Stadtrats sowie des Oberbürgermeisters. Die ASNS wird ergänzt durch eine Geschäftsanweisung für die Werkleitung. Die Entscheidungs- und Zeichnungsbefugnisse innerhalb des Betriebs sind mit Werkleiterverfügungen vom 21.09.1999 und 04.07.2000 detailliert festgelegt.

# 4.3.2 Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung

### 4.3.2.1 Haushaltssatzung

Mit der Haushaltssatzung der Stadt für das Haushaltsjahr 2007 vom 23.11.2006 war für ASN keine Kreditermächtigung für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen vorgesehen. Die Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan waren mit 7,045 Mio. EUR festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan war auf 16,800 Mio. EUR festgesetzt.

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

Die Haushaltssatzung trat zum 01.01.2007 in Kraft.

### 4.3.2.2 Wirtschafts- und Finanzplan

Der Wirtschaftsplan 2007 besteht aus Erfolgs-, Vermögens- und Finanzplan sowie dem Investitionsprogramm und einer Stellenübersicht. Er wurde am 23.11.2006 vom Stadtrat beschlossen.

Die Planansätze des *Erfolgsplanes 2007* wurden unter Berücksichtigung des Rechnungsergebnisses 2005 und der Ausgabenentwicklung 2006 ermittelt. Er sah Erträge von 100,873 Mio. EUR und Aufwendungen von 99,613 Mio. EUR vor, so dass sich ein Jahresgewinn in Höhe von 1,260 Mio. EUR errechnete. Tatsächlich ergab sich 2007 ein Jahresgewinn von 7,635 Mio. EUR.

Im Vermögensplan 2007 waren 20,012 Mio. EUR eingeplant.

Die fünfjährige *Finanzplanung* der Jahre 2006 bis 2010 umfasste ein Volumen von 302,87 Mio. EUR, davon für Investitionen 233,83 Mio. EUR und für Darlehenstilgung 43,07 Mio. EUR gegenüber Kreditinstituten.

# 4.3.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2006 und Entlastung

Der Vorjahresabschluss wurde von der WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Mit Beschluss vom 27.02.2008 hat der Stadtrat den Jahresabschluss 2006 festgestellt, die uneingeschränkte Entlastung erteilt und festgelegt, den Jahresgewinn 2006 von 10,736 Mio. EUR zur Tilgung des Verlustvortrages heranzuziehen.

# 4.3.4 Jahresabschluss 2007

### 4.3.4.1 Erstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2007, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang wurde zusammen mit dem Lagebericht am 09.05.2008 erstellt.

### 4.3.4.2 Bilanzentwicklung 2007

Die Entwicklung der Bilanz 2007 wird nachfolgend in komprimierter Form wiedergegeben.

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

Abfallssigtach off and Otadfacini ann ach atrick	31.12.2007	31.12.2006	Veränder	ung
Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb	€	€	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	212.618.085,48	229.432.246,50	-16.814.161,02	-7,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	274.500,79	51.149,00	223.351,79	>100
Sachanlagen	212.343.584,69	229.381.097,50	-17.037.512,81	-7,4
Umlaufvermögen (gesamt)	30.504.936,94	22.299.643,83	8.205.293,11	36,8
Vorräte	683.384,95	587.073,18	96.311,77	16,4
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	28.963.299,68	21.597.252,77	7.366.046,91	34,1
Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	858.252,31	115.317,88	742.934,43	>100
Bilanzsumme - Aktiva -	243.123.022,42	251.731.890,33	-8.608.867,91	-3,4
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	10.426.505,46	2.791.184,32	7.635.321,14	>100
Stammkapital	0,00	0,00	0,00	0,0
Allgemeine Rücklage	3.000.000,00	3.000.000,00	0,00	0,0
Gewinn-/Verlustvortrag (-)	7.426.505,46	-208.815,68	7.635.321,14	>100
Rückstellungen	36.556.014,14	39.980.802,26	-3.424.788,12	-8,6
Verbindlichkeiten	196.140.502,82	208.959.903,75	-12.819.400,93	-6,1
Bilanzsumme - Passiva -	243.123.022,42	251.731.890,33	-8.608.867,91	-3,4

Der Rückgang des Anlagevermögens ist hauptsächlich auf die erstmals volle Jahresabschreibung der von der TAN im Oktober 2006 übernommenen Wirtschaftsgüter zurückzuführen. Dem gegenüber standen Anlagenzugänge in Höhe von 2,664 Mio. EUR. Die Forderungen beinhalten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen an Dritte in Höhe von 4,6 Mio. EUR, die überwiegend die Bereiche Müllverbrennung und Deponie sowie die Wasserdampflieferungen an die N-ERGIE betreffen. Die Forderungen an die Stadt (24,75 Mio. EUR) resultieren zum großen Teil aus dem Betriebsmittelkonto des ASN in Höhe von 20,78 Mio. EUR. Bei den sonstigen Vermögensgegenständen sind u. a. Forderungen an Mitarbeiter (63 TEUR) ausgewiesen.

Die Allgemeine Rücklage resultiert aus der o. g. TAN - Übernahme. Infolge des Jahresgewinnes 2007 ist das Eigenkapital des Betriebes auf 10,426 Mio. EUR gestiegen. Die Verminderung der Rückstellungen um 3,425 Mio. EUR ergibt sich aus Zuführungen von insgesamt 2,612 Mio. EUR und Entnahmen von 6,037 Mio. EUR. Die Verbindlichkeiten haben insgesamt um 12,819 Mio. EUR abgenommen. Während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten tilgungsbedingt um rd.10,2 Mio. EUR auf 142,8 Mio. EUR sanken, wurde das Trägerdarlehen gegenüber der Stadt um die Transaktionskosten der Übernahme TAN auf 46,6 Mio. EUR aufgestockt. Da bei den sonstigen Verbindlichkeiten des Vorjahres u. a. die Vorsteuerberichtigungen TAN (3,2 Mio. EUR), die Umsatzsteuer auf Vermögensübertragung TAN (24,5 Mio. EUR) sowie die Grunderwerbsteuer (612 TEUR) enthalten waren, verringerten sich die sonstigen Verbindlichkeiten von 28,6 Mio. EUR auf 1,4 Mio. EUR.

# 4.3.4.3 Erfolgsrechnung 2007

In der nachstehenden Tabelle werden die Erträge und Aufwendungen 2007 aus der Gewinnund Verlustrechnung und ihre Veränderung zum Vorjahr wiedergegeben.

Aldellosistes bettern d. Ote desiries was abotish	2007	2006	Veränderu	ıng
Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb	€	€	absolut	in %
ERTRÄGE	101.637.593,74	105.539.318,48	-3.901.724,74	-3,7
Umsatzerlöse	100.216.893,59	102.280.255,12	-2.063.361,53	-2,0
Bestandsveränderungen fertiger oder unfertiger Leistungen	14.882,90	9,87	14.873,03	>100
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	637.051,99	3.104.555,43	-2.467.503,44	-79,5
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	768.765,26	154.498,06	614.267,20	>100
AUFWENDUNGEN	94.002.272,60	94.802.739,65	-800.467,05	-0,8
Materialaufwand	31.996.518,24	49.278.588,61	-17.282.070,37	-35,1
Personalaufwand	31.424.086,29	30.949.987,31	474.098,98	1,5
Abschreibungen	14.667.512,49	5.467.678,23	9.199.834,26	>100
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.870.611,20	6.171.350,93	699.260,27	11,3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.915.331,33	2.171.030,81	6.744.300,52	>100
Sonstige Steuern	128.213,05	764.103,76	-635.890,71	-83,2
ERGEBNIS	7.635.321,14	10.736.578,83	-3.101.257,69	-28,9

Gegenüber dem Vorjahr gingen die Umsatzerlöse um insgesamt 2,1 Mio. EUR zurück. Insbesondere in den Bereichen Abfallwirtschaft (energetische Verwertung) sowie Stadtreinigung (Winterdienst) ergaben sich infolge geringerer Mengen bzw. Einsatzstunden niedrigere Erlöse. Dagegen konnten für die Wasserdampflieferungen an die N-ERGIE höhere Erlöse erzielt werden. In den sonstigen betrieblichen Erträgen des Vorjahres waren u.a. auch eine Pachtrückerstattung von der TAN GmbH für die Müllverbrennungsanlage in Höhe von 1,3 Mio. EUR sowie die (periodenfremde) Rückerstattung von Gebühren für Altpapiersortierung und -vermarktung (1,5 Mio. EUR) enthalten. Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge betreffen insbesondere Zinserträge aus dem Betriebsmittelkonto bei der Stadtkasse (759 TEUR) sowie Erträge aus Stundungszinsen und Zinsen aus dem Girokonto bei der Sparkasse.

Die Verminderung des Materialaufwandes um insgesamt 17,3 Mio. EUR resultiert aus dem Wegfall der Pachtzahlungen für die Müllverbrennungsanlage infolge der Übernahme der TAN. Der Personalaufwand ist per Saldo gegenüber dem Vorjahr aufgrund höherer Zuführungen zur Pensionsrückstellung sowie zur Altersteilzeit- und Beihilferückstellung um 0,5 Mio. EUR gestiegen. Die Zunahme der Abschreibungen um 9,2 Mio. EUR ist auf die volle Jahresabschreibung der von der TAN im Oktober 2006 übernommenen Wirtschaftsgüter zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten u. a. die Verwaltungskostenumlage der Stadt sowie

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

die Miete für Grundstücke und Erbauzins, der durch die Übernahme der TAN nunmehr in voller Höhe zu zahlen ist. Der Zinsaufwand ist durch die Übertragung der ehemaligen TAN – Darlehen auf den ASN um 6,74 Mio. EUR angestiegen. Die sonstigen Steuern betreffen die Kfz – Steuer; im Vorjahr war diese Position noch zusätzlich mit der Grunderwerbsteuer für die TAN – Übertragung (612 TEUR) belastet.

Gegenüber dem Vorjahresgewinn von 10,736 Mio. EUR hat sich das Ergebnis um 3,101 Mio. EUR auf einen Jahresgewinn von 7,635 Mio. EUR vermindert.

# 4.3.4.4 Prüfung des Jahresabschlusses 2007

#### 4.3.4.4.1 Bestätigungsvermerk

Entsprechend dem Stadtratsbeschluss vom 18.07.2007 wurde wieder die WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragt.

Der Wirtschaftsprüfer hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2007 sowie für den Lagebericht 2007 erteilt.

### 4.3.4.4.2 Prüfungsergebnis

Als zusammenfassendes Ergebnis der Prüfung stellt die WIBERA u.a. fest:

- Die Buchführung entspricht den Grundsätzen der Ordnungsmäßigkeit; sie ist beweiskräftig.
- Der Jahresabschluss 2007 ist richtig aus den Büchern entwickelt und entspricht den gesetzlichen Vorschriften; er vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.
- Der Lagebericht gibt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.
- Die Vermögens- und Finanzlage ist durch eine Verbesserung der langfristigen Finanzierungsverhältnisse gekennzeichnet. Der Eigenbetrieb, der gemäß der Betriebssatzung über kein Stammkapital verfügt, weist zum Bilanzstichtag 31.12.2007 Eigenkapital in Höhe von 10,426 Mio. EUR aus.
- Die Ertragslage konnte zum vollständigen Abbau des Verlustvortrages beitragen, da ein Jahresgewinn von 7,635 Mio. EUR erzielt wurde.
- Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes geben keinen Anlass zu Beanstandungen.

# 4.3.4.4.3 Begutachtung durch den Werkausschuss

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2007, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, wurde zusammen mit dem Lagebericht und dem Bericht der WIBERA vom 04.07.2008 dem Werkausschuss am 15.10.2008 vorgelegt.

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

Der Werkausschuss hat die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007 und des Lageberichtes 2007 einstimmig begutachtet und dem Stadtrat empfohlen zu beschließen:

- Der Jahresabschluss 2007 des Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetriebes mit einem Jahresgewinn von 7.635.321,14 EUR wird festgestellt.
- Der Jahresgewinn in Höhe von 7.635.321,14 EUR wird zur Tilgung des Verlustvortrages in Höhe von 208.815,68 EUR verwendet. Der restliche Jahresgewinn in Höhe von 7.426.505,46 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

# 4.3.5 Beschaffungen

Im Rahmen der begleitenden Verwaltungsprüfung sind 2007 insgesamt 17 VOL-Beschaffungsvorgänge von ASN zur Prüfung nach den Vergaberichtlinien der Stadt Nürnberg (VRL) mit einem Gesamtvolumen von rd. 3,3 Mio. EUR vorgelegt und durch Rpr begutachtet worden. Zu den technischen VOB- und VOF-Prüfungen siehe nachfolgende Nr. 4.3.6.

# 4.3.6 Technische Prüfung

Der technische Prüfung wurden 2007 von ASN im Bereich der Vergaben VOB/VOL 14 Vergaben in Höhe von insgesamt 4,65 Mio. EUR vorgelegt.

Bei den Besonderen Leistungen waren es drei Vergabevorschläge in Höhe von 132.651 EUR. Minderungen wurden hier in Höhe von 37.977 EUR von uns begutachtet, die von ASN berücksichtigt wurden.

# 4.4 Jahresabschluss 2007 von NüSt

# 4.4.1 Allgemeines

Der Regiebetrieb "Seniorenamt der Stadt Nürnberg" (Seniorenamt alt) wurde zum 01.01.1999 in den Eigenbetrieb NürnbergStift (NüSt) und das Seniorenamt (Seniorenamt "neu") aufgespalten. NüSt wurden die ambulanten, teil- und vollstationären Einrichtungen einschließlich der Versorgungsbereiche (Küche, Wäscherei und Werkstätten) sowie der Hilfsmittelservice und die Praxis Ergotherapie zugeordnet. Beim Seniorenamt "neu" sind im wesentlichen die hoheitlichen Aufgaben verblieben.

Die Betriebssatzung für das NürnbergStift (NürnbergStiftS – NüStS) vom 07.10.1998 i.d.F. vom 17.12.1998 enthält u.a. Bestimmungen über die Organe des NüSt und Regelungen hinsichtlich der Aufgaben bzw. Zuständigkeiten der Werkleitung, des Werkausschusses, des Stadtrates sowie des Oberbürgermeisters. Die NüStS wird durch eine Geschäftsanweisung für die Werkleitung des NüSt ergänzt.

Um den stetig steigenden Anforderungen vor allem in finanzieller Hinsicht gerecht zu werden, wird das NüSt als ein Eigenbetrieb i.S. des Art. 88 GO geführt. Er unterliegt den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EBV). Darüber hinaus sind die Pflege-Buchführungsverordnung (PBV) und die Verordnung über die Wirtschaftsführung der kommunalen Pflegeeinrichtungen (WkPV) einschlägig.

Hauptaufgabe des NüSt ist es, zur Gewährleistung einer bedarfsgerechten Versorgung der älteren Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung der Trägervielfalt ambulante, teilstationäre und vollstationäre Angebote und Einrichtungen nach dem Heimgesetz, Sozialgesetzbuch V und XI zu betreiben.

Zum 01.10.2003 nahm die NürnbergStift Service GmbH (NüStSG) ihren Betrieb aktiv auf. Die NüStSG ist eine 100%ige Tochter der Stadt Nürnberg. Sie erbringt Dienst- und Werkleistungen gegenüber dem NüSt. Die Leistungen umfassen die Durchführung und Erledigung von Aufgaben im Facility-Bereich und Unterstützungsleistungen für die Pflege. Hierzu zählen insbesondere: Reinigungsdienste, hauswirtschaftliche Leistungen, Aufgaben des allgemeinen Betriebsdienstes, Hauswirtschafts-/Serviceleistungen zur Unterstützung der Pflege sowie der für die Service-GmbH notwendige Verwaltungsbedarf. Die NüStSG unterstützt NüSt bei seinen Konsolidierungen.

Der Jahresabschluss der NüStSG über das Geschäftsjahr 2007 schloss mit einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis (- 24,02 EUR) ab und wurde von Wirtschaftsprüfer Frau Renate Haertle, München, am 28.04.2008 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Jahresabschluss 2007 des NüSt wurde, wie in den Vorjahren, durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg geprüft.

# 4.4.2 Haushaltssatzung, Wirtschafts- und Finanzplan

### 4.4.2.1 Haushaltssatzung

Mit der Haushaltssatzung der Stadt für das Haushaltsjahr 2007 vom 23.11.2006 wurden für NüSt Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von 1,63 Mio. EUR vorgesehen. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan wurde auf 2,53 Mio. EUR festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite für die rechtzeitige Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan wurde auf 4,00 Mio. EUR festgelegt.

Die Haushaltssatzung trat zum 01.01.2007 in Kraft.

### 4.4.2.2 Wirtschafts- und Finanzplan

Nach § 11 Abs. 1 NüStS i.V.m. § 2 Abs. 1 WkPV ist für den Eigenbetrieb NüSt jährlich ein Wirtschafts- und Finanzplan aufzustellen, der gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 5 NüStS vom Stadtrat festzustellen ist. Der Wirtschaftsplan 2007 und der Finanzplan 2007/2010 wurden entsprechend den §§ 2, 3, 4 und 6 WkPV erstellt. Der Wirtschaftsplan (Erfolgs- und Vermögensplan) 2007 sowie der Finanzplan 2007/2010 wurden am 23.11.2006 vom Stadtrat beschlossen.

Der Erfolgsplan schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis ab. Das tatsächliche Jahresergebnis (+402.861,62 EUR) ist somit um 403 TEUR günstiger ausgefallen als geplant. Den gegenüber den Planwerten um 867 TEUR niedrigeren Erträgen stehen um 1.270 TEUR niedrigere Aufwendungen gegenüber.

Der Vermögensplan schließt in den Einnahmen und den Ausgaben mit 7,06 Mio. EUR ab. Die tatsächlichen Ausgaben für Investitionen im Jahr 2007 liegen um ca. 1,34 Mio. EUR unter dem Planansatz (6,88 Mio. EUR) im Vermögensplan. Zeitliche Verzögerungen der Maßnahmen Modernisierung und Sanierung des sog. Sparkassenhauses und Umbauten in der Senioren-Wohnanlage Platnersberg sind für die Planabweichungen ursächlich.

Im Finanzplan 2007/2010 mit einem Gesamtausgabenvolumen von 28,14 Mio. EUR wurden Investitionen in Höhe von 25,24 Mio. EUR berücksichtigt.

# 4.4.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2006 und Entlastung

Der Jahresabschluss 2006 wurde gemäß Art. 103 Abs. 3 GO und Art. 106 GO von Rpr geprüft.

In die Prüfung wurden auch die wirtschaftlichen Verhältnisse einbezogen. Die Ertragslage gestaltete sich auch in 2006 positiv. Nach dem positiven Ergebnis des Jahres 2005 (+ 272 TEUR) konnte auch in 2006 ein Jahresüberschuss (+ 67 TEUR) erzielt werden.

Mit Beschluss des Stadtrates vom 27.02.2007 wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2006 festgestellt und der Werkleitung uneingeschränkte Entlastung erteilt.

### 4.4.4 Jahresabschluss 2007

# 4.4.4.1 Erstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss für 2007, der gemäß § 4 Abs. 1 PBV aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang einschließlich Anlagen- und Fördernachweis besteht, wurde zusammen mit dem Lagebericht am 31.08.2008 erstellt. Mit Wirkung zum 01.01.2007 wurde § 9 Abs. 2 Nr. 4 WkPV gestrichen. Ein Rechenschaftsbericht ist damit im Rahmen der Jahresabschlusserstellung von NüSt nicht mehr anzufertigen. Wesentliche Inhalte des "alten" Rechenschaftsberichtes sind jedoch im Jahresabschluss bzw. im Lagebericht von NüSt enthalten.

Die Daten der Haupt- und Nebenbuchhaltungen (mit Ausnahme der Lohn- und Gehaltsabrechnung) werden seit 01.01.2003 durch das Softwareprodukt SAP R/3 verarbeitet. Die Daten der Lohn- und Gehaltsabrechnung wurden bis Ende 2004 von der Trägerverwaltung im zentralen Verfahren durch das Anwenderprogramm "PAISY" verarbeitet und maschinell in die Hauptbuchhaltung übernommen. Zum 01.01.2005 wurde "PAISY" durch das Personalmodul HR der Firma SAP abgelöst.

### 4.4.4.2 Bilanzentwicklung 2007

Die Entwicklung der Bilanz 2007 wird nachfolgend in komprimierter Form wiedergegeben.

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

NürnbergStift	31.12.2007	31.12.2006	Veränderu	ıng
Nurnbergstift	€	€	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	29.982.840,68	25.426.831,53	4.556.009,15	17,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.471,00	66.205,00	-61.734,00	-93,2
Sachanlagen	29.978.369,68	25.360.626,53	4.617.743,15	18,2
Umlaufvermögen (gesamt)	17.671.496,35	20.650.182,88	-2.978.686,53	-14,4
Vorräte	123.816,95	126.833,67	-3.016,72	-2,4
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	3.494.850,91	3.999.573,80	-504.722,89	-12,6
Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	14.052.828,49	16.523.775,41	-2.470.946,92	-15,0
Rechnungsabgrenzungsposten	30.663,74	30.465,80	197,94	0,6
Bilanzsumme - Aktiva -	47.685.000,77	46.107.480,21	1.577.520,56	3,4
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	19.796.896,34	19.394.034,72	402.861,62	2,1
Stammkapital	620.000,00	620.000,00	0,00	0,0
Kapitalrücklagen	18.435.513,83	18.435.513,83	0,00	0,0
Gewinn-/Verlustvortrag (-)	338.520,89	271.719,49	66.801,40	24,6
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	402.861,62	66.801,40	336.060,22	> 100,0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	4.077.576,08	4.240.940,08	-163.364,00	-3,9
Rückstellungen	10.762.819,72	9.532.000,57	1.230.819,15	12,9
Verbindlichkeiten	13.046.815,07	12.498.117,30	548.697,77	4,4
Rechnungsabgrenzungsposten	893,56	442.387,54	-441.493,98	-99,8
Bilanzsumme - Passiva -	47.685.000,77	46.107.480,21	1.577.520,56	3,4

Die Bilanzsumme des Eigenbetriebes NüSt ist im Jahr 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 1,58 Mio. EUR bzw. 3,4 % gestiegen. Hierbei stehen dem um 4,56 Mio. EUR erhöhten Anlagevermögen der Rückgang der liquiden Mittel um 2,47 Mio. EUR sowie auf der Passivseite ein erhöhter Bestand an Rückstellungen (+ 1,23 Mio. EUR) und Verbindlichkeiten (+ 0,55 Mio. EUR) gegenüber.

Das Anlagevermögen stieg gegenüber dem Vorjahr um 4,56 Mio. EUR auf 29,98 Mio. EUR. Hierbei stehen Zugängen in Höhe von 5,54 Mio. EUR Abschreibungen von 0,98 Mio. EUR gegenüber. Der wesentliche Anteil der Zugänge resultiert aus Investitionen im Zusammenhang mit der Neubaumaßnahme "Pflege- und Therapiezentrum am Wöhrder See" sowie der Modernisierung des Sparkassenhauses.

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

Die liquiden Mittel (Bankkonto, Kassen, externe Festgeldanlagen) nahmen im Geschäftsjahr um 2,47 Mio. EUR auf 14,05 Mio. EUR ab. Unter Berücksichtigung der von NüSt bei der Stadtkasse angelegten (und als Forderungen gegenüber dem Träger ausgewiesenen) Festgelder nahmen die liquiden Mittel um 2,83 Mio. EUR bzw. 14,8 % auf 16,31 Mio. EUR ab. Der Rückgang der liquiden Mittel ist im Wesentlichen auf den gestiegenen Finanzmittelbedarf im Zusammenhang mit den durchgeführten Neubaumaßnahmen zurückzuführen.

Das Eigenkapital erhöhte sich im Berichtsjahr um den Jahresüberschuss in Höhe von 403 TEUR. Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme verringerte sich in 2007 nur geringfügig von 42,1 % auf 41,5 %.

Die Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens entsprechen den Restbuchwerten der mit diesen Mitteln finanzierten Vermögensgegenstände.

Der Bestand an Rückstellungen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 1,23 Mio. EUR. Wesentliche Positionen bilden hierbei die Personalrückstellungen (Urlaub, Überstunden, Altersteilzeitregelungen, Pensionen und Beihilfen) sowie Rückstellungen für ausstehende Instandhaltungsmaßnahmen. Im Jahr 2007 wurden für Sanierungen im August-Meier-Heim und in der Senioren-Wohnanlage St. Johannis nochmals rd. 1,40 Mio. EUR den Rückstellungen zugeführt.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten ist im Wesentlichen auf einen im Berichtsjahr erhöhten Bestand an Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zurückzuführen. Hierbei handelt es sich überwiegend um offene Rechnungen im Zusammenhang mit dem Neubau des Pflege- und Therapiezentrums am Wöhrder See. Der größte Teil der Verbindlichkeiten entfällt auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus langfristigen Wohnungsbaudarlehen in Höhe von 11,02 Mio. EUR (Vorjahr: 11,21 Mio. EUR).

# 4.4.4.3 Erfolgsrechnung 2007

In der nachstehenden Tabelle werden die Erträge und Aufwendungen entsprechend der Gewinn- und Verlustrechnung 2007 und ihre Veränderung zum Vorjahr wiedergegeben.

ANI 1 ANI	2007	2006	Veränder	ıng
NürnbergStift	€	€	absolut	in %
ERTRÄGE	29.048.260,84	29.620.238,81	-571.977,97	-1,9
Erträge aus allg. Pflegeleistungen gemäß PflegeVG und sonstigen Leistungen außerhalb des PflegeVG	16.554.407,55	16.966.658,27	-412.250,72	-2,4
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	4.358.753,08	4.460.494,11	-101.741,03	-2,3
Erträge aus Zusatzleistungen nach PflegeVG	135.118,50	121.968,00	13.150,50	10,8
Erträge aus der gesonderten Berechnung von Investitionskosten	2.338.598,08	2.410.437,97	-71.839,89	-3,0
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	269.073,74	319.146,08	-50.072,34	-15,7
Erhöhung/Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	7.252,93	-6.293,37	13.546,30	> 100,0
Sonstige betriebliche Erträge	3.950.829,64	4.168.533,26	-217.703,62	-5,2
Erträge aus öffentlicher und nicht öffentlicher Förderung von Investitionen	5.775,22	5.007,36	767,86	15,3
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten	180.533,69	184.924,74	-4.391,05	-2,4
Zinsen und ähnliche Erträge	743.056,81	490.675,44	252.381,37	51,4
Außerordentliche Erträge	367.774,43	69.599,74	298.174,69	> 100,0
Weitere Erträge	137.087,17	429.087,21	-292.000,04	-68,1
AUFWENDUNGEN	28.645.399,22	29.553.437,41	-908.038,19	-3,1
Personalaufwand	17.141.955,20	19.247.806,60	-2.105.851,40	-10,9
Materialaufwand	6.460.032,86	6.712.634,69	-252.601,83	-3,8
Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	800.404,30	865.480,79	-65.076,49	-7,5
Steuern, Abgaben, Versicherung	337.769,66	246.369,75	91.399,91	37,1
Mieten, Pacht, Leasing	227.919,63	247.301,38	-19.381,75	-7,8
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten	250.899,04	37.876,01	213.023,03	> 100,0
Abschreibungen	1.012.222,43	1.048.229,73	-36.007,30	-3,4
Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	2.023.679,79	865.795,63	1.157.884,16	> 100,0
Sonstige ordentliche Aufwendungen	51.567,47	40.731,44	10.836,03	26,6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	270.744,33	207.861,69	62.882,64	30,3
Außerordentliche Aufwendungen	68.204,51	33.349,70	34.854,81	> 100,0
ERGEBNIS	402.861,62	66.801,40	336.060,22	> 100,0

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

NüSt erzielte auch im Geschäftsjahr 2007 ein positives Jahresergebnis. Nach den Jahresüberschüssen in den Jahren 2004 bis 2006 konnte das Ergebnis nochmals auf 403 TEUR gesteigert werden, was gleichzeitig das beste Ergebnis seit der Gründung des Eigenbetriebes im Jahr 1999 bedeutet. Hierbei steht den im Vergleich zum Vorjahr um 572 TEUR verminderten Erträgen der Rückgang der Aufwendungen um 908 TEUR gegenüber.

Die Leistungserträge haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 572 TEUR bzw. 2,4 % vermindert. Diese Entwicklung ist insbesondere auf den Belegungsrückgang (- 6.623 Behandlungstage bzw. -2,0 %) zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge nahmen um 218 TEUR oder 5,2 % ab. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus geringeren Erstattungen für Gestellungskräfte durch die NüStSG. Des Weiteren enthalten die sonstigen betrieblichen Erträge neben Erträgen aus Vermietung und Verpachtung (1,30 Mio. EUR) unter anderem die von der Stadt Nürnberg geleistete Kostenerstattung für Versorgungslasten für frühere Mitarbeiter/innen in Höhe von 1,11 Mio. EUR.

Die Personalaufwendungen, die im Jahr 2007 61,5 % (Vorjahr: 66,1 %) der Betriebsaufwendungen umfassen, sind um 2,11 Mio. EUR bzw. 10,9 % gesunken. Diese Entwicklung ist auf eine im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringere Zuführung zu den Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen zurückzuführen. Die um die Rückstellungsbuchungen bereinigten Personalkosten blieben im Vergleich zum Vorjahr mit 15,72 Mio. EUR nahezu unverändert (-0,4 %).

Die Sachaufwendungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 945 TEUR bzw. 10,5 % auf 9,93 Mio. EUR. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung haben die im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegenen Aufwendungen für Wartung und Instandhaltung (+ 1,16 Mio. EUR). Demgegenüber stehen belegungsbedingt verminderte Aufwendungen des Wirtschaftsbedarfs (- 305 TEUR).

Das Ergebnis einer Betriebsprüfung des Zentralfinanzamts Nürnberg wurde durch die Bildung einer Steuerrückstellung in Höhe von 90 TEUR berücksichtigt. Demzufolge kam es zu einer Erhöhung der Aufwendungen für Steuern, Abgaben und Versicherungen um 91 TEUR bzw. 37,1 % auf 338 TEUR.

Im Finanzergebnis in Höhe von 472 TEUR (Vorjahr: 213 TEUR) stehen sich Zinserträge von 743 TEUR und Zinsaufwendungen aus Darlehensverpflichtungen in Höhe von 271 TEUR gegenüber.

In den außerordentlichen Erträgen des Geschäftsjahres sind im Wesentlichen Erträge aus Spendengeldern (240 TEUR) sowie periodenfremde Erträge (128 TEUR) enthalten. Zweckgebundene Spenden wurden über die Zuführung zu entsprechenden Verbindlichkeiten im Jahresabschluss berücksichtigt.

### 4.4.4.4 Prüfung des Jahresabschlusses 2007

#### 4.4.4.4.1 Prüfungsergebnis

Wie in den Vorjahren wurde der Jahresabschluss 2007 des Eigenbetriebes NüSt von Rpr gemäß Art. 103 Abs. 3 GO und Art. 106 GO geprüft. Das Prüfungsergebnis wurde im "Bericht über

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007 des Eigenbetriebes NürnbergStift" vom 17.10.2008 dokumentiert.

Nach dem zusammengefassten Prüfungsergebnis des Rpr

- entsprechen die Buchführung und der Jahresabschluss 2007 sowie der Lagebericht den Rechtsvorschriften,
- vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanzund Ertragslage des Eigenbetriebes NürnbergStift,
- ergaben sich im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses keine Anhaltspunkte dafür, dass die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung in Frage gestellt werden müsste.

#### 4.4.4.4.2 Begutachtung durch den Werkausschuss

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2007 wurde dem Werkausschuss am 02.10.2008 vorgelegt.

Der Werkausschuss (NüSt) begutachtete den Jahresabschluss 2007 für den Eigenbetrieb NürnbergStift und empfahl dem Stadtrat:

- die Feststellung des Jahresabschlusses 2007 sowie die Erteilung der uneingeschränkten Entlastung gem. Art. 102 Abs. 3 GO und
- den Jahresüberschuss 2007 in Höhe von 402.861,62 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

# 4.4.5 IuK-Prüfung Rechnungswesen, Berechtigungs- und Systemprüfung

#### Prüfungsbericht vom 09.07.2007

Prüfungsgegenstand waren die grundlegenden systemtechnischen Anforderungen an Sicherheit und Ordnungsmäßigkeit im Basisbereich zur Gewährleistung der ordnungsgemäßen Verarbeitung der Daten im Produktivsystem. Die Administration der für NüSt eingesetzten SAP-Systeme erfolgt durch OrgA. Über das Ergebnis der Prüfung wurde bereits im Sachverständigenbericht Teil I zum Jahresabschluss 2006 (Seite 102) berichtet.

Im Zuge des Releasewechsels 2008 erfolgte – wie von NüSt zugesagt – die Ausräumung aller wesentlichen Feststellungen. In einem Gespräch am 30.10.2008 zwischen OrgA und Rpr wurde der aktuelle Sachstand der noch offenen Feststellungen erörtert; OrgA hat dabei angekündigt, dass die restlichen Feststellungen bis Ende 2008 ausgeräumt werden.

Die Prüfung ist abgeschlossen.

### 4.5 Jahresabschluss 2007 von FSN

# 4.5.1 Allgemeines

Die Aufgabe des Eigenbetriebes Franken-Stadion Nürnberg (FSN) einschließlich etwaiger Neben- und Hilfsbetriebe war der Umbau des bestehenden Stadions auf der Grundlage des Pflichtenheftes anlässlich der Teilnahme der Stadt Nürnberg als Austragungsort für die Fußballweltmeisterschaft 2006 und die Mitwirkung an der Vorbereitung der Fußballweltmeisterschaft 2006. Das weitere Ziel, den laufenden Betrieb des Stadions unter Berücksichtigung des Werterhalts an eine private Betreibergesellschaft zu vermieten oder zu verpachten, konnte ebenfalls realisiert werden. Das operative Geschäft der Betriebsführung des Stadions ist seit 01.07.2005 vollständig durch die Franken-Stadion Nürnberg Betriebs GmbH übernommen worden.

Die Franken-Stadionbetriebssatzung (FSBS) vom 21.06.2002, geändert durch Satzung vom 04.11.2002 enthält u. a. Bestimmungen über die Organe des Eigenbetriebes und Regelungen hinsichtlich der Aufgaben bzw. Zuständigkeiten der Werkleitung, des Werkausschusses, des Stadtrats sowie des Oberbürgermeisters. Nach § 1 Abs. 3 FSBS ist dem Betrieb kein Stammkapital zugeordnet. Die FSBS wird ergänzt durch eine Geschäftsanweisung für die Werkleitung, welche die Aufgaben sowie die Arbeits- und Verfahrensweise der Werkleitung regelt.

# 4.5.2 Haushaltssatzung, Wirtschaftsplan, Finanzplanung

### 4.5.2.1 Haushaltssatzung

Mit der Haushaltssatzung der Stadt für das Haushaltsjahr 2007 vom 23.11.2006 war für FSN keine Kreditermächtigung für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen vorgesehen. Im Vermögensplan waren ebenfalls keine Verpflichtungsermächtigungen festgesetzt. Ebenso waren keine Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan vorgesehen.

Die Haushaltssatzung trat zum 01.01.2007 in Kraft.

### 4.5.2.2 Wirtschafts- und Finanzplan

Der Wirtschaftsplan 2007 besteht aus Erfolgs-, Vermögens- und Finanzplan sowie dem Investitionsprogramm und einer Stellenübersicht. Er wurde am 23.11.2006 vom Stadtrat beschlossen.

Die Planansätze des <u>Erfolgsplanes 2007</u> sah Erträge von 2,814 Mio. EUR und Aufwendungen von 4,015 Mio. EUR vor, so dass sich ein Jahresverlust in Höhe von 1,201 Mio. EUR errechnete.

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

Tatsächlich ergab sich 2007 ein Jahresverlust von 3,691 Mio. EUR.

Der Vermögensplan 2007 umfasste einen Finanzbedarf von 882 TEUR für Darlehenstilgung.

Die <u>Finanzplanung</u> der Jahre 2006 bis 2010 umfasst ab 2007 ausschließlich Darlehenstilgungen in Höhe von insgesamt 3,752 TEUR.

# 4.5.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2006 sowie Entlastung

Die Vorjahresabschluss wurde vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Mit Beschluss vom 27.02.2008 hat der Stadtrat den Jahresabschluss 2006 festgestellt, uneingeschränkte Entlastung erteilt und festgelegt, den Jahresfehlbetrag 2006 in Höhe von 4,140 Mio. EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

### 4.5.4 Jahresabschluss 2007

### 4.5.4.1 Erstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2007, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang und Lagebericht wurde am 22.08.2008 erstellt.

### 4.5.4.2 Bilanzentwicklung 2007

Die Entwicklung der Bilanz 2007 wird nachfolgend in komprimierter Form wiedergegeben:

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

Ford or State Nill and the	31.12.2007	31.12.2006	Veränderu	ıng
Franken-Stadion Nürnberg	€	€	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	58.543.098,00	60.365.523,00	-1.822.425,00	-3,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	410,00	719,00	-309,00	-43,0
Sachanlagen	58.542.688,00	60.364.804,00	-1.822.116,00	-3,0
Umlaufvermögen (gesamt)	326.543,25	2.881.304,14	-2.554.760,89	-88,7
Vorräte	0,00	0,00	0,00	0,0
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	131.995,63	746.624,86	-614.629,23	-82,3
Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	194.547,62	2.134.679,28	-1.940.131,66	-90,9
Bilanzsumme - Aktiva -	58.869.641,25	63.246.827,14	-4.377.185,89	-6,9
PASSIVA				
Eigenkapital (gesamt)	20.744.418,53	24.435.248,02	-3.690.829,49	-15,1
Stammkapital	0,00	0,00	0,00	0,0
Allgemeine und zweckgebundene Rücklage	31.131.242,90	33.097.636,90	-1.966.394,00	-8,0
Gewinn-/Verlustvortrag (-)	-10.386.824,37	-8.662.388,88	-1.724.435,49	19,9
Rückstellungen	51.840,00	1.289.571,99	-1.237.731,99	-96,0
Verbindlichkeiten	38.073.382,72	37.522.007,13	551.375,59	1,5
Bilanzsumme - Passiva -	58.869.641,25	63.246.827,14	-4.377.185,89	-6,9

Die Aktivseite wird weiterhin durch das Anlagevermögen bestimmt; abschreibungsbedingt nahm es 2007 um 1,822 Mio. EUR auf 58,543 Mio. EUR ab. Ebenso verringerte sich das Umlaufvermögen um 2,555 Mio. EUR, da in den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen des Vorjahres Umsatzsteuerforderungen von 577 TEUR enthalten waren und zum Bilanzstichtag 31.12.2007 um 1,94 Mio. EUR niedrigere Flüssige Mittel ausgewiesen sind. Insgesamt verminderte sich die Bilanzsumme um 4,377 Mio. EUR auf 58,870 Mio. EUR.

Auf der Passivseite wurden der allgemeinen Rücklage Verlustausgleichszahlungen der Stadt für die Jahre 2002 bis 2004 in Höhe von 1,966 Mio. EUR entnommen und mit dem Verlustvortrag verrechnet. Infolge des Jahresverlustes 2007 verringerte sich damit das Eigenkapital um 3,691 Mio. EUR auf 20,744 Mio. EUR. In den Rückstellungen des Vorjahres war eine Rückstellung für ausstehende Rechnungen in Höhe von 1,2 Mio. EUR enthalten, die teils in Anspruch genommen und teils als Verbindlichkeit gegenüber der Stadt umgebucht wurde. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditanstalten haben sich tilgungsbedingt um 2,4 Mio. EUR vermindert, während insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt um 3,1 Mio. EUR zugenommen haben; per Saldo ergibt sich bei den Verbindlichkeiten eine Zunahme um 551 TEUR auf 38,073 Mio. EUR.

## 4.5.4.3 Erfolgsrechnung 2007

In der nachstehenden Tabelle werden die Erträge und Aufwendungen 2007 aus der Gewinnund Verlustrechnung und ihre Veränderung zum Vorjahr wiedergegeben:

Franker Otalian Nilmakara	2007	2006	Veränder	ung
Franken-Stadion Nürnberg	€	€	absolut	in %
ERTRÄGE	2.375.518,19	5.563.795,12	-3.188.276,93	-57,3
Umsatzerlöse	2.352.867,57	5.226.360,25	-2.873.492,68	-55,0
Aktivierte Eigenleistungen	0,00	306.984,55	-306.984,55	-100,0
Sonstige betriebliche Erträge	22.443,32	13.080,82	9.362,50	71,6
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	207,30	17.369,50	-17.162,20	-98,8
AUFWENDUNGEN	6.066.347,68	9.703.834,12	-3.637.486,44	-37,5
Materialaufwand	0,00	11.837,31	-11.837,31	-100,0
Personalaufwand	261.576,46	449.401,38	-187.824,92	-41,8
Abschreibungen	2.931.950,37	2.878.587,69	53.362,68	1,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.613.577,10	5.085.866,30	-3.472.289,20	-68,3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.259.243,75	1.278.141,44	-18.897,69	-1,5
Sonstige Steuern	0,00	0,00	0,00	0,0
ERGEBNIS	-3.690.829,49	-4.140.039,00	449.209,51	-10,9

Die Umsatzerlöse resultieren größtenteils aus dem Betreiberentgelt von 2,272 Mio. EUR. Im Vorjahr waren noch zusätzlich die Einnahmen aus der WM 2006 in Höhe von 3,231 Mio. EUR enthalten. Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen Erlöse aus Anlagenabgängen (13 TEUR) sowie periodenfremde Erträge (10 TEUR).

Der Wegfall des Materialaufwandes beruht auf der Übernahme durch die Betreibergesellschaft. Die durch FSN zu tragenden Unterhaltsaufwendungen (170 TEUR) sind bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Der Rückgang des Personalaufwandes ist auf die Reduzierung des Personalbestandes zurückzuführen. Die Erhöhung der Abschreibungen ergibt sich insbesondere aus nachträglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten des umgebauten Frankenstadions. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 1,121 Mio. EUR enthalten. Hierbei handelt es sich um verauslagte Kosten des WM Büros, die im Rahmen der FIFA-Fußball-WM 2006 angefallen sind. Die Höhe der hierfür erwarteten Fördermittel war zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses 2007 noch nicht bekannt. Der Zinsaufwand ermäßigte sich tilgungsbedingt.

Das gegenüber dem Wirtschaftsplan wesentlich schlechtere Ergebnis von 3,691 Mio. EUR ist neben den höheren Abschreibungen hauptsächlich auf die periodenfremden Aufwendungen im Zusammenhang mit der Fußball-WM 2006 zurückzuführen. Eine zeitnahe Unterrichtung des Werkausschusses ist ebenso nicht erfolgt wie eine diesbezügliche Änderung des Wirtschaftsplans 2007.

#### 4.5.4.4 Prüfung des Jahresabschlusses 2007

#### 4.5.4.4.1 Bestätigungsvermerk

Entsprechend der Dringlichen Anordnung des Oberbürgermeisters vom 20.08.2008 wurde wiederum der Bayerische Kommunale Prüfungsverband (BKPV) mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2007 beauftragt.

Der Wirtschaftsprüfer hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2007 sowie für den Lagebericht 2007 erteilt; die Ertragslage wird als unbefriedigend bezeichnet.

Als zusammenfassendes Ergebnis stellten die Prüfer u. a. fest:

- Die Buchführung entspricht den Grundsätzen der Ordnungsmäßigkeit.
- Der Jahresabschluss 2007, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang, ist richtig aus den Büchern entwickelt und entspricht den gesetzlichen Vorschriften.
- Der Jahresabschluss vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.
- Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss; die Risiken der künftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt.
- Der Kapitalaufbau ist durch langfristige Eigen- und Fremdfinanzierung geprägt. Der Eigenkapitalanteil ist als zufriedenstellend zu bezeichnen.
- Der finanzielle Spielraum war erheblich eingeschränkt.
- Der Grundsatz, langfristiges Vermögen langfristig zu finanzieren, war am Bilanzstichtag nicht gewahrt.
- Die Ertragslage ist, wie oben bereits erwähnt, weiterhin als unbefriedigend zu bezeichnen. Allerdings wurde der hohe Jahresverlust auch durch die nachträglichen Aufwendungen der Fußballweltmeisterschaft 2006 verursacht. Demgegenüber stehen monetär nicht messbare Vorteile für die Stadt Nürnberg.
- Die Geschäftsführung ist mit Ausnahme der nicht erfolgten Anpassung des Wirtschaftsplans 2007 ordnungsgemäß.

#### 4.5.4.4.2 Begutachtung durch den Werkausschuss

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2007, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, wurde zusammen mit dem Lagebericht und dem Testat des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes vom 24.09.2008 am 08.10.2008 dem Werkausschuss vorgelegt.

Der Werkausschuss hat den Bestätigungsvermerk des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes zur Kenntnis genommen und den Jahresabschluss zum 31.12.2007 sowie den Lagebericht 2007 begutachtet und dem Stadtrat empfohlen zu beschließen:

Abschnitt 4: Jahresabschlüsse 2007 der Eigenbetriebe

Der Jahresabschluss 2007

- mit einer Bilanzsumme von 58.869.641,25 EUR
- mit einem Jahresfehlbetrag von 3.690.829,49 EUR

wird festgestellt

Der Jahresfehlbetrag wird auf das Folgejahr vorgetragen

#### 4.5.5 Technische Prüfung

Die nachstehenden Vorgänge erfassen ausschließlich Fälle, bei denen FSN als Baudienststelle selbst bzw. mit externer Unterstützung tätig war.

An VOB/VOL-Vergaben wurden gemäß der Schwellenwerte der Vergaberichtlinien (VRL) 16 Vorgänge (ausschließlich Nachtragsangebote) in Höhe von 1,89 Mio. EUR bei uns vorgelegt, die zugehörigen Hauptaufträge beliefen sich auf insgesamt 11,73 Mio. EUR.

Sämtliche vorgelegten Nachtragsangebote waren entgegen der einschlägigen Vorschriften bereits ausgeführt.

Aus der Beachtung von Prüfungsfeststellungen zu den Nachträgen ergaben sich im Haushaltsjahr 2007 finanzielle Verbesserungen in Höhe von 117.974 EUR.

## 5 STAATSTHEATER NÜRNBERG

## 5.1 Jahresrechnung zum 31.08.2007

# 5.1.1 Gesetz zur Errichtung der "Stiftung Staatstheater Nürnberg" (StNG)

In der Vereinbarung zwischen dem Freistaat und der Stadt Nürnberg vom 16.09.2003 wurde festgelegt, dass das Theater Nürnberg künftig in gemeinsamer Trägerschaft von Freistaat und Stadt Nürnberg als Staatstheater Nürnberg betrieben werden soll. Zu diesem Zweck wurde die Stiftung Staatstheater Nürnberg als eine Stiftung des öffentlichen Rechts durch Gesetz des Bayerischen Landtags vom 27.12.2004 zum 01.01.2005 gegründet.

Im Gesetz zur Errichtung der "Stiftung Staatstheater Nürnberg" sind u.a. die im folgenden kurz beschriebenen Inhalte festgelegt.

Zweck der Stiftung ist die Förderung der darstellenden Kunst. Zu diesem Zweck übernahm die Stiftung das vorher von der Stadt Nürnberg getragene Theater Nürnberg und führt dessen Betrieb unter dem Namen Staatstheater Nürnberg fort. Hierbei verfolgt die Stiftung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinn des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Als Stiftungsvermögen übereignete die Stadt Nürnberg alle den Zwecken des Staatstheaters Nürnberg dienenden beweglichen Vermögensgegenstände unentgeltlich der Stiftung.

Als Stiftungsorgane wurden der Stiftungsrat und der Stiftungsvorstand eingerichtet. Der Stiftungsrat überwacht die Tätigkeit des Stiftungsvorstands. Er besteht aus sechs Mitgliedern, von denen drei vom Freistaat Bayern und drei von der Stadt Nürnberg bestellt und abberufen werden. Der Stiftungsvorstand besteht aus dem Staatsintendanten und dem geschäftsführenden Direktor. Er führt nach Maßgabe des Gesetzes zur Errichtung der "Stiftung Staatstheater Nürnberg" sowie der Stiftungssatzung und entsprechend den Richtlinien sowie Beschlüssen des Stiftungsrates die Geschäfte der Stiftung.

Abschnitt 5: Staatstheater Nürnberg

## 5.1.2 Stiftungssatzung

Die Satzung der Stiftung Staatstheater Nürnberg (StNüS) enthält nähere Bestimmungen über die Verwaltung der Stiftung und die Tätigkeit ihrer Organe sowie Einzelheiten zum Vollzug des Gesetzes zur Errichtung der Stiftung Staatstheater Nürnberg. Die StNüS regelt u.a. die Aufgaben des Stiftungsrates und des Stiftungsvorstandes. Weiterhin ist in § 8 Abs. 2 der StNüS bestimmt, dass durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg die Jahresrechnung der Stiftung Staatstheater Nürnberg zu prüfen ist.

Die StNüS wurde in der Stiftungsratssitzung am 09.02.2005 gemäß Art. 8 Abs. 3 und Art. 11 Abs. 1 Satz 1 StNG beschlossen. Gemäß Art. 11 Abs. 1 Satz 2 wurde die Stiftungssatzung der Stiftungsaufsicht (Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst) zur Genehmigung vorgelegt. Mit Schreiben vom 07.07.2005 hat die Stiftungsaufsicht die Stiftungssatzung mit dem Hinweis genehmigt, dass aus ihrer Sicht noch wenige redaktionelle Änderungen vorzunehmen wären. Diese wurden im Umlaufverfahren vom Stiftungsrat mit Schreiben vom 07.07.2006 als beschlossen vermerkt.

#### 5.1.3 Bewirtschaftungsgrundsätze

Die Bewirtschaftungsgrundsätze enthalten unter Ziffer 1 Ausführungen zum Haushalts- und Wirtschaftsjahr. Demnach umfasst das Haushalts- und Wirtschaftsjahr der Stiftung Staatstheater Nürnberg den Zeitraum vom 01.09. eines Jahres bis zum 31.08. des Folgejahres. Weiterhin sind in den Bewirtschaftungsgrundsätzen Festlegungen zum Wirtschaftsplan und zur Jahresrechnung getroffen.

#### 5.1.4 Wirtschaftsplan 2006/2007

Nach § 6 Abs. 1 StNüS Ziffer 5 ist der Stiftungsrat der Stiftung Staatstheater Nürnberg für die Feststellung des Wirtschaftsplans zuständig. Der Wirtschaftsplan besteht nach Nr. 2a der Bewirtschaftungsgrundsätze für die Stiftung Staatstheater Nürnberg aus dem Erfolgsplan und dem Finanzplan. Einen Erfolgsplan gab es für die Spielzeit 2006/2007 nicht. Der Finanzplan, der gemäß Nr. 2a der Bewirtschaftungsgrundsätze für die Stiftung Staatstheater Nürnberg alle geplanten Einnahmen und Ausgaben für den gewöhnlichen Theaterbetrieb sowie für Investitionen umfassen soll, schloss für die Spielzeit 2006/2007 mit einem Jahresergebnis in Höhe von 1 TEUR ab.

Das Ergebnis It. Finanzrechnung ergibt für die Spielzeit 2006/2007 einen Ergebnisüberschuss in Höhe von 641 TEUR. Die Differenz zwischen Finanzplan und Finanzrechnung ist im Wesentlichen auf nicht vollständig eingeplante Abgrenzungen und Abschreibungen zurückzuführen.

## 5.1.5 Erstellung der Jahresrechnung

Die Jahresrechnung besteht gemäß 2b der Bewirtschaftungsgrundsätze der Stiftung Staatstheater Nürnberg aus der Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie dem Anhang und dem Lagebericht. Sie ist um eine Finanzrechnung zu ergänzen. Bezogen auf das Haushalts- und Wirtschaftsjahr stellt die Finanzrechnung die Ergebnisrechnung zum Finanzplan dar. Sämtliche zur

Abschnitt 5: Staatstheater Nürnberg

Jahres- und Finanzrechnung von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden von den Verantwortlichen der Stiftung Staatstheater Nürnberg im gewünschten Umfang erteilt.

#### 5.2 Bilanz zum 31.08.2007

Die Entwicklung der Bilanz zum 31.08.2007 wird nachfolgend in komprimierter Form – im Vergleich zum Vorjahresstichtag – wiedergegeben.

2	31.12.2007	31.12.2006	Veränderu	ıng
Staatstheater Nürnberg	EUR	EUR	absolut	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen (gesamt)	2.670.229,00	2.607.968,00	62.261,00	2,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	21.218,00	30.817,00	-9.599,00	-31,1
Sachanlagen	2.636.761,00	2.564.901,00	71.860,00	2,8
Finanzanlagen	12.250,00	12.250,00	0,00	0,0
Umlaufvermögen (gesamt)	5.171.038,72	3.717.757,51	1.453.281,21	39,1
Vorräte	499.875,49	464.680,30	35.195,19	7,5
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	4.481.231,36	2.997.236,05	1.483.995,31	49,5
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	189.931,87	255.841,16	-65.909,29	-25,8
Rechnungsabgrenzungsposten	720.220,89	4.181,12	716.039,77	> 100,0
Bilanzsumme - Aktiva -	8.561.488,61	6.329.906,63	2.231.581,98	35,2
PASSIVA				
Eigenkapital	1.953.342,74	1.603.514,42	349.828,32	21,8
Rückstellungen	1.840.990,71	1.660.122,94	180.867,77	10,9
Verbindlichkeiten	4.006.915,16	2.974.723,27	1.032.191,89	34,7
Rechnungsabgrenzungsposten	760.240,00	91.546,00	668.694,00	> 100,0
Bilanzsumme - Passiva -	8.561.488,61	6.329.906,63	2.231.581,98	35,2

Die Bilanzsumme der Stiftung Staatstheater Nürnberg hat sich im Vergleich zum 31.08.2006 um 2,232 TEUR bzw. 35,2% erhöht. Dies ist im Wesentlichen auf die erstmals vollständig vorgenommenen Abgrenzungen zum Bilanzstichtag zurückzuführen.

Das Anlagevermögen beinhaltet immaterielle Vermögensgegenstände, das Sachanlagevermögen sowie die Finanzanlagen. Insgesamt standen Zugängen in Höhe von 1.171 TEUR Abgänge in Höhe von 218 TEUR (Buchwert 11 TEUR) und Abschreibungen in Höhe von 1.098 TEUR gegenüber. Die wesentlichen Zugänge betreffen dabei mit 720 TEUR das Inszenierungsvermögen.

Abschnitt 5: Staatstheater Nürnberg

Die Vorräte setzen sich aus den Posten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie dem Fundus zusammen. Die Vorräte erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag mit 35 TEUR unwesentlich. Für den Fundus wurde bereits bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz ein Festwert von 283 TEUR festgesetzt. Dieser wurde von der Bayerischen Treuhandgesellschaft bei der Prüfung der Eröffnungsbilanz bestätigt und zum Bilanzstichtag beibehalten. Eine erneute Zählung des Fundus ist zum 31.08.2008 vorgesehen.

Unter den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen ist auch das Kontokorrentkonto bei der Stadtkasse Nürnberg enthalten. Dies belief sich zum 31.08.2007 auf 3.484 TEUR. Die liquiden Mittel (inklusive der Forderungen gegenüber dem Stiftungsträger Stadt Nürnberg aus der Anlage der liquiden Mittel auf dem Kontokorrentkonto bei der Stadt Nürnberg) erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 945 TEUR.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet mit 360 TEUR bereits gezahlte Mietaufwendungen für Anmietungen ab dem 01.05.2008. Darüber hinaus wurden bereits angefallene Ausgaben für den Opernball 2007 sowie für Aufführungen in den Spielzeiten 2007/2008 und 2008/2009 abgegrenzt.

Das Eigenkapital nahm in Höhe des Jahresüberschusses von 350 TEUR auf 1.953 TEUR zu. Das im Vorjahr erwirtschaftete Jahresergebnis wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme beträgt damit 22,8 %.

Die Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für nicht genommen Urlaub, Gleitzeitüberhänge und Überstunden sowie Altersteilszeit. Insgesamt erhöhten sich die Rückstellungen um 181 TEUR auf 1.841 TEUR. Dies ist vor allem auf die Personalrückstellungen zurückzuführen. Darüber hinaus machen sich auch die vorgenommenen Abgrenzungen in den Rückstellungen bemerkbar. Pensionsrückstellungen müssen von der Stiftung Staatstheater Nürnberg nicht gebildet werden, da die Pensionslasten von der Stadt Nürnberg getragen werden. Die Stiftung Staatstheater Nürnberg zahlt hierfür an die Stadt Nürnberg einen Versorgungszuschlag.

Die Verbindlichkeiten umfassen erhaltene Anzahlungen, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Verbindlichkeiten um 1.032 TEUR auf 4.007 TEUR erhöht. Dies resultiert im Wesentlichen aus noch nicht bereinigten Abrechnungskonten, denen jedoch auch Forderungen gegenüberstehen, so dass sich per Saldo eine Forderung in Höhe von 12 TEUR ergibt.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet mit 302 TEUR Einnahmen für den im folgenden Geschäftsjahr stattfindenden Opernball und mit 430 TEUR Zuschüsse der Stadt Nürnberg für die Spielzeit 2007/2008.

## 5.3 Erfolgsrechnung 2006/2007

Die folgende Darstellung gibt einen Überblick über die Gewinn- und Verlustrechnung des Wirtschaftsjahres 2006/2007 (01.09.2006 – 31.08.2007) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

	01.09.2006	01.09.2005
Staatstheater	31.08.2007	31.08.2006
	EUR	EUR
ERTRÄGE	37.033.424,78	37.936.049,40
Umsatzerlöse	5.445.760,70	6.571.538,34
Aktivierte Eigenleistungen	720.404,32	873.153,84
Sonstige betriebliche Erträge	30.692.362,71	30.361.050,55
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	174.897,05	130.306,67
AUFWENDUNGEN	36.683.596,46	37.871.415,54
Materialaufwand	4.141.049,95	1.976.933,08
Personalaufwand	25.649.643,04	28.772.492,95
Abschreibungen	1.097.847,28	968.866,02
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.795.056,19	6.153.123,49
JAHRESÜBERSCHUSS(+)/JAHRESFEHLBETRAG(-)	+ 349.828,32	+ 64.633,86

Die Umsatzerlöse beinhalten im Wesentlichen Einnahmen aus Eintrittsgeldern, Einnahmen aus dem Opernball, Einnahmen aus Gastspielen sowie aus Garderobengebühren. Die Einnahmenreduzierung betrifft nahezu alle Bereiche, wobei vor allem im Gastspielbereich eine deutliche Einnahmenreduzierung zu verzeichnen war. Diese ist auf die in der Vorsaison stattgefundenen Showboat-Aufführungen zurückzuführen. Darüber hinaus schlagen sich die erstmals vollständig vorgenommenen Abgrenzungen auch im Umsatzbereich nieder.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind die Betriebskostenzuschüsse des Freistaates Bayern sowie der Stadt Nürnberg ausgewiesen. Diese beliefen sich im geprüften Wirtschaftsjahr auf 11.960 TEUR bzw. 17.544 TEUR. Weiterhin umfasst dieser Ertragsposten Einnahmen aus Spenden und Sponsoring sowie die anteilige Gewinnausschüttung der Staatstheater Nürnberg Service GmbH.

Die Materialaufwendungen betreffen mit 658 TEUR Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie mit 3.483 TEUR Aufwendungen für bezogene Leistungen. Insgesamt erhöhten sich die Materialaufwendungen vor allem auf Grund der Tatsache, dass die im Vorjahr noch unter den Personalaufwendungen ausgewiesenen Aufwendungen für Gäste in Höhe von 2.432 TEUR ab dem aktuellen Berichtsjahr als Materialaufwendungen ausgewiesen werden.

Die Personalaufwendungen betreffen mit 19.980 TEUR Aufwendungen für Löhne und Gehälter sowie mit 5.670 TEUR Aufwendungen für soziale Abgaben. Die Reduzierung der Personalaufwendungen insgesamt resultiert im Wesentlichen aus der unter den Materialaufwendungen beschriebenen Umgliederung.

Abschnitt 5: Staatstheater Nürnberg

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 205 TEUR. Diese betreffen im Wesentlichen Nachzahlungen an das Finanzamt aus einer Umsatzsteuersonderprüfung sowie Aufwendungen aus Anpassungen der Inventurbestände. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen der aktuellen Berichtsperiode betreffen vor allem Fertigungs- und Vertriebsaufwendungen in Höhe von 1.071 TEUR. Diese beinhalten überwiegend Urheberrechtstantiemen, Aufwendungen für die Anfertigung von Spielplänen, Verkaufsprovisionen und Betriebskantinenzuschüsse. Darüber hinaus fielen Aufwendungen für Energie, Wasser und Grundabgaben in Höhe von 959 TEUR sowie Aufwendungen für den Unterhalt von Liegenschaften in Höhe von 2.042 TEUR an.

## 5.4 Prüfungsergebnis

Aufgrund § 8 Abs. 2 der StNüS wurde die Jahresrechnung zum 31.08.2007 durch Rpr geprüft. Das Prüfungsergebnis wurde im "Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung zum 31. August 2007 der Stiftung Staatstheater Nürnberg" vom 07.04.2008 dokumentiert.

Nach dem zusammengefassten Prüfungsergebnis des Rpr

- entspricht die Buchführung und die Jahresrechnung zum 31.08.2007 den Rechtsvorschriften,
- vermittelt die Jahresrechnung unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanzund Ertragslage der Stiftung Staatstheater Nürnberg,
- steht der Lagebericht im Einklang mit der Jahresrechnung und spiegelt insgesamt die Lage der Stiftung Staatstheater Nürnberg zutreffend wider,
- ergaben sich im Rahmen der Prüfung der Jahresrechnung keine Anhaltspunkte dafür, dass die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung in Frage gestellt werden müsste.

# 5.5 Feststellung der Jahresrechnung und Entlastung des Stiftungsvorstandes

Die nächste Stiftungsratssitzung ist für Ende November 2008 geplant und sieht die Feststellung der Jahresrechnung sowie die Entlastung des Stiftungsvorstandes auf Basis unserer Abschlussprüfung vor.

# 6 ZENTRALE ANLAUFSTELLE FÜR KORRUPTIONSPRÄ-VENTION

#### Vorbemerkung

Am 09. Dezember 2004 fand der erste weltweite Anti-Korruptionstag statt. Am 09. Dezember 2008 jährt er sich zum fünften Mal. Warum gerade dieses Datum? Am 09. Dezember 2003 haben über 100 Staaten die UN-Konvention gegen Korruption unterzeichnet. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat die Unterzeichnung zum Anlass genommen, den 09. Dezember zum weltweiten Anti-Korruptionstag auszurufen.

Mit dieser Aktion soll eindringlich daran erinnert werden, dass der Kampf gegen die Korruption eine Aufgabe darstellt, die ständig und weltweit wahrgenommen werden muss.

#### Einrichtung einer Zentralen Anlaufstelle für Korruptionsprävention

Bei der Stadt besitzt die Korruptionsprävention seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert. Die Stadt hat Anfang 2001, neben den bereits in der Vergangenheit installierten organisatorischen Maßnahmen (u.a. im Vergabe- und Anordnungswesen) beim Rechnungsprüfungsamt eine Zentrale Anlaufstelle für Korruptionsprävention eingerichtet.

Ihre Aufgaben sind vor allem:

- Beratungs- und Aufklärungsarbeit
- Unterstützung bei der Ausarbeitung dienststelleninterner Präventionsmaßnahmen und Kontrollmechanismen
- Entgegennahme und Überprüfung von Hinweisen (auch anonymen)

#### Ergebnisse in der Korruptionsbekämpfung

Es wäre zu einfach, erfolgreiche Korruptionsarbeit an Hand von Zahlen zu beurteilen. Sicherlich gehen bei der Zentralen Anlaufstelle verschiedene anonyme Schreiben und auf der "Hotline" anonyme Hinweise auf mögliches, korruptives Verhalten bei der Stadt ein. Die Mehrzahl der überprüften Vorwürfe über korruptives Verhalten ist in der Regel nicht haltbar. Häufig sind Bürger mit Verwaltungsentscheidungen der Stadt nicht zufrieden, bzw. Verwaltungshandlungen sind auf Anhieb für sie nicht nachvollziehbar. Bei "offenen" Hinweisen konnten mit den Beschwerdeführern bestimmte Verwaltungsentscheidungen nachvollziehbar geklärt werden. Manchmal konnten aber auch nach nochmaliger Überprüfung für Beschwerdeführer positive Ergebnisse erzielt werden.

Die Zentrale Anlaufstelle für Korruptionsprävention sieht sich deshalb auch als Einrichtung, die versucht, Bürgern zu helfen und ihnen das Gefühl zu vermitteln, einem Behörden- und Verwaltungsapparat nicht "hilflos" ausgeliefert zu sein.

Abschnitt 6: Zentrale Anlaufstelle für Korruptionsprävention

#### Öffentlichkeitsarbeit

Verschiedene Publikationen in Medien haben den Bekanntheitsgrad der Zentralen Anlaufstelle für Korruptionsprävention stark erhöht. Auftritte im städtischen Intranet unter "Beauftragte" sowie im online-Portal "Schlüssel zum Rathaus" führten zu gestiegener Resonanz bei den Beschäftigten und den Bürgern der Stadt.

#### Zusammenarbeit mit der Polizei

Seit Jahren arbeitet die Zentrale Anlaufstelle für Korruptionsprävention mit der Kriminalpolizei erfolgreich zusammen. In einer 2002 gegründeten Arbeitsgruppe in der der Personal- und Organisationsreferent den Vorsitz führt, wird die polizeiliche und städtische Präventionsarbeit optimiert und Prüfungen und Ermittlungen bei konkreten Verdachtsmomenten ziel- und erfolgsführend abgestimmt. Außerdem werden Beschäftigte der Stadt Nürnberg in Fortbildungsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei über ein ordnungsgemäßes Verhalten in der öffentlichen Verwaltung und den Gefahren der Korruption unterrichtet.

## 7 ZUSAMMENGEFASSTES PRÜFUNGSERGEBNIS

Wie seit Umstellung auf die Doppik praktiziert, werden zum Jahresabschluss 2007 der Stadt Nürnberg zwei Sachverständigenberichte vom Rechnungsprüfungsamt – als Sachverständiger für den Rechnungsprüfungsausschuss – erstellt. Der vorliegende Sachverständigenbericht Teil I beinhaltet im Wesentlichen die Prüfungen in städtischen Dienststellen, Unternehmen und die Auftragsprüfungen: Die Ergebnisse der wegen der umfangreichen Prüfungsgebiete nur in Stichproben möglichen Prüfungen deuten wiederum auf eine insgesamt ordnungsgemäße Wirtschaftsführung hin. Jedoch müssen einzelne Investitionsprozesse der Stadt und die Sachbearbeitung der örtlich geprüften Transferbereiche in der Arge Nürnberg verbessert werden.

Im April 2008 wird das Rechnungsprüfungsamt den Sachverständigenbericht Teil II zur derzeit noch nicht abgeschlossenen Rpr-Prüfung des doppischen Jahresabschlusses 2006 der Stadt vorlegen. Die beiden Sachverständigenberichte bilden die Grundlage für die dann vorgesehene empfohlene Begutachtung durch den Rechnungsprüfungsausschuss zur Feststellung und Entlastung im Stadtrat.

Die Prüfungen nach Art. 103, 106 und 107 GO der Wirtschaftsführung und Jahresabschlüsse 2007 des Regiebetriebs Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Herpersdorf, des Sondervermögens Klinikum sowie der Eigenbetriebe Stadtentwässerung und Umweltanalytik Nürnberg, Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb, NürnbergStift sowie Franken-Stadion Nürnberg sind vollständig durchgeführt worden und im vorliegenden Sachverständigenbericht insoweit abschließend enthalten. Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt dem Stadtrat, diese Jahresabschlüsse nach Behandlung im Rechnungsprüfungsausschuss gem. Art. 102 Abs. 3 GO festzustellen und uneingeschränkte Entlastung zu erteilen.

Nürnberg, 21.11.2008 Rechnungsprüfungsamt

Seiferth Leitender Verwaltungsdirektor

# Anlage 1 Jahresabschluss 2007 von STEM

				Bilanz 31.12.2007			
	Aktiva				Passiva		
		31.12.2007	31.12.2006			31.12.2007	31.12.2006
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				l. Stammkapital		00'0	00'0
des Anlagevermögens							
1. Konzessionen, gewerbliche Schutz-		587.459,18	814.074,79	II. Rücklagen			
rechte und Werte sowie Lizenzen				1. Allgemeine Rücklage	1.000.000,00		00'0
an solchen Rechten und Werten				2. Sonderrücklage	1.230.576,68	2.230.576,68	1.230.576,68
II. Sacnaniagevermogen				$\neg$			
1. Bebaute Grundstücke	5.863.733,03	23	5.666.500,40	III. Gewinn/Verlust			
2. Verkehrsanlagen	753.143,80	30	653.823,91	1. Vortrag aus Vorjahren	13.585,62		-63.247,05
3. Grünanlagen	310.933,3	35	345.481,51	2. Jahresgewinn 2007	959.853,39	973.439,01	76.832,67
4. Spielplatz	123.326,70	70	137.029,67				
5. Kindergarten	828.951,10	0.	843.622,80	B. Rückstellungen			
6. Anlagen im Bau	853.960,62	32 8.734.048,60	635.141,30				
				1. Sonstige Rückstellungen	14.000,00	14.000,00	181.955,00
B. Umlaufvermögen				C. Verbindlichkeiten			
l. Grundstücke		7.984.876,71	9.844.602,97	1. Verbindlichkeiten gegenüber	18.376.000,00		21.376.000,00
				Kreditinstituten			
II. Forderungen und sonstige Ver-				2. Verbindlichkeiten aus	44,444,11		358.687,86
mögensgegenstände				Lieferungen und Leistungen			
1. aus Lieferungen und Leistungen	1.310.117,10	0.	1.761.604,94	3. Verbindlichkeiten gegenüber der	1.205,33		826,50
				Stadt Nürnberg			
				4. Sonstige Verbindlichkeiten	2.314.524,90	20.736.174,34	2.218,31
2. Forderungen an die Stadt Nürnberg	2.985.255,42		2.168.036,60				
Sonstige Vermögensgegenstände	00'0	00 4.295.372,52	263.089,48				
III. Guthaben bei Kreditinstituten		2.352.433,02	30.841,60				
		22 05/1 100 02	70 0/0 0/1 0/			22 06/1 100 02	70 182 848 87
		20.004.100,001	20.100.040,or			- 1	20.100.040,0r

		nn- und Verlustrechnung 31.12.				
					2007	2006
			Euro	Euro	Euro	Euro
1.	Un	nsatzerlöse				
_	a)	Einnahmen aus Verkauf von Grundstücken	4.058.059,00			1.427.427,5
_		Ertrag aus Nachvermessung	0,00			0,0
	c)	Rückerstattung wg. Mindervermessung	0,00	4.058.059,00		0,0
2.	so	nstige betriebliche Erträge		113.565,00		494.898,5
	mit	t Auflösung von Rückstellungen				
	dav	on Auflösung Sonderrücklagen		0,00		0,0
	unc	d empfangene Ertragszuschüsse				
	Su	ımme Erlöse			4.171.624,00	1.922.326,1
		aterialaufwand				
		Verminderung Grundstücksbestand		-1.779.373,82		-797.573,8
$\rightarrow$		Aufwendungen für bezogene Leistungen		0,00		0,0
	c)	Sonstiger Materialaufwand		00,00		0,0
4.	Pe	rsonalaufwand		0,00		0,0
5	Δh	schreibungen				
		Abschreibungen auf Anlagevermögen		-101.701,29		-98.010,5
		Auflösung immaterielle Wirtschaftsgüter		-189.717,30		-54.626,2
6.	so	nstige betriebliche Aufwendungen		-460.808,03		-263.162,7
			-2.531.600,44			
	Su	ımme Aufwendungen			-2.531.600,44	-1.213.373,3
7.	so	nstige Zinsen und ähnliche Erträge			146.218,82	74.462,6
8.	Zin	nsen und ähnliche Aufwendungen			-816.834,03	-697.027,8
9.	Erç	gebnis der gewöhnlichen Geschäftstätig	keit		969.408,35	86.387,6
0.	So	nstige Steuern			-9.554,96	-9.554,9
11.	Jal	hresgewinn/Jahresverlust			959.853,39	76.832,6

					ANLAG	ANLAGENSPIE	GEL						Regiebetrieb STEM	STEM
		Anschaffung	Anschaffungs- und Herstellkosten	ellkosten			Abschreibungen	2					Kennzahlen	
Posten des Anlagevermögens	Anfangsstand	Zugang	Abgang	Umbuchungen 1) Endstand	Endstand	Anfangsstand	Abschreibungen im Wirtschaftsjahr	Abschreibungen auf die Spalte 4 - Abgänge	Abschreibungen auf die Spalte 5 - Umbuchungen	Endstand	Restbuchwert am Ende des Wirtschafts- jahres 2)	Restbuchwerte am Ende des vorher- gegangenen Wirtschaftsjahres	Durch- schnittlicher Abschrei- bungssatz 3)	Durch- schnittlicher Restbuchwert 4)
	01.01.2007	+		7	31.12.2007	01.01.2007	+		<i>†</i> +	31.12.2007	31.12.2007	31.12.2006		
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	%	%
-	2		4	5	9	7	88	6	10	=	12	13	14	15
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	genstände													
1. Konzessionenund ähnliche Rechte	e Rechte 816.981,97	00'0 26	189.717,30	57.767,93	589.496,74	2.907,18	1.018,78	00'0	-1.888,40	2.037,56	6 587.459,18	759.448,55	71'0	99'66
SUMME I. Immaterielle Werte	erte 816.981,97	00'0 26	189.717,30	56,737.76-	589.496,74	2.907,18	1.018,78	00'0	-1.888,40	2.037,56	587.459,18	759.448,55	71'0	99,65
II. Sachanlagen														
1. Bebaute Grundstücke	5.666.500,40	40 161.353,10	00'0	35.879,53	5.863.733,03	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	5.863.733,03	5.666.500,40	00'0	100,00
2. Grünanlagen	511.863,89	00'0 68	00'0	00'0	511.863,89	166.382,38	34.548,16	00'0	00'0	200.930,54	310.933,35	345.481,51	92'9	92'09
3. Spielplatz	204.792,04	04 0,00	00'0	00'0	204.792,04	67,762,37	13.702,97	00'0	00'0	81.465,34	123.326,70	137.029,67	69'9	60,22
4. Verkehrsanlagen	776.034,70	70 7.400,48	00'0	129.679,09	913.114,27	122.210,79	37.759,68	00'0	00'0	159.970,47	753.143,80	653.823,91	4,14	82,48
5. Kindergarten	863.042,04	00'00	00'0	00'0	863.042,04	19.419,24	14.671,70	00'0	00'0	34.090,94	828.951,10	843.622,80	1,70	96,05
6. Anlagen im Bau	635.141,30	348.498,41	00'0	-129.679,09	853.960,62	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	853.960,62	635.141,30	00'0	00'0
SUMME II. Sachanlagen	8.657.374,37	37 517.251,99	00'0	35.879,53	9.210.505,89	375.774,78	100.682,51	00'0	00'0	476.457,29	8.734.048,60	8.281.599,59	1,09	94,83
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	JGEN 9.474.356,34	34 517.251,99	189.717,30	-1.888,40	9.800.002,63	378.681,96	101.701,29	00'0	-1.888,40	478.494,85	9.321.507,78	9.041.048,14	1,04	95,12
1) Umbuchungen von einer Zeile in die andere           2) Spalte 6 / Spalte 11           3) (Spalte 8 × 100) : Spalte 6           4) (Spalte 12 × 100) : Spalte 6	rr Zeile in die andere 3.6 2.6													

Anlage 2, Blatt 1

# Anlage 2 Jahresabschluss 2007 von Kh/Sondervermögen

#### 1. Bilanz zum 31.12.2007

#### Klinikum Nürnberg Sondervermögen (SV)

508.311.712,06

<u>514.103.967,71</u>

A 1/2 T 1 1/4		incition gott (c.t,
AKTIVA	31.12.2007	31.12.2006
A. Anlagevermögen:	€	€
I. Sachanlagen:		
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	263.790.564,11	270.214.667,11
<ol><li>Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken</li></ol>	1.401.600,14	1.442.089,14
3. technische Anlagen	41.790.477,00	47.609.210,00
geleistete Anzahlungen und     Anlagen im Bau	17.960.891,24	26.804.833,97
B. Umlaufvermögen:	324.943.532,49	346.070.800,22
Forderungen     und sonstige Vermögensgegenstände:		
Forderungen nach Krankenhausfinanzierungsrecht	31.176.408,00	25.765.648,00
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr 31.12.2007 0,00 € (31.12.2006 25.765.648,00 €)		
Forderungen an Gesellschafter bzw. den Krankenhausträger,	138.133.083,49	116.914.400,11
	169.309.491,49	142.680.048,11
C. Ausgleichsposten nach dem KHG:		
<ol> <li>Ausgleichsposten aus Darlehensförderung</li> <li>Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung</li> </ol>	2.979.523,30 16.871.420,43	2.726.101,30 16.834.762,43
	19.850.943,73	19.560.863,73

Anlage 2, Blatt 2

#### Bilanz zum 31.12.2007

## Klinikum Nürnberg Sondervermögen (SV)

#### PASSIVA

	31.12.	2007	31.12.2006
	€	€	€
A. Eigenkapital:			
Gezeichnetes/festgesetztes Kapital	28.406.655,63		28.406.655,63
2. Kapitalrücklagen	20.095.756,98		20.906.337,14
Bilanzgewinn/Bilanzverlust(-)	0,00		0,00
		48.502.412,61	49.312.992,77
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens :			
1. Sonderposten aus Fördermittel nach dem KHG	280.097.594,10		298.292.688,66
Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	210.422,00		265.720,73
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	1.708.951,38		1.872.879,38
		282.016.967,48	300.431.288,77
C. Verbindlichkeiten:			
<ol> <li>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bzw. dem Krankenhausträger, davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 31.12.2007 152.285.328,28 € (31.12.2006 132.603.563,47 €)</li> </ol>	152.285.328,28		132.728.767,18
Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinan- zierungsrecht	31.299.259,34		25.838.663,34
		183.584.587,62	158.567.430,52
	:	<u>514.103.967,71</u>	508.311.712,06

Anlage 2, Blatt 3

## 2. Gewinn- und Verlustrechnung 2007

#### Klinikum Nürnberg Sondervermögen (SV)

	2007		2006
	€	€	€
sonstige betriebliche Erträge	0,00		239.119,34
		0,00	239.119,34
Zwischenergebnis		0,00	239.119,34
<ol> <li>Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen davon Fördermittel nach dem KHG 2007 12.700.000,00 € (2006 0,00 €)</li> </ol>	12.700.000,00		0,00
<ol> <li>Erträge aus der Einstellung von Ausgleichs- posten aus Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung</li> </ol>	290.080,00		430.723,00
<ol> <li>Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens</li> </ol>	31.865.304,71		23.203.113,26
<ol> <li>Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens</li> </ol>	19.219.179,82		7.691.279,41
Aufwendungen für nach dem KHG geförderte, nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	13.626.950,06	12.009.254,83	1.989.074,97 13.953.481,88
7. Abschreibungen		12.009.204,00	13.933.401,00
<ul> <li>a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes</li> </ul>	13.612.833,99		14.232.687,42
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.001,00		853.026,72
o. sonsinge betheblishe Adirectadingen		13.619.834,99	15.085.714,14
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-1.610.580,16	-893.112,92
10. Jahresfehlbetrag		-1.610.580,16	-893.112,92
11. Entnahme aus der Kapitalrücklage		1.610.580,16	893.112,92
12. Bilanzgewinn/Bilanzverlust(-)		0,00	<u>0,00</u>

Klinikum Nürnberg Sondervermögen (SV)

Anlagennachweis zum 31. Dezember 2007

Restbuchwerte Stand 31.12.2007	ψ	1 14		263.790.564,11	1.401.600,14	41.790.477,00	17.960.891,24	324.943.532,49
	Endstand 31.12.2007 €	13		98.820.644,28	705.224,84	73.230.229,02		267.933,53 172.756.098,14
ngen	Entnahmen für Abgänge é	12		35.148,56		232.784,97		267.933,53
Abschreibungen	Abschreibungen Umbuchungen Zuschreibungen Entnahmen  Geschäftsjahres di Geschäftsjahres für Abgänge	- =						
dung der	Umbuchungen s €	,  =						
Entwicklung	Abschreibungen I Geschäftsjahres €			7.325.315,20	40.489,00	6.247.029,79		13.612.833,99
	Anfangsstand .01.01.2007			91.530.477,64	684.735,84	67.215.984,20		159.411.197,68
	Endstand 31.12.2007 €			41.410,56 362.611.208,39	2.106.824,98	233.523,97 115.020.706,02 67.215.984,20	17.960.891,24	*) -247.561,72   13.901.884,59   497.699.630,63   159.411.197,68
swerte	Abgang			41.410,56		233.523,97	13.626.950,06	13.901.884,59
r Anschaffungswerte	Zuschreibung Umbuchungen	. 5		76,707.088		369.206,17	-1.497.475,26 13.626.950,06	*) -247.561,72
	Zuschreibung	4						
Entwicklung de	Zugang	· (m		26.766,83		59.829,62	6.280.482,59	6.367.079,04
	Anfangsstand 01.01.2007	2		t 381.745.144,75	t 2.106.824,98	114.825.194,20	26.804.833,97	505.481.997,90
	Bilanzposten	-	A I Sachanlagen	Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten, einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken     Rechte 1745:144,75	Corundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Wohnbauten, einschl. der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	3. technische Anlagen	4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Summen:

\*) Darin enthaltene Umbuchungen zwischen Buchungskreis 1 (KU) und Buchungskreis 2 (SV).

Nachrichtlich:

Anlage 3 Jahresabschluss 2007 von SUN

			Bilanz zum 34 12 2007	34 42 2007	Stadtenty	Wässering	Stadtentwässering ing Ilmweltanalytik Nijrnberg	ahatik Mijroh	9
				1.12.2001	Otanio	Massel all g			5
Aktiva		31.12.2007	31.12.2006	Passiva			31.12.2007	31.12.2006	
	EUR	EUR	TEUR			EUR	EUR	TEUR	
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital					
:									Ι,
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		992.960,00	1.010	I. Stammkapital			00,0	0	
ahnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an									
solchen Rechten und Werten				II. Rücklagen			41.786.233,94	41.574	
				1. Gewinnrücklage		16.679.404,94		14.556	10
II. Sachanlagen				2. Sonderrücklage		25.106.829,00		27.018	
Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs-									
und anderen Bauten	68.020.297,07		88.89					ľ	Į,
2. Unbebaute Grundstücke	606.796,57		209 997	III. Gewinn-/Verlustvortrag			00'0	0	
3. Abwasserreinigungsanlagen	97.436.054,00		108.037						Ţ
4. Abwassersammlungsanlagen	433.645.885,00		429.244	NA LINE AND THE PROPERTY OF THE PARTY OF THE			4 224 427 62	2 433	Ι.
S. Pahragina	3.167.734,00 1.521.880.00		0.312	IV. Janresuberschuss/-lenibetrag	5		ca, 121.42c.1	7.173	
7 Datricks and Cookerstones	00,000,000 00,122,001,0		00C C						I
8. Anlanen im Bau	16 082 382 12		16 006						I
	1	622 581 579 76	632 850	B Emnfangene Ertragszuschijsse			99 558 603 00	102 380	Ļ
:									
B. Umlaufvermögen				C. Rückstellungen					I
I. Vorräte				4 0000000000000000000000000000000000000		44 465 777 00		42 050	
Date to the control of the second		2 442 500 54	3700	1. Ruckstellungen für Pensionen	ue	14.465.777,UU		13.958	
Kon-, hilfs-und Betnebsstoffe		3.113.390,34	3.045	und ahnliche Verptlichtungen	_	34 211 187 EA		27 673	
II Forderingen und sonstige Vermönensgenenstände						5	A8 676 96A 6A	A1 581	ļ
1. aus Lieferungen und Leistungen	1.592.953,16		1.028						
-davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	3.257,44		52						
2. an die Stadt Nürnberg	1.171.320,11		991	D. Verbindlichkeiten					
-davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	00'0		0						
3. sonstige Vermögensgegenstände	399.965,54		25	1. gegenüber Kreditinstituten		428.924.592,68		439.185	10
-davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	00'0		0	2. aus Lieferungen und Leistungen	den	4.081.300,55		4.404	
		3.164.238,81	2.076	<ol><li>gegenüber der Stadt</li></ol>		5.730.681,98		6.884	
				4. sonstige Verbindlichkeiten		674.248,64		1.392	0.1
				- davon aus					
III. Kassenbestand und Guthaben		703.939,95	282	Steuern		146.168,72		102	
bei Kreditinstituten				im Rahmen der sozialen Sicherheit		00'0		0	
							439.410.823,85	451.865	
C. Rechnungsabgrenzungsposten		200.444,00	260						
		630.756.753,06	639.523				630.756.753,06	639.523	_

2. andere aktivierte Eigenleistungen 2. 582.306,80 2. 583.306,80 2. 583.306,80 3. sonstige betriebliche Erträge davon Auflösungen Sonderrücklagen und empfangene Ertragszuschüsse: 8. 488.740,33 EUR  Summe Erlöse 105.081.557,95 105.25 4. Materialaufwand a) Aufwendungen für Roh-Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren b) Aufwendungen für Bezogene Leistungen -17.576.121,48 -25.823.332,60 -22.56 5. Personalaufwand: a) Löhne und Gehälter b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Altersversorgung: 3.731.674,44 EUR (Yj. 3.052 TEUR) 6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen -31.736.890,44 -32.50			Stadtentwäss	erung und Ur	nweltanalytik	Nürnberg
Name	ev	vinn- und Verlustrechnung für die 2	Zeit vom 01. Jar	nuar bis 31. De	ezember 2007	
2. andere aktivierte Eigenleistungen 2. 582.306,80 2.58 3. sonstige betriebliche Erträge davon Auflösungen Sonderrücklagen und empfangene Ertragszuschüsse: 8. 488.740,33 EUR  Summe Erlöse 105.081.557,95 105.25 4. Materialaufwand a) Aufwendungen für Roh-Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren b) Aufwendungen für Bezogene Leistungen -17.576.121,48 -25.823.332,60 -22.56  5. Personalaufwand: a) Löhne und Gehälter b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Altersversorgung: 3.731.674,44 EUR (YJ. 3.052 TEUR)  6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen  7. sonstige betriebliche Aufwendungen  8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 1.18.786.083,67 1.8.57 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 1.331.924,17 2.13 11. sonstige Steuern 2.582.306,80 2.582.306,80 105.081.557,95 105.25						
3. sonstige betriebliche Erträge davon Auflösungen Sonderrücklagen und empfangene Ertragszuschüsse: 8.488.740,33 EUR	1.	Umsatzerlöse		89.212.206,63		89.147
davon Auflösungen Sonderrücklagen   und empfangene Ertragszuschüsse: 8.488.740,33 EUR   105.081.557,95   105.25	2.	andere aktivierte Eigenleistungen		2.582.306,80		2.588
und empfangene Ertragszuschüsse:         8.488.740,33 EUR           Summe Erlöse         105.081.557,95         105.25           4. Materialaufwand a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren b) Aufwendungen für bezogene Leistungen         -8.247.211,12         -8.08           5. Personalaufwand: a) Löhne und Gehälter b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung dawon für die Altersversorgung: -6.560.416,07         -14.83         -14.83           5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen -31.736.890,44         -32.50           7. sonstige betriebliche Aufwendungen         -8.437.001,50         -9.08           8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge         1.938.351,57         45           9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen         -18.786.083,67         -18.57           11. sonstige Steuern         -7.796,54         -1	3.			13.287.044,52		13.522
und empfangene Ertragszuschüsse:         8.488.740,33 EUR           Summe Erlöse         105.081.557,95         105.25           4. Materialaufwand a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren b) Aufwendungen für bezogene Leistungen         -8.247.211,12         -8.08           5. Personalaufwand: a) Löhne und Gehälter b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung dawon für die Altersversorgung: -6.560.416,07         -14.83         -14.83           5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen -31.736.890,44         -32.50           7. sonstige betriebliche Aufwendungen         -8.437.001,50         -9.08           8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge         1.938.351,57         45           9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen         -18.786.083,67         -18.57           11. sonstige Steuern         -7.796,54         -1		davon Auflösungen Sonderrücklagen				
8. 488.740,33 EUR  Summe Erlöse  105.081.557,95 105.25  4. Materialaufwand a) Aufwendungen für Roh-Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren b) Aufwendungen für bezogene Leistungen -17.576.121,48 -25.823,332,60 -22.56  5. Personalaufwand: a) Löhne und Gehälter b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Altersversorgung: 3.731.674,44 EUR (Vj. 3.052 TEUR)  6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen -31.736.890,44 -32.50  Summe Aufwendungen -8.437.001,50 -9.08  Summe Aufwendungen -8.437.001,50 -9.08  Summe Aufwendungen -18.786.083,67 -18.57 -10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit -7.796,54 -11. sonstige Steuern -7.796,54 -11						
4. Materialaufwand a) Aufwendungen für Roh-,Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren b) Aufwendungen für bezogene Leistungen -17.576.121,48 -25.823.332,60 -22.56  5. Personalaufwand: a) Lohne und Gehälter -14.344.261,07 -14.83 b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung -6.560.416,07 -20.904.677,14 -20.85 3.731.674,44 EUR (Vj. 3.052 TEUR)  6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen -31.736.890,44 -32.50  7. sonstige betriebliche Aufwendungen  8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen -18.786.083,67 -18.57 -10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit -7.796,54 -11. sonstige Steuern -7.796,54 -1.						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren b) Aufwendungen für bezogene Leistungen -17.576.121,48 -25.823.332,60 -22.56  5. Personalaufwand: a) Löhne und Gehälter -14.344.261,07 -14.83 -25.823.332,60 -22.56  5. Personalaufwand: a) Löhne und Gehälter -14.344.261,07 -14.83 -18.83		Summe Erlöse			105.081.557,95	105.257
Betriebsstoffe und für bezogene Waren   b) Aufwendungen für bezogene Leistungen   -17.576.121,48   -14.47   -25.823.332,60   -22.56	4.	Materialaufwand				
Betriebsstoffe und für bezogene Waren   b) Aufwendungen für bezogene Leistungen   -17.576.121,48   -14.47   -25.823.332,60   -22.56		a) Aufwendungen für Roh- Hilfs- und	-8 247 211 12			-8.088
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen -17.576.121,48 -25.823.332,60 -22.56  5. Personalaufwand: a) Löhne und Gehälter -14.344.261,07 -14.83 b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung -6.560.416,07 -20.904.677,14 -20.85 3.731.674,44 EUR (Vj. 3.052 TEUR)  6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen -31.736.890,44 -32.50  7. sonstige betriebliche Aufwendungen -86.901.901,68 -84.99  8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 1.938.351,57 45 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen -18.786.083,67 -18.57 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 1.331.924,17 2.13			0.211.211,12			0.000
-25.823.332,60 -22.56  Personalaufwand: a) Löhne und Gehälter -14.344.261,07 -14.83 b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung -6.560.416,07 -20.904.677,14 -20.85 3.731.674,44 EUR (Vj. 3.052 TEUR)  6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen -31.736.890,44 -32.50  7. sonstige betriebliche Aufwendungen -8.437.001,50 -9.08  Summe Aufwendungen -8.6.901.901,68 -84.99  8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge -1.938.351,57 -45  Zinsen und ähnliche Aufwendungen -18.786.083,67 -18.57  10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit -1.331.924,17 -2.13			-17 576 121 //8			-14 473
a) Löhne und Gehälter -14.344.261,07 -14.83 b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung -6.560.416,07 -20.904.677,14 -20.85 3.731.674,44 EUR (Vj. 3.052 TEUR) 6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen -31.736.890,44 -32.50 7. sonstige betriebliche Aufwendungen -8.437.001,50 -9.08 Summe Aufwendungen -86.901.901,68 -9.08 8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge -1.938.351,57 -45 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen -18.786.083,67 -18.57 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit -1.331.924,17 -2.13 11. sonstige Steuern -7.796,54 -1		b) Adwerdanger für Bezogene Zeistangen	11.516.121,46	-25.823.332,60		-22.561
a) Löhne und Gehälter -14.344.261,07 -14.83 b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung -6.560.416,07 -20.904.677,14 -20.85 3.731.674,44 EUR (Vj. 3.052 TEUR) 6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen -31.736.890,44 -32.50 7. sonstige betriebliche Aufwendungen -8.437.001,50 -9.08 Summe Aufwendungen -86.901.901,68 -9.08 8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge -1.938.351,57 -45 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen -18.786.083,67 -18.57 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit -1.331.924,17 -2.13 11. sonstige Steuern -7.796,54 -1	5.	Personalaufwand:				
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung -6.560.416,07 -6.01 davon für die Altersversorgung: 3.731.674,44 EUR (Vj. 3.052 TEUR)  6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen -31.736.890,44 -32.50  7. sonstige betriebliche Aufwendungen -8.437.001,50 -9.08  Summe Aufwendungen -8.6.901.901,68 -84.99  8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge -1.938.351,57 -45  9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen -18.786.083,67 -18.57  10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit -7.796,54 -1			-14 344 261 07			-14.835
Altersversorgung und für Unterstützung -6.560.416,07 -20.904.677,14 -20.85 3.731.674,44 EUR (Vj. 3.052 TEUR)  6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen -31.736.890,44 -32.50  7. sonstige betriebliche Aufwendungen -8.437.001,50 -9.08  Summe Aufwendungen -86.901.901,68 -84.99  8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 1.938.351,57 -45  7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen -18.786.083,67 -18.57  10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 1.331.924,17 -2.13  11. sonstige Steuern -7.796,54 -1						
davon für die Altersversorgung: 3.731.674,44 EUR (Vj. 3.052 TEUR)  6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen  7. sonstige betriebliche Aufwendungen 8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen 1.8.786.083,67 1.8.57 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 1.331.924,17 2.13 11. sonstige Steuern 2.0.904.677,14 -20.85 -20.904.677,14 -20.904.677,14 -20.905 -20.904.677,14 -20.905 -20.904.677,14 -20.905 -20.904.677,14 -20.905 -20.904.677,14 -20.905 -20.905 -20.904.677,14 -20.905 -20.906 -20.904.677,14 -20.905 -20.906 -20.904.677,14 -20.905 -20.904.677,14 -20.905 -20.904.677,14 -20.905 -20.904.677,14 -20.905 -20.904.677,14 -20.905 -20.904.677,14 -20.905 -20.905 -20.904.677,14 -20.905 -20.905 -20.904.677,14 -20.905 -20.905 -20.904.677,14 -20.905 -20.905 -20.904.677,14 -20.905 -20.905 -20.905 -20.904.677,14 -20.905 -20.905 -20.905 -20.906 -20.905 -20.906 -20.905 -20			-6 560 416 07			-6.015
3.731.674,44 EUR (Vj. 3.052 TEUR)  6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen  7. sonstige betriebliche Aufwendungen  Summe Aufwendungen  8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge  9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen  1.938.351,57  4.5  10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit  1.331.924,17  2.13  11. sonstige Steuern  -7.796,54  -1			0.000.110,01	-20 904 677 14		
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen -31.736.890,44 -32.50 -32.50 -31.736.890,44 -32.50 -32				20.001.011,11		20.000
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen -31.736.890,44 -32.50 -32.50 -31.736.890,44 -32.50 -32	6.	Abschreibungen				
des Anlagevermögens und Sachanlagen  7. sonstige betriebliche Aufwendungen  8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge  9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen  1.331.924,17  2.13  11. sonstige Steuern  -31.736.890,44  -32.50  -8.437.001,50  -8.437.001,50  -9.08  -8.499  -8.901.901,68  -84.99  -8.991.901,68  -84.99  -8.991.901,68  -84.99  -8.991.901,68  -84.99  -8.991.901,68  -84.99  -8.991.901,68  -84.99  -86.901.901,68  -84.99  -86.901.901,68  -84.99  -86.901.901,68  -84.99  -86.901.901,68  -84.99  -86.901.901,68  -84.99  -86.901.901,68  -84.99  -86.901.901,68  -84.99  -86.901.901,68  -86.901.901,68  -84.99  -86.901.901,68  -86.901.901						
Summe Aufwendungen -86.901.901,68 -84.99  8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 1.938.351,57 45  9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen -18.786.083,67 -18.57  10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 1.331.924,17 2.13  11. sonstige Steuern -7.796,54 -1				-31.736.890,44		-32.500
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 1.938.351,57 45 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen -18.786.083,67 -18.57 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 1.331.924,17 2.13 11. sonstige Steuern -7.796,54 -1	7.	sonstige betriebliche Aufwendungen		-8.437.001,50		-9.088
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen -18.786.083,67 -18.57  10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 1.331.924,17 2.13  11. sonstige Steuern -7.796,54 -1		Summe Aufwendungen			-86.901.901,68	-84.999
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen -18.786.083,67 -18.57  10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 1.331.924,17 2.13  11. sonstige Steuern -7.796,54 -1	0	constine Zincon and Shulishe Estrano			1 020 251 57	450
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 1.331.924,17 2.13  11. sonstige Steuern -7.796,54 -1	ο.	этнэнде стизен ини анинспе стизде			1.530.331,37	430
11. sonstige Steuern -7.796,54 -1	9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen			-18.786.083,67	-18.575
	10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstäti	gkeit		1.331.924,17	2.133
	11.	sonstige Steuern			-7.796,54	-10
	40	Jahresüberschuss			1.324.127,63	2.123

	Ans	chaffungs- L	Anschaffungs- und Herstellungskosten	ingskosten				Abschreibungen	_				Kennzahlen	ahlen
Posten des Anlagevermögens	Anfangsstand	Zugang	Abgang	Umbuchungen	Endstand	Anfangsstand	Abschreibungen Abschreibungen im Wirtschaftsjahr auf die Spatte 4 - Abgänge	i	Abschreibungen auf die Spalte 5 - Umbuchungen	Endstand	Restbuchwerte am Ende des Wirtschaftsjahres 1)	Restbuchwerte Durch- am Ende des schnittlich vorangegang. Abschrei- Wirtschaftsjahres bungssatz 2)	Durch- schnittlicher Abschrei- bungssatz 2)	Durch- schnittlicher Restbuch- wert 3)
	01.01.2007	+		-/+	31.12.2007	01.01.2007	+		-/+	31.12.2007	31.12.2007	01.01.2007		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	%	%
_	2	e	4	2	9	7	8	6	10	11	12	13	14	15
Immaterielle   Vermögens- gegenstände														
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte, sowie	5.000.125,74	69.079,41	64.432,17	+112.855,75	5.117.628,73	3.990.220,74	198.880,16	64.432,17	00'0	4.124.668,73	992.960,00	1.009.905,00	3,89	19,40
II. Sachanlagen														
Geschäfts, Betriebs- und anderen Bauten	111.165.724,25	44.630,30	00'0	+1.514.200,29	112.724.554,84	42.168.000,40	2.536.257,37	00'0	00'0	44.704.257,77	68.020.297,07	68.997.723,85	2,25	60,34
2. unbebaute Grundstücke	607.042,05	00'0	245,48	00'0	606.796,57	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	75'96'.909	607.042,05	00'0	100,00
3. Abwasserreinigungsanla gen	350.836.435,26	00'0	00'0	+ 4.498.948,31	355.335.383,57	242.799.180,26	14.529.976,70	00'0	+570.172,61	257.899.329,57	97.436.054,00	108.037.255,00	4,09	27,42
Abwassersammlungs- anlagen	637.473.889,59	1.242.175,86	12.667,77	+ 16.051.751,52	654.755.149,20	208.230.008,85	12.891.923,12	12.667,77	00'0	221.109.264,20	433.645.885,00	429.243.880,74	1,97	66,23
5. Maschinen und maschinelle Anlagen	9.872.830,83	2.156,01	4.384,94	-3.216.061,66	6.654.540,24	3.560.900,83	499.868,96	3.790,94	-570.172,61	3.486.806,24	3.167.734,00	6.311.930,00	7,51	47,60
6. Fahrzeuge	4.358.024,09	440.979,33	231.213,86	00'0	4.567.789,56	2.999.925,09	277.198,33	231.213,86	00'0	3.045.909,56	1.521.880,00	1.358.099,00	20'9	33,32
7. Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	12.342.557,44	411.426,60	283.496,07	+ 205.400,58	12.675.888,55	10.054.984,44	802.785,80	282.432,69	00'0	10.575.337,55	2.100.551,00	2.287.573,00	6,33	16,57
8. Anlagen im Bau	16.006.252,42 21.967.369,34 2.724.144,85	21.967.369,34	2.724.144,85	-19.167.094,79	16.082.382,12	00'0	0,00	0,00	00'0	0,00	16.082.382,12	16.006.252,42	00'0	100,00
Summe Sachanlagen	1.142.662.755,93 24.108.737,44 3.256.152,97	24.108.737,44	3.256.152,97	-112.855,75	-112.855,75 1.163.402.484,65	509.812.999,87	31.538.010,28	530.105,26	00'0	540.820.904,89	622.581.579,76	632.849.756,06	2,71	53,51
Gesamtsumme	1.147.662.881,67 24.177.816,85 3.320.585,14	24.177.816,85	3.320.585,14	00'0	1.168.520.113,38	513.803.220,61	31.736.890,44	594.537,43	00'0	544.945.573,62	623.574.539,76	633.859.661,06	2,72	92,38
1) Spatte 6. /. Spatte 11 davon Zugang 2) (Spatte 8 x 100) : Spatte Attanlagevermögen	davon Zugang Altanlagevermögen													

# Anlage 4 Jahresabschluss 2007 von ASN

			Bilanz per	Bilanz per 31. Dezember 2007			
AKTIVA	EURO	31.12.2007 EURO	31.12.2006 TEURO	PASSIVA	EURO	31.12.2007 EURO	31.12.2006 TEURO
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital		00'0	0
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		274.500,79	51	ŀ			
II. Sachanlagen				I. Aligemeine Kucklage		3.000,000,00	3.000
				II. Gewinn / Verlust			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche				restlicher Fehlbetrag aus dem kameralen			
Rechte mit Geschäfts-, Betriebs-				Haushalt bis 31.12.1998	-7.156.724,61		-7.157
	49.311.363,17		38.233	Verlust 2002	-3.354.560,43		-3.354
2. Betriebsanlagen	147.913.312,28		183,429	Verlust 2003	-2.546.146,71		-2.546
	1.892.940,70		1.450	Veriust 2004	-1.090.093,04		1.691
4. Maschinen 5. Eahrauga	5 525 856 58		4 820	Jahresgewinn 2006	10 736 578 83		3,803
	1.654.785.10		1.289	Jahresgewinn 2007	7.635.321,14		0
	364,00					7.426.505,46	-209
		212.343.584,69	229.381				
B. Umlaufvermögen							
I. Vorräte							
1. Roh-, Hilfs- und Betriebstoffe	461.220,16		386	B. Rückstellungen			
2. Uniertige Leistungen	44.337,81		30		274 000 00		240
o. Waren	06,020.771	E02 304 05	507	2 Steineriiskstellungen für Pensionen	350 000 00		1 366
Il Forderingen und sonstige Vermögensgegenstände		000.000	8	4 60	35 631 086 14		38 275
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4,596,911,33		4.121		1,000,100,00	36.556.014,14	39.981
	1010111		000				
z. Forderungen an die Stadt nurnberg	24.2/5.481,05		15.098	North California			
3. Sonstiae Vermödensaeaenstände	90.907.30		2.378	C. Velbillulining			
		28.963.299,68	21.597	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	142.788.072,13		152.988
III. Kassenbestand,							
Guthaben bei Kreditinstituten		858.252,31	116	177 170			
				2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.909.741,02		6.913
				devon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
				4.909.741,02 EURO (Vorjahr 2.736 TEURO)			
				3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Nürnberg	47.086.951,55		20,481
				davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 1 358 084 18 ELIRO (Voriahr 3 301 TELIRO)			
				4. Sonstige Verbindlichkeiten	1.355.738,12		28.578
				1 355 738 12 FURO (Voriahr 28 578 TEURO)			
				devon aus Steuern			
				1.339.578,46 EURO (Vorjahr 28.559 TEURO)			
				0.00 EURO (Vogahr 0 TEURO)			
						196.140.502,82	208.960
SLIMME AKTIVA		04 000 000 40	-	CHOCKE LIMITE		0,000,000	

			ungsbetrieb Nür	
	Gewinn- und Verlustrechnung per 31. I	Dezember 2007		
		EUR	31.12.2007 EURO	31.12.2006 TEURO
1.	Umsatzerlöse		100.216.893,59	102.280
2.	Verminderung bzw. Erhöhung des Bestands ar fertigen und unfertigen Leistungen	1	14.882,90	
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen		0,00	0
4.	Sonstige betriebliche Erträge		637.051,99	3.105
5.	Materialaufwand a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und			
	Betriebsstoffe und bezogene Waren b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.871.620,42		
		21.121.001,02	31.996.518,24	49.279
6.	Personalaufwand a) Löhne und Gehälter	21.610.827,61		
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9.813.258,68	24 424 222 22	
	- davon für Altersversorgung 5.139.635,85 EURO (VJ. 4.749.392,40 EURO)		31.424.086,29	30.950
7.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensge des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	egenstände	14.667.512,49	5.468
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		6.870.611,20	6.171
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		768.765,26	155
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		8.915.331,33	2.171
11.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		7.763.534,19	11.501
11.	Steuern vom Einkommen und Ertrag		0,00	2
	Sonstige Steuern		128.213,05	762
13.	Jahresgewinn(+) / -verlust (-) Nachrichtlich:		7.635.321,14	10.737
	Der Jahresgewinn i.H. v. EURO 7.635.321,14 wird z Verlustvortrages in Höhe von EURO 208.815,68 ver	wendet.		
	Der restliche Jahresgewinn in Höhe von EURO 7.42 Rechnung vorgetragen.	6.505,46 wird auf	neue	

ANEAGENMACHWEIS DE STILLON														
	A	Anschaffungs- u	und Herstellungskosten	Ingskosten			Abs	Abschreibungen			Restbu	Restbuchwert	Kenn	Kennzahlen
	Anfangsstand	Zugang	Abgang	Umbuchung/ Umaliederuna	Endstand	Anfangsstand	im Geschäftiahr		auf Umbuchungen	Endstand	Ende	Ende Vorjahr	Durchschnitt- Durchschnitt licher Afa-Satz licher RBW	Durchschnitt licher RBW
Posten des Anlagevermögens	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	J. EURO	EURO	EURO	EURO	٥		Y.H.
-	7	m	4	s.	9	7	00	o.	9	=	12	5	14	5
Immaterielle Gegenstände														
1. Konzessionen und ähnliche Rechte	410.945,25	288.866,95	00'0	00'0	699.812,20	359.796,25	69.401,16	00'0	00'0	429.197,41	270.614,79	51.149,00	6'6	38,7
2. Anzahlungen auf immaterielle Wirtschaftsgüter		3.886,00	00'0	00'0	3.886,00		00'0	00'0	00'0	00'0	3.886,00	00'0	0'0	100,0
SUMME I. Immaterielle Gegenstände	410.945,25	292.752,95	00'0	00'0	703.698,20	359.796,25	69.401,16	00'0	00'0	429.197,41	274.500,79	51.149,00	6,6	39.0
II. Sachanlagen														
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte     Geschäfts. Betriebs- und anderen Bauten	47.081.817,63	24.725,82	00'0	16.356.071,64	63.462.615,09	8.848.651,27	2.199.574,59	00'0	2.651.499,64	13.699.725,50	49.762.889,59	38.233.166,36	3,5	78,4
2. Betriebsanlagen	284.037.665,15	73.737,48	00'0	-25.591.054,83	258.520.347,80	100.608.383,15	10.154.223,39	00'0	-4.443.922,83	106.318.683,71	152.201.664,09	183.429.282,00	9,6	58,9
3. Tiefbauten	2.066.311,38	23.855,70	00'0	8.728.114,20	10.818.281,28	616.353,38	483,522,91	00'0	1.755.770,20	2.855.646,49	7.962.634,79	1,449,958,00	4,5	73,6
4. Maschinen	142 482,23	2.839,32	00'0	00'0	145.321,55	91.398,23	8.960,46	00'0	00'0	100.358,69	44.962.86	51.084,00	6,2	30.9
5. Fahrzeuge	21.139.135,56	2.060.405,28	827.039,67	109.088,14	22.481.589,31	16.319.826,56	1.462.945,84	827.039,67	00'0	16.955,732,73	5.525.856,58	4.819.309,00	6,5	24.6
6. Betriebs-und Geschäftsausstattung	5.963.250,28	185 050,29	56.224,27	506.868,99	6.598.945,29	4.674.040,28	288.884,14	55.417,22	36.652,99	4.944.160,19	1.654.785,10	1.289.210,00	4,4	25,1
7. Anlagen im Bau	109.088,14	364,00	00'0	-109.088,14	364,00	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0	364,00	109.088,14		
SUMME II. SACHANLAGEN	360.539.750,37	2.438.594,43 2.663.730,84 4.800.572.32	883.263.94	00'0	362.027.464,32	131.158.652,87	14.598.111.33	882.456.89	000	144.874.307,31	212.343.584,69	229.381.097,50	4,1	59.4
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	360.950.695,62		883.263.94	00'0	357.921.590.20	131,518,449.12	14,867,512.49	882.456.89	000	145 303 504 72	212,618,085,48	229 432 246 50	41	59.4

# Anlage 5 Jahresabschluss 2007 von NüSt

	<b>31.12.</b> : EU		<b>Vorj</b> EU	
AKTIVSEITE				
A. Anlagevermögen:				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		4.471,00		66.205,00
II. Sachanlagen:				
<ol> <li>Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten</li> </ol>	21.268.618,33		21.893.445,33	
<ol><li>Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten</li></ol>	798,67		798,67	
<ol> <li>Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten</li> </ol>	0,00		0,00	
4. Technische Anlagen	175.943,00		238.109,00	
5. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	473.628,02		528.683,02	
6. Fahrzeuge	101.758,00		115.095,00	
7. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	7.957.623,66	29.978.369,68	2.584.495,51	25.360.626,53
B. Umlaufvermögen:				
I. Vorräte:				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	104.855,18		115.124,83	
2. Unfertige Leistungen	18.961,77	123.816,95	11.708,84	126.833,67
II. Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände:				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen,	1.094.355,53		1.272.529,54	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderung an Träger der Einrichtung,	2.258.706,59		2.622.169,45	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Forderungen aus öffentlicher Förderung,	25.000,00		25.000,00	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Sonstige Vermögensgegenstände,	116.788,79		79.874,81	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)	3.494.850,91	(0,00)	3.999.573,80
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		14.052.828,49		16.523.775,41
C. Rechnungsabgrenzungsposten		30.663,74		30.465,80
Summe AKTIVSEITE	_	47.685.000,77	_	46.107.480,21

			<b>31.12.</b> . EU		<b>Vorj</b> EU	
P	ASSI	VSEITE				
A.		genkapital:	000 000 00		000 000 00	
		Stammkapital (Sanitala and Sanitala and Sani	620.000,00		620.000,00	
	2.	-13-	18.435.513,83		18.435.513,83	
	3.		0,00		0,00	
	4.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)	338.520,89	40 700 000 04	271.719,49	40 204 024 72
	5.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	402.861,62	19.796.896,34	66.801,40	19.394.034,72
В.		nderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen r Finanzierung des Sachanlagevermögens:				
		Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	1.316.048,00		1.368.156,00	
	2.	Sonderposten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	2.761.528,08	4.077.576,08	2.872.784,08	4.240.940,08
C.	Rü	ickstellungen		10.762.819,72		9.532.000,57
D.	Ve	rbindlichkeiten:				
	1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen,	979.307,81		570.296,81	
		davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(971.249,66)		(563.956,57)	
	2	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten,	11.016.749,71		11.207.698,57	
	۷.	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem	11.010.745,71		11.207.000,07	
		Jahr	(312.837,40)		(234.583,27)	
	3.	Erhaltene Anzahlungen,	102.186,51		148.319,68	
		davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(102.186,51)		(148.319,68)	
	4.	Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger	(102.100,01)		(110.010,00)	
		der Einrichtung,	0,00		13.959,02	
		davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(13.959,02)	
	5.	Verbindlichkeiten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen,	100.000,00		100.000,00	
		davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(100.000,00)		(100.000,00)	
	6.	Verbindlichkeiten aus nicht-öffentlicher Förderung	293.339,77		76.469,29	
		davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem				
		Jahr	(293.339,77)		(76.469,29)	
	7.	Sonstige Verbindlichkeiten,	369.653,21		222.893,65	
		davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(369.653,21)		(222.893,65)	
	8.	Verwahrgeldkonto	160.263,31		136.873,41	
	9.	Umsatzsteuer	25.314,75	13.046.815,07	21.606,87	12.498.117,30
E.	Re	echnungsabgrenzungsposten		893,56		442.387,54
Sı	ımm	e PASSIVSEITE	_	47.685.000,77	_	46.107.480,21

Gewinn- und Verlustrechnung für den Eigenbetrieb NürnbergStift	<b>20</b> 0 EU		<b>Vor</b> j EU	
Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß PflegeVG und sonstigen Leistungen außerhalb des PflegeVG	16.554.407,55		16.966.658,27	
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	4.358.753,08		4.460.494,11	
Erträge aus Zusatzleistungen nach PflegeVG	135.118,50		121.968,00	
Erträge aus der gesonderten Berechnung von				
Investitionskosten	2.338.598,08		2.410.437,97	
5. Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	269.073,74		319.146,08	
6. Erhöhung/Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	7.252,93		-6.293,37	
7. Sonstige betriebliche Erträge	3.950.829,64	27.614.033,52	4.168.533,26	28.440.944,32
Personalaufwand:     a) Löhne und Gehälter	12.613.377,60		14.719.268,21	
b) Sozialabgaben, Altersversorgung	12.013.377,00		14.7 19.200,21	
und sonstige Aufwendungen	4.528.577,60		4.528.538,39	
Materialaufwand:     a) Lebensmittel	54.101,19		68.908,58	
b) Wasser, Energie, Brennstoffe	1.243.698,20		1.216.396,31	
c) Wirtschafts-/Verwaltungs-/Betreuungs-/Medtherap. Bedarf	5.162.233,47		5.427.329,80	
10. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	800.404,30		865.480,79	
11. Steuern, Abgaben, Versicherungen	337.769,66		246.369,75	
12. Mieten, Pacht, Leasing	227.919,63	24.968.081,65	247.301,38	27.319.593,21
Zwischenergebnis		2.645.951,87		1.121.351,11
13. Erträge aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen	5.775,22		5.007,36	
14. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten	180.533,69		184.924,74	
<ol> <li>Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten</li> </ol>	250.899,04		37.876,01	
16. Abschreibungen:				
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-	005 700 04		4 042 624 62	
gegenstände und Sachanlagen b) Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	985.723,91 26.498,52		1.043.634,63 4.595,10	
Aufwendungen für Instandhaltung und Instand- setzung	2.023.679,79		865.795,63	
18. Sonstige ordentliche Aufwendungen		-3.152.059,82	·	-1.802.700,71
Zwischenergebnis		-506.107,95		-681.349,60
19. Zinsen und ähnliche Erträge	743.056,81		490.675,44	
20. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	270.744,33	472.312,48	207.861,69	282.813,75
21. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-33.795,47		-398.535,85
22. Außerordentliche Erträge	367.774,43		69.599,74	
23. Außerordentliche Aufwendungen	68.204,51		33.349,70	
24. Weitere Erträge	137.087,17	436.657,09	429.087,21	465.337,25
25. Außerordentliches Ergebnis		436.657,09		465.337,25
26. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	_	402.861,62	,	66.801,40
nachrichtlich				
Verwendung des Jahresüberschusses:		402 964 62		EE 904 40
Auf neue Rechnung vorzutragen		402.861,62		66.801,40
Behandlung des Jahresfehlbetrages: Auf neue Rechnung vorzutragen		0,00		0,00

_
31.12.200
ς.
Ŋ
2
~
m
Ε
₹
7
NüSt) zur
₽
S
:3
₹
€
Stift" (NüSt)
-
4
**
(I)
gStiff
7
æ
9
=
.≒
2
_
_
*
<u>.</u>
າ "Eigenbetrieb ∧
To
ō
↽
ā
ŏ
.≌
ш
_
7
#
0
für den "E
•
_
S
a)
5
≥
-
0
a
a)
O
æ
=
5
⋖

	_				_			2 1 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2			_	
Bilanzposten		Entwicklung o	Entwicklung der Anschaffungswerte	ingswerte			Enty	wicklung der J	Entwicklung der Abschreibungen			Restbuchwerte
A. Anlagevermögen	Anfangs- bestand	Zugang	Um- buchungen	Abgang	Endstand	Anfangs- bestand	Abschreibungen des Geschäfts-	Um- buchungen	Zuschreibungen Entnahme für des Geschäfts- Abgänge	Entnahme für Abgänge	Endstand	(Stand: 31.12.2007)
	<u>0</u>	9	9	<u>0</u>	9	<u>0</u>	jahres	<u>0</u>	jahres	9	<u>g</u>	9
*	χη c	ži «	בון בון	¥00	YOU G	FUR.	YOU O	ž ·	5 CA	א און	the Car	10g
-	7	2	4	n	0	,	0	,	OI.	=	71	2
I. Immaterielle Vermögens- gegenstände	531.238,50	1.010,98		4.772,61	527.476,87	465.033,50	62.744,98			4.772,61	523.005,87	4.471,00
Sachanlagen:     A. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte     mit Betriebsbauten	37.458.136,43	17.479,40			37.475.615,83	15.564.691,10	642.306,40				16.206.997,50	21.268.618,33
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	36.841.992,10	17,479,40			36.859.471,50	15.564.691,10	642.306,40				16.206.997,50	20.652.474,00
Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	51.155,41				51.155,41	50.356,74					50.356,74	79867
Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte ohne Bauten	00'0				00'0	00'0					00'0	00'0
4.1. Technische Anlagen	1,720,547,70				1,720,547,70	1.482.438,70	62.166,00				1.544.604,70	175,943,00
4.2. darunter: in Betriebs- bauten und in Außen- anlagen	1.720.547,70				1,720,547,70	1.482.438,70	62.166,00				1.544.604,70	175.943,00
5.1. Einrichtungen und Aus- staftungen ohne Fahrzeuge	6.430.395,07	149.025,68		75.054,67	6.504.366,08	5.901.712,05	204.080,68			75.054,67	6.030.738,06	473.628,02
5.2. darunter: in Betriebs- bauten, in Außenanlagen, GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	5.986.372,10	149.025,68		75.054,67	6.060.343,11	5.901.712,05	204.080,68			75.054,67	6.030.738,06	29.605,05
6. Fahrzeuge	208.627,65	1.088,85			209.716,50	93,532,65	14.425,85				107,958,50	101.758,00
7.1. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.584.495,51	5.373.128,15			7.957.623,66	00'0					00'0	7.957.623,66
7.2. darunter: für Betriebs- bauten	2.584.495,51 5.373.128,15	5.373.128,15			7.957.623,66	00'0					00'0	7,957,623,66
Zwischensumme II.	48.453.357,77 5.540.722,08	5.540.722,08	00'0	75.054,67	53.919.025,18	23.092.731,24	922.978,93	0,00	0,00	75.054,67	23.940.655,50	29.978.369,68
daruner, summe der Posteri 1.2., 4.2., 5.2., 6. und 7.2.	47.342.035,06 5.540.722,08	5.540.722,08	00'0	75.054,67	52.807.702,47	23.042.374,50	922.978,93	00'0	00'0	75.054,67	23.890.298,76	28.917.403,71
III. Finanzanlagen	0,00				0,00	0,00					0,00	00'0
insgesamt	48.984.596,27 5.541.733,06	5.541.733,06	00'0	79.827,28	54.446.502,05	54.446.502,05 23.557.764,74	985.723,91	00'0	00'0	79.827,28	24.463.661,37	29.982.840,68

	Fördern	achweis	öffentli	che Förde	rung - für dei	n "Eigenbet	Fördernachweis - öffentliche Förderung - für den "Eigenbetrieb NürnbergStift" (NüSt) zum 31.12.2007	gStiff" (Ni	iSt) zum 31.1	12.2007		
Bilanzposten		Entwicklung	Entwicklung der Anschaffungswerte	fungswerte			ᇤ	twicklung der	Entwicklung der Abschreibungen			Restbuchwerte
A. Anlagevermögen	Anfangs- bestand	Zugang	Um- buchungen	Abgang	Endstand	Anfangs- bestand	Abschreibungen des Geschäfts- jahres	Um- buchungen	Zuschreibungen des Geschäfts- jahres	Entnahme für Abgänge	Endstand	(Stand: 31.12.2007)
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	9	2	80	6	10	11	12	13
I. Immaterielle Vermögens- gegenstände	35.281,19				35.281,19	35.281,19					35.281,19	0,00
II. Sachanlagen: 1.1. Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	1.919.010,15				1.919.010,15	643.821,15	35.980,00				679.601,15	1.239.409,00
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	1.919.010,15				1.919.010,15	643.621,15	35.980,00				679.601,15	1.239.409,00
Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	00'0				00'0	00'0					00'0	00'0
Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte ohne Bauten	00'0				00'0	00'0					00'0	00'0
4.1. Technische Anlagen	206.164,47				206.164,47	115,767,47	16.267,00				132.034,47	74.130,00
4.2. darunter: in Betriebs- bauten und in Außen- anlagen	206.164,47				206.164,47	115.767,47	16.267,00				132.034,47	74.130,00
5.1. Einrichtungen und Ausstaftungen ohne Staftungen ohne Fahrzeuge	650.085,81	856,67			650.942,48	647.715,81	79'21/2				648.433,48	2.509,00
5.2. darunter: in Betriebs- bauten, in Außenanlagen, GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	650.085,81	79'958			650.942,48	647.715,81	79,717				648.433,48	2.509,00
6. Fahrzeuge	00'0				00'0	00'0					00'0	00'0
7.1. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	00'0				00'0	00'0					00'0	00'0
7.2. darunter: für Betriebs- bauten	00'0				00'0	00'0					00'0	00'0
Zwischensumme II.	2.775.260,43	856,67	00'0	00'0	2.776.117,10	1.407.104,43	52.964,67	00'0	000	00'0	1.460.069,10	1.316.048,00
1.2., 4.2., 5.2., 6. und 7.2.	2.775.260,43	79'958	00'0	00'0	2,776,117,10	1.407.104,43	52.964,67	00'0	00'0	00'0	1.460.069,10	1.316.048,00
III. Finanzanlagen	00'0				00'0	00'0				00'0	00'0	00'0
insgesamt	2.810.541,62	856,67	00'0	00'0	2.811.398,29	1.442.385,62	52.964,67	000	00'0	00'0	1.495.350,29	1.316.048,00

	Fördernachweis - nicht-ö	hweis - r		ntliche För	rderung - für	den "Eigenk	etrieb Nürnb	ergStift"	ffentliche Förderung - für den "Eigenbetrieb NürnbergStift" (NüSt) zum 31.12.2007	1.12.2007		
Bilanzposten		Entwicklung (	Entwicklung der Anschaffungswerte	Ingswerte			<u></u>	twicklung der J	Entwicklung der Abschreibungen			Restbuchwerte
A. Anlagevermögen	Anfangs- bestand	Zugang	Um- buchungen	Abgang	Endstand	Anfangs- bestand	Abschreibungen des Geschäfts- jahres	Um- buchungen	Zuschreibungen des Geschäfts- jahres	Entnahme für Abgänge	Endstand	(Stand: 31.12.2007)
	EUR	BUR	BUR	BUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	BUR	EUR	EUR
-	2	3	4	5	9	7	8	6	10	11	12	13
I. Immaterielle Vermögens- gegenstände	144.936,00				144.936,00	139.044,00	5.892,00				144.936,00	00'0
II. Sachanlagen: 1.1. Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	4.862.448,89				4.862.448,89	2.085.456,89	98.850,00				2.171.306,89	2.691.142,00
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	4.862.448,89				4.862.448,89	2.085.456,89	85.850,00				2.171.306,89	2.691.142,00
Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	00'0				00'0	00'0					00'0	00'0
Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte ohne Bauten	00'0				00'0	00'0					00'0	00'0
4.1. Technische Anlagen	9.116,26				9.116,26	3.873,26	911,00				4.784,26	4.332,00
4.2. darunter: in Betriebs- bauten und in Außen- anlagen	9.116,26				9.116,26	3.873,26	911,00				4.784,26	4.332,00
5.1. Einrichtungen und Ausstaftungen ohne Fahrzeuge	518.259,09	2.023,00		10.668,46	509.613,63	468.157,01	16.818,00			10.668,46	474.306,55	35.307,08
5.2. darunter: in Betriebs- bauten, in Außenanlagen, GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	518.259,09	2.023,00		10.668,46	509.613,63	468.157,01	16.818,00			10.668,46	474.306,55	35.307,08
6. Fahrzeuge	37.825,58				37.825,58	3.271,58	3.807,00				7.078,58	30.747,00
7.1. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	00'0				00'0	00'0					00'0	00'0
7.2. darunter: für Betriebs- bauten	00'0				00'0	00'0					00'0	00'0
Zwischensumme II.	5.427.649,82	2.023,00	0,00	10.668,46	5.419.004,36	2.560.758,74	107.386,00	00'0	00'0	10.668,46	2.657.476,28	2.761.528,08
uaruner. Surinie der Fosteri 1.2., 4.2., 5.2., 6. und 7.2.	5.427.649,82	2.023,00	00'0	10.668,46	5.419.004,36	2.560.758,74	107.386,00	00'0	00'0	10.668,46	2.657.476,28	2.761.528,08
III. Finanzanlagen	00'0				00'0	00'0					00'0	0,00
insgesamt	5.572.585,82	2.023,00	00'0	10.668,46	5.563.940,36	2.699.802,74	113.278,00	00'0	00'0	10.668,46	2.802.412,28	2.761.528,08

Anlage 6 Jahresabschluss 2007 von FSN

KTIVSEITE		31.12.2007 BUR	31.12.2006 BUR	PASSIVSEITE		31.12.2007 EUR	31.12.2006 BUR
. ANLAGEVERMÖGEN				A. EIGENKAPITAL			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Stammkapital	00'0		00'0
Konzessionen, gewerbliche Schutzzechte und				II. Rücklagen	31.131.242,90		33.097.636,90
amiliche kechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	410,00		719,00	III. Verlustvortrag	(6.695.994,88)		(4.522.349,88)
II. Sachanlagen				IV. Jahresverlust	(3.690.829,49)		(4.140.039,00)
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit	50.504.941,00		51.600.945,00			20.744.418,53	24.435.248,02
Geschairs, Betraeos und anderen bauren 2. Maschinen und maschinelle Anlagen 3. Betriebs- und Geschäffsaustathung	5.277.818,00 2.759.929,00		5.646.224,00 3.117.635,00	B. RÜCKSTELLUNGEN			
		58.543.098,00	60.365.523,00	sonstige Rückstellungen		51.840,00	1.289.571,99
. UMLAUFVERMÖGEN				C. VERBINDLICHKEITEN			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.550.538,92		36.967.368,88
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	84.066,87		102.362,72	dayon mit emer Restlautzeit bis zw. einem Jahr: EUR 11.336.538,92			
aavou nin elema Kestallizen von mehr als einem Jahr EUR 0,00 (VJ: 0,00) 2. soustige Vermögensgesusfünde davon mit einer Restalaffeit	47.928,76		644.262,14	<ol> <li>Verbindlichkeinen aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem J\u00e4n; EUR 302.087.01</li> </ol>	302.087,01		527.478,85
von mehr als einem Jahr-EUR 0,00 (VJ: 0,00)		131.995.63	746.624.86	(VJ; 527.478,85) 3. Verbindlichkeiren gegemüber der Stadt davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:	3.103.440,53		27.159,40
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		194.547,62	2.134.679,28	EUR 3.103.440,53 (Vj: 27.159,40) 4. Soustige Verbinditichierina davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 117.316,526 (Vj: 0,00)	117.316,26		00°0
						38.073.382,72	37.522.007,13
		58.869.641.25	63.246.827.14			58.869.641.25	63.246.827.14

Anlage 6, Blatt 2

# Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2007 bis 31.12.2007

			2007 EUR	Vorjahr EUR
1. Ums	satzerlöse		2.352.867,57	5.226.360,25
2. and	ere aktivierte Eigenleistungen		0,00	306.984,55
3. sons	stige betriebliche Erträge		22.443,32	13.080,82
Aufv triek und	terialaufwand wendungen für Roh-, Hilfs- und Be- osstoffe für bezogene Waren wendungen für bezogene Leistungen	0,00 0,00		0,00 (11.837,31)
			0,00	(11.837,31)
a) Lá b) s	sonalaufwand öhne und Gehälter soziale Aufwendungen für Altersver- gung und Unterstützung	(150.018,79)	0,00	(286.712,72)
3019	gung und onterstatzung	(111.557,07)	(0.54.575.45)	(162.688,66)
auf	chreibungen immaterielle Vermögensgegenstände Anlagevermögens und Sachanlagen		(261.576,46) (2.931.950,37)	(449.401,38) (2.878.587,69)
7. sons	stige betriebliche Aufwendungen		(1.613.577,10)	(5.085.866,30)
8. sons	stige Zinsen und ähnliche Erträge		207,30	17.369,50
9. Zíns	en und ähnliche Aufwendungen		(1.259.243,75)	(1.278.141,44)
10. Erge schä	ebnis der gewöhnlichen Ge- äftstätigkeit		(3.690.829,49)	(4.140.039,00)
11. Steu	uern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00	0,00
12. sons	stige Steuern		0,00	0,00
13. Jahi	resverlust		(3.690.829,49)	(4.140.039,00)

Anlage 6, Blatt 3

19.570,09 13.455.724,05 58.542.688,00 60.364.804,00

0,00 0,0

33.553,09 71.998.412,05 10.544.479,62 2.930.814,52

0,00 0,0

70.909.283,62 1.122.681,52

1.122.681,52

70.911.377,93

60.365.523,00

58.543.098,00

13.457.408,36

19.570,09

2.931.123,52

10.545.854,93

72.000.506,36

33.553,09

	Stand am 01.01.2007	EUR	I. Immaterielle Vermögensgegenstände	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	<ul> <li>II. Sachanlagen</li> <li>1. Grundstücke, grundstücksgleiche</li> <li>Rechte mit Geschäfte., Betriebs- und</li> </ul>	anderen Bauten 60.368.339,26	<ol> <li>Maschinen und maschinelle Aulagen 6.628.3</li> </ol>	<ol> <li>Betriebs- und Geschäftsausstattung 3.912.6</li> </ol>
				2.094,31			6.628.333,30	3.912.611,06
	Zugänge	BUR		0,00		893.565,89	196.599,35	32.516,28
	Umbuchung	BUR		00'0		0,00	00'0	00,00
	Abgänge	EUR		00'0		0,00	00'0	33.553,09
	Stand am 31.12.2007	EUR		2.094,31		61.261.905,15	6.824.932,65	3.911.574,25
	Stand am 01.01.2007	BUR		1.375,31		8.767.394,26	982.109,30	794.976,06
	Zugänge	EUR		309,00		1.989.569,89	565.005,35	376.239,28
	Umbuchung	BUR		00'0		00'0	00'0	00'0
	Abgänge	BUR		00'00		00'0	00'0	19.570,09
	Stand am 31.12.2007	BUR		1.684,31		10.756.964,15	1.547.114,65	1.151.645,25
Restbuchwerte	Stand am 31.12.2007	EUR		410,00		50.504.941,00	5.277.818,00	2.759.929,00
Restbuchwerte	Stand am 31.12.2006	BUR		719,00		51.600.945,00	5.646.224,00	3.117.635,00

Frankenstadion Nürnberg Eigenbetrieb der Stadt Nürnberg

Anlagespiegel 2007